Stenographischer Bericht

über die

Verhandlungen des Bayerischen Landtags

Neunundvierzigste öffentliche Sitzung

Nr. 49

Freitag, den 30. Januar 1948.

II. Band

	Seite		Seite
Geschäftliches	691, 692, 703, 704, 718, 732		
Schulreform — Fortsetzung der Beratung.			
Redner:			
Stoß (SPD) [zur Geschäftsordnung]	692	Haußleiter (CSU) [zur Geschäftsordnung]	709
Dr. Stang (CSU) desgleichen	692	Dr. Lacherbauer (CSU)	709
(Die Sitzung wird unterbrochen.)		Erklärung des Ministerpräsidenten zur Ernährungslage.	
Stoß (SPD) [zur Geschäftsordnung]	692	Redner:	
Staatsminister Dr. Hundhammer desgleichen	692	Ministerpräsident Dr. Ehard	709-718
Marx (SPD)	692-696	(Die Sitzung wird unterbrochen.)	
Dr. Rief (BWB)	696-699	Dr. Schlägl (CSU)	718-725
Maderer (CSU)	699-703	Hagen Lorenz (SPD)	725-728
Dr. Beck (SPD) [zur Geschäftsordnung]	703	Piechl (CSU)	729-730
Stoß (SPD) [zur Geschäftsordnung]	703, 704	Erklärung des Staatsministers Dr. Seidel	728
Dr. Stang (CSU) [zur Geschäftsordnung]	703	Erklärungen zur Frage des Platanenschlags „Eierausgabe“.	
Michel (CSU) [zur Geschäftsordnung]	704	Redner:	
Haußleiter (CSU) [zur Geschäftsordnung]	704	Weinzierl Georg (CSU)	730
Höllnerer (BWB) [zur Geschäftsordnung]	704	Stoß (SPD) [zur Geschäftsordnung]	731, 732
Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Linnert und Genossen betreffend Schulreform (Beilage 1058).		Dr. Stang (CSU) desgleichen	731
Redner:		Stoß (SPD)	731
Staatsminister Dr. Hundhammer	704-707	Staatssekretär Sühler	732
Persönliche Erklärung des Abgeordneten Dr. von Brittwik und Gaffron (CSU)	707	Erklärung des Staatsministers	
Erklärungen der Abgeordneten		Dr. Hundhammer	732
Meigner (CSU) als Berichterstatter	707	Festlegung der Zeit und Tagesordnung für die nächste Sitzung	732
Stoß (SPD) zur Abstimmung	707	(Die Sitzung wird vertagt.)	
Dr. Linnert (SPD) zur Abstimmung	707		
Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zu den Anträgen der Abgeordneten			
1. Meigner und Genossen betreffend Schulreform	708		
2. Stoß und Genossen betreffend Gesetz über die Neuordnung des Schulwesens	708		
(Beilage 726)			
(Abstimmung wird zurückgestellt.)			
Beratung des Antrags der Abgeordneten Haußleiter und Genossen betreffend Aufrechterhaltung der Kulturtraditionen des humanistischen Gymnasiums und des höheren Schulwesens (Beilage 1050).			

Die im Sitzungsaal des Oberfinanzpräsidiums stattfindende Sitzung wird um 9 Uhr 2 Minuten durch den II. Vizepräsidenten K ü b l e r eröffnet.

II. Vizepräsident: Die 49. öffentliche Sitzung des Landtags vom 30. Januar 1948 ist hiermit eröffnet.

Nach Art. 4 Abs. 2 des Aufwandsentschädigungsgesetzes sind entschuldigt bzw. beurlaubt die Abgeordneten Anetseder, Eder, Fichtner, Dr. Gromer, Hagen Georg, Dr. Huber, Neumann, Prüsschenk, Riß, Roith, Sauer, Schütte, Thaler, Dr. Vogtherr, Dr. Wuglhöfer und Zietisch.

Anderweitig entschuldigt sind die Abgeordneten Bachmann, Huth, Dr. Kindt, Weiglein, Weinzierl Alois, und Zihler.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, will ich die Damen und Herren darauf aufmerksam machen, daß noch fünf Redner zur Schulreform vorgemerkt sind. Ich bitte die Redner, sich möglichst kurz zu fassen und Wieder-

(II. Vizepräsident)

holungen zu unterlassen, weil, wie Sie wissen, am heutigen Tage, am Freitag, viele der Herren Abgeordneten abreisen möchten und es daher gut wäre, wenn sich die Sitzung nicht so lange hinauszuziehen würde.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

(Kiene: Wir sind überhaupt nicht beratungsfähig! — Zurufe von der SPD: Wir wollen die Regierung haben! — Stoc: Zur Geschäftsordnung!)
— Herr Abgeordneter **Stoc** zur Geschäftsordnung.

Stoc (SPD): Meine Damen und Herren! Ich bin der Auffassung, es hat gar keinen Sinn, jetzt die Kulturdebatte fortzuführen, wenn überhaupt kein Minister und kein Staatssekretär da ist. Diese sollen ja wissen, was wir zu ihrer Angelegenheit zu sagen haben.

(Dr. Winkler: Um 9 Uhr ist Ministerrat angelegt!)

— Das weiß ich, daß um 1/29 Uhr Ministerratsitzung ist, aber es hat keinen Sinn, daß jetzt ein Abgeordneter redet, ohne daß ein Minister oder Staatssekretär zugegen ist.

(Dr. Stang: Zur Geschäftsordnung!)

II. Vizepräsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete **Dr. Stang**.

Dr. Stang (CSU): In Anbetracht der Tatsache, daß weder die Regierung vertreten noch das Haus beschlußfähig ist, beantrage ich Aussetzung der Sitzung, bis das Haus beschlußfähig geworden ist.

II. Vizepräsident: Es ist der Wunsch geäußert worden, die Sitzung auszusetzen, bis das Haus sich besser gefüllt hat.

Die Sitzung ist unterbrochen.

Die Sitzung wird um 9 Uhr 5 Minuten unterbrochen.

Die Sitzung wird um 9 Uhr 9 Minuten durch den **II. Vizepräsidenten Kübler** wieder aufgenommen.

II. Vizepräsident: Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

Das verspätete Eintreffen des Herrn Staatsministers **Dr. Hundhammer** wurde dadurch verursacht, daß eine Ministerratsitzung vorausging, die eben erst ihr Ende erreichte. Es diene dem Hause zur Kenntnis, daß sofort nach Abschluß der Aussprache über die Schulreform noch die Regierungserklärung und die Aussprache zur Ernährungsfrage durchgeführt wird, möglichst noch heute Vormittag.

(Stoc: Zur Geschäftsordnung!)

— Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete **Stoc**.

Stoc (SPD): Meine Damen und Herren! Ich bin da anderer Auffassung. Ich bin der Meinung, daß der Ministerpräsident, wenn er da ist, sofort hierher gebeten wird, um diese Frage zu erledigen. Wir vertreten den Standpunkt, daß die Frage der Ernährung und die Ergebnisse von Frankfurt mindestens genau so wichtig sind wie die Kulturdebatte. Es kommt hinzu, daß bei der Beratung des Kultusministeriums ohnehin jede Fraktion ausgiebig zu Worte gekommen ist. Ferner hat schon jede Fraktion zur neuen Entwicklung in der Schulreform, die durch die Militärregierung verursacht

worden ist, Stellung genommen, zum Teil sogar mit zwei Rednern. Wenn die **WAB** noch nicht dazu gesprochen hat, dann ist es ihre Aufgabe gewesen, sich zu melden. Ich nehme aber an, daß die **WAB** durch ihre Tätigkeit für den Wiederaufbau so in Anspruch genommen ist, daß sie eben für die Schulreform keine Zeit gehabt hat.

Ich bitte deshalb den Herrn Präsidenten, den Herrn Ministerpräsidenten zu ersuchen, daß er hierherkommt und uns über diese eminent wichtige Frage, die das ganze bayerische Volk und darüber hinaus das deutsche Volk interessiert, Aufschluß gibt, damit wir dazu Stellung nehmen können.

(Staatsminister **Dr. Hundhammer**: Ich bitte dazu ums Wort.)

II. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Staatsminister **Dr. Hundhammer**.

Staatsminister Dr. Hundhammer: Ich möchte für den Herrn Ministerpräsidenten und die Staatsregierung dazu folgendes erklären: Es tagt jetzt noch der Ministerrat, von dem ich eben weggegangen bin. Ich bitte, dem Herrn Ministerpräsidenten und den Staatsministern Gelegenheit zu lassen, die Angelegenheiten, die der Herr Abgeordnete **Stoc** hier angeschnitten hat, erst im Ministerrat durchzusprechen. Der Herr Ministerpräsident und die Mitglieder des Kabinetts kommen nach der Ministerratsitzung sofort hierher. Es ist der Wunsch des Herrn Ministerpräsidenten selbst, noch im Laufe des heutigen Vormittags diese Angelegenheit zur Sprache zu bringen. Ich glaube aber, es ist nicht notwendig, das pünktlich um 9 Uhr zu machen, sondern es kann auch noch um 11 Uhr geschehen, nachdem der Herr Ministerpräsident drüben mit den Kollegen die Ergebnisse durchgesprochen hat.

II. Vizepräsident: Wir nehmen die Erklärung des Herrn Staatsministers zur Kenntnis und treten in die Tagesordnung ein.

Wir fahren in der Debatte über die Schulreform fort. Der erste Redner ist der Herr Abgeordnete **Marg**. Ich erteile ihm das Wort.

Marg (SPD): Meine Damen und Herren! Der Kampf und die Auseinandersetzungen um die Schulreform werden von einer Seite dieses Hauses mit einer Hartnäckigkeit, einer Systematik und Kompromißlosigkeit geführt, daß man praktisch von einem organisierten **Widerstand** sprechen kann.

(Heiterkeit bei der CSU.)

— Warten Sie ab, Herr Kultusminister! — Die Methoden, die dabei angewandt werden, sind nicht immer gerade von einer Art, daß die Grenzen der politischen Sauberkeit gewahrt werden.

(Sehr gut! bei der SPD.)

Dafür einige Beispiele! Ich möchte nicht noch einmal auf die Rede des Herrn Kultusministers im Rundfunk hinweisen, wo er als die Gegner der Schulreform, wie er bzw. Herr **Dr. Zinkl** sie ausgearbeitet haben, einige radikale Sozialisten und Kommunisten bezeichnet hat.

(Hört, hört! bei der SPD.)

Der Herr Kultusminister weiß ganz genau, daß das die Unwahrheit ist. Es sollte die vornehmste Aufgabe eines Kultusministers sein, die Wahrheit zu sagen.

II. Vizepräsident: Herr Abgeordneter, wollen Sie dem Herrn Minister den Vorwurf der Unwahrhaftigkeit machen?

Marg (SPD): — Wenn der Herr Kultusminister gesagt hat, daß das nur radikale Sozialisten und Kommunisten sind, dann hat der Herr Kultusminister die Unwahrheit gesagt.

(Zuruf von der SPD: Jawohl! — Staatsminister Dr. Hundhammer: Ich bitte, den Vorwurf zurückzuweisen.)

II. Vizepräsident: — Der Vorwurf der Unwahrhaftigkeit wird zurückgewiesen.

Marg (SPD): Zur allgemeinen Beurteilung des Herrn Kultusministers müssen wir an Hand praktischer Beweise nachher noch kurz kommen.

Nun ein weiteres Beispiel, ein weiterer Beweis! In einer Predigt in der Johanniskirche am Sonntag, den 11. Januar,

(Zuruf von der CSU: Predigten schreiben sie mit!)

erklärte ein Priester, die amerikanische Schulreform ändere zunächst die äußere Form und dann komme der Freigeist; alle Gläubigen sollten Briefe an den Herrn Kardinal schreiben und dartun, daß sie mit dem Reformplan nicht einverstanden seien.

(Zuruf von der CSU: Das ist Demokratie!)

Meine Damen und Herren! Der Herr Staatsminister für Unterricht und Kultus hat hier in diesem Hause von den Stößen von Protestbriefen gesprochen, die ihm zugeleitet worden sind. Vielleicht sind diese Stöße von Protestbriefen auf diese Art und Weise entstanden, und damit erhalten sie eine immerhin sehr unglaubwürdige Bedeutung.

(Dr. Stang: Es ist doch keiner verpflichtet gewesen, sie zu schreiben!)

Der „Überblick“ veröffentlicht in seiner letzten Nummer eine Stellungnahme der bayerischen Bischöfe zur Schulreform. In dieser Stellungnahme heißt es unter anderem:

Seit einem Jahre beschäftigt sich die deutsche Öffentlichkeit in steigendem Maße mit der von der Militärregierung geforderten Schulreform. Es fällt dabei auf, daß die von der Militärregierung lizenzierte Presse und der Rundfunk zwar die Befürworter dieser Schulreform ausgiebig zu Worte kommen lassen, nicht aber jene, die begründete Einwände, sei es gegen die Reform als solche oder gegen ihre Durchführung im jetzigen Zeitpunkt, geltend zu machen haben. So kommt es, daß die Öffentlichkeit über die Absichten und Aussichten und die Tragweite der von der Militärregierung geforderten Schulreform bis zur Stunde nur sehr ungenügend, jedenfalls nur einseitig unterrichtet ist.

Meine Damen und Herren! Wer die lizenzierte Presse aufmerksam liest, muß mir ohne weiteres bestätigen, daß die lizenzierte Presse sowohl die Stellungnahme des Herrn Kultusministers wie die der Gegner in ihren Zeilen zu Worte kommen läßt. Ich möchte in diesem Zusammenhang an ein anderes Begebnis erinnern, das sich bei der letzten kulturpolitischen Debatte hier im Landtag zugetragen hat. Ich habe dabei schon darauf hingewiesen, daß die lizenzierte Presse und der Rundfunk nicht das Instrument einer einzigen Partei sein können,

sondern daß wohl jede Partei an der lizenzierten Presse und am Rundfunk Kritik zu üben hätte, wenn sie diese Einrichtungen von ihrem eigenen parteipolitischen Gesichtspunkt aus betrachte. Aber gerade der Umstand, daß jede Partei eine gewisse Kritik üben kann, ist der beste Beweis dafür, daß diese lizenzierte Presse zum mindesten eine gewisse Überparteilichkeit bisher gewahrt hat.

Aber in diesem Zusammenhang noch etwas anderes! In der letzten kulturpolitischen Debatte hier im Bayerischen Landtag erklärte der Herr Kultusminister sinngemäß, daß die Rundfunksendungen am Sonntag Vormittag zu gewisser Zeit eine Provokation der Gläubigen darstellten. Ich habe dem Herrn Kultusminister in der Debatte damals gesagt, daß ich die Programme des Münchner Rundfunks der letzten drei Monate nachgesehen und festgestellt hätte, daß die Sonntagvormittage vorwiegend religiösen Sendungen vorbehalten worden sind. Zu dieser meiner Äußerung hat der Herr Kultusminister nachher keine Stellung mehr genommen.

Ich glaube also, der Vorwurf, der in diesem Schreiben der Bischöfe zum Ausdruck kommt, die lizenzierte Presse bzw. der Rundfunk würden nur einseitig über die Schulreform berichten, trifft nicht zu.

Diese Art von Protesten setzt sich fort in der Stellungnahme besonders interessierter Einrichtungen, die auch nicht immer sachkundig sind. So wird ein Protestbild in der Öffentlichkeit hingezaubert, das weniger einer spontanen als einer systematisch vorbereiteten Arbeit entspricht.

(Zurufe von der CSU: Wie der Generalfstreit!)

— Zu dem Generalfstreit, Herr Kollege Schäfer, werden Sie nachher noch genügend hören. Ich glaube, daß Ihnen noch hören und sehen vergehen wird.

(Heiterkeit bei der CSU.)

Ich wundere mich, daß ausgerechnet von dieser Seite dauernd gegen die Empörung der ausgebeuteten Arbeiter, der ausgehungerten Arbeiter protestiert wird,

(Zustimmung bei der SPD — Widerspruch bei der CSU)

während auf der anderen Seite die besitzenden Schichten, die auf Grund ihrer Mittel in der Lage sind, sich dieser Katastrophe zu entziehen, dauernd ihren Schutz bekommen.

(Zuruf von der SPD: Praktisches Christentum! — Weitere Zurufe von der SPD und Widerspruch bei der CSU.)

Meine Damen und Herren! Ich fahre in der kulturpolitischen Debatte weiter. Zu der anderen Frage werden Sie nachher Gelegenheit haben, zu sprechen.

Der Herr Kultusminister hat sich in Bezug auf seine Schulreform gewisser Zitate bedient und hat sich vornehmlich für solche Zitate interessiert, die im Sinne seiner Schulreformpläne liegen. Mein Kollege Pittroff hat schon einige andere Stellen hier angeführt. Ich möchte sie etwas ergänzen, und ich glaube, daß diese Ergänzungen sich gleichfalls auf nicht weniger sachkundige Stellen stützen können, als das der Herr Minister selbst ist.

Ich bringe zunächst einige Zitate von einem Angehörigen Ihrer Partei, der Christlich-Sozialen Union, von Herrn Leo Weismantel.

(Dr. Stang: Na ja!)

— Herr Dr. Stang, Sie werden mir immerhin erlauben, unter Beweis zu stellen, daß nicht nur radikale Sozial-

(Mazg [SPD])

listen und Kommunisten gegen die Schulreformpläne Ihres Kultusministers sind.

(Krempel: Jetzt geben Sie es ja selber zu!)

— Was gebe ich zu? Sie bestätigen ja vielmehr meine Behauptung, Herr Kollege Krempel. —

(Zuruf: Eine Ausnahme bestätigt die Regel!)

Der erste Zeuge ist unser Parteifreund Minister Grimme. Ich zitiere Minister Grimme: „Zum Neuaufbau des Schulwesens“:

Viele Lehrer unserer Tage wollen von einer neuen Schulreform nichts wissen.

Ich lasse nun einige Sätze aus. Dann heißt es weiter: Wer möchte angesichts der Größe und der Dringlichkeit dieser Aufgabe behaupten, der Neuaufbau unseres Erziehungswesens sei zu vermeiden oder aufzuschieben? Seit wenigstens einem halben Jahrhundert ist die deutsche Schule auf einem falschen Wege. Das ist vom weltanschauenden Erzieher längst erkannt worden. Es sei nur an die ernststen Mahnungen von Männern der verschiedensten Geisteshaltungen wie Förster, Hermann Löns oder Kerschenssteiner erinnert, die schon vor dem ersten Weltkrieg vergebens auf die Notwendigkeit hingewiesen haben, Ziele und Arbeitswege unserer Erziehung zu wandeln.

Der zweite Zeuge, Franz Schnabel: „Was sollen wir jetzt tun? — Vorfragen zur Schulreform“ im Heft 5 der katholischen Zeitschrift „Hochland“:

Es hat indessen gar sehr den Anschein, als ob das Betriebmachen wieder losgehen solle oder gar der unmögliche Versuch unternommen werde, eine Restauration der Zustände von vor 1933 herbeizuführen. Es wird nichts dadurch erreicht, daß einer mit seiner Vergangenheit prunkt, der selber nichts mehr ist. Dies geht mit heruntergekommenen Völkern ebenso wie mit verklumpten Familien.

Nun Herr Dr. Hundhammer in seinem „Erziehungsplan auf weite Sicht“:

Ein organischer Umbau des bayerischen Bildungswesens in der Art und dem Ausmaße, wie er in Punkt 3 der OMGUS-Richtlinien dargelegt wird, wäre im gegenwärtigen Zeitpunkt, wenn überhaupt durchführbar, ein sehr gewagtes Unternehmen.

Nun das Urteil von Herrn Dr. Weismantel über Herrn Dr. Hundhammer. Das möchte ich jetzt — ergänzend zu dem begeistertsten Loblied des Herrn Kollegen Dr. Stang — anführen:

Dr. Hundhammer als Kultusminister ist keineswegs sachkundiger und keineswegs verantwortungsfähiger als die katholischen Vorläufer Matt und Goldenberger vor 1933, d. h. er ist Funktionär seiner Partei.

(Hört, hört! bei der SPD.)

Angesichts des Kultusministeriums hielt man in den Kreisen der Bayerischen Volkspartei schon immer jeden ihrer Parteifunktionäre für befähigt, das Kultusministerium zu führen. Er hatte ja nur die Belange der Partei, in der man auch die Belange der Kirche verankert sah, zu vertreten, und

was das sei, würde man ihm jeweils schon sagen. Daß Herr Dr. Hundhammer als Kultusminister eine etwas unglückliche Figur macht, dürfte sich in Bayern herumgesprochen haben.

Das sagt Dr. Weismantel.

Er fügt seinem Lande, das er vertritt, nicht nur eine Blamage nach der anderen zu, macht uns vor der ganzen Welt lächerlich und läßt uns, was schlimmer ist, als hinterwäldlerisch und als nicht ganz ernst zu nehmen erscheinen. Ginge es nur um ihn, so könnte das alles unerwähnt bleiben.

Das ist das Urteil von Herrn Dr. Weismantel über Herrn Dr. Hundhammer.

Aber ich möchte das Bild noch etwas ergänzen. In der letzten kulturpolitischen Debatte des Bayerischen Landtags habe ich behauptet, der Dezernent für das Volksschulwesen habe erklärt, daß der Versuch mit den Versuchsschulen, die den Nachweis oder den Nichtnachweis zu erbringen hätten, ob der Schulreformplan der Militärregierung tragbar sei, nach sechs Wochen schon als erledigt anzusehen sei. Der Herr Kultusminister hat in seinem Schlußwort — ich möchte den Herrn Präsidenten darauf aufmerksam machen — hier erklärt, diese Behauptung von mir sei unwahr. Herr Kultusminister, ich wünsche von Ihnen erneut eine Antwort, ob diese meine Behauptung unwahr ist, und dann werden wir uns unsere weitere Stellungnahme vorbehalten.

Ich habe in dieser kulturpolitischen Debatte den Fall des Regierungsschulrates Dr. Koller von Regensburg angeführt. Der Herr Kultusminister hat erklärt, der Herr Regierungsschulrat Dr. Koller ist entlassen, d. h. zur Disposition gestellt worden, weil er es an der nötigen Zurückhaltung gegenüber seiner vorgeordneten Stelle hat fehlen lassen.

(Staatsminister Dr. Hundhammer: Koller ist heute noch im Dienst; er ist nie zur Disposition gestellt worden. — Hört, hört! bei der CSU.)

Ich frage Sie, Herr Kultusminister: Ist Herr Dr. Koller Regierungsschulrat an der Stelle, wo er gewesen ist? Ist er an dieser Stelle oder nicht?

(Staatsminister Dr. Hundhammer: Er ist Regierungsschulrat in Regensburg, wo er war. Er ist nicht der Leiter der Schulabteilung, dazu war er nie endgültig ernannt!)

— Sie haben hier erklärt, er sei von dieser Stelle abberufen, weil er es an der nötigen Zurückhaltung habe fehlen lassen.

(Staatsminister Dr. Hundhammer: Sie haben behauptet, er ist zur Disposition gestellt worden. Das ist nie geschehen!)

— Ja, weil er es an der nötigen Zurückhaltung habe fehlen lassen. Ich frage Sie, Herr Kultusminister, war das der einzige Grund? Ich wiederhole meine Frage: War das der einzige Grund? Wir werden unsere Stellungnahme dazu vorbereiten. Sie bekommen die Antwort auf diese Frage schon, verlassen Sie sich darauf!

Als ich damals bei der Debatte im Plenum bei der Behandlung des Falles Loritz und der Überprüfung der Zahlenangaben des damaligen Sonderministers den Nachweis für die unwahren Zahlenangaben des Sonderministers führte, rief der Kultusminister dazwischen, das ist nicht interessant. Ich möchte das hier ausdrücklich feststellen: Ich habe die Unwahrheit des Herrn Sonder-

(März [SPD])

ministers festgestellt, und der Herr Kultusminister hat mir zugerufen, das ist nicht interessant.

(Zuruf.)

— Herr Kollege Höllerer, Sie haben anscheinend keine Vorstellung von der damaligen Debatte; denn die Richtigkeit meiner Zahlenangaben ist durch den damaligen Herrn Staatsminister Dr. Pfeiffer bestätigt worden.

(Zurufe: Zur Sache! — Schulreform! — Dr. Stang: Solche Mäxchen da hereinzubringen!)

— Ich muß das zur besonderen Charakterisierung der Angaben feststellen, die uns der Herr Kultusminister macht.

(Dr. Stang: Der Kultusminister ist doch kein Schuljunge! Sie behandeln ihn ja wie einen Schuljungen!)

Die Argumente für und wider die Schulreform sind hier ausreichend besprochen worden. Ich möchte noch zu einer anderen Frage Stellung nehmen, zu der Frage der **V e r f a s s u n g** und der **S c h u l r e f o r m**. Der Landtag soll hier zu einer Demonstration gegen die Militärregierung aufgefordert werden. Nichts anderes ist der Zweck und die Ursache der Ablehnung der Schulreformpläne. Eine Verfassungsverletzung liegt hier vor, weil die Mehrheit dieses Landtags sich für die verfassungswidrigen Schulreformpläne des Herrn Kultusministers entschieden hat. Aber ich möchte das Plenum fragen, ob die Mehrheit eines Landtags allein schon genügt zum Beweise dafür, daß die Verfassung gewahrt bleibt. Das ist eine sehr entscheidende Frage. Ich möchte diese Frage auch an die Freie Demokratische Partei stellen. Wir haben schon einmal erlebt, daß eine Mehrheit im Parlament die Verfassung beseitigt hat. Wir haben schon einmal erlebt, daß eine parlamentarische Mehrheit sich ohne weiteres über die Grundrechte eines jeden Staatsbürgers hinweggesetzt hat.

(Dr. Dehler: Das ist nie geschehen, Herr März!

Das ist auch im März 1933 nicht geschehen! Es gab keine parlamentarische Mehrheit für die Nazi.)

— Ich möchte Sie, wenn Sie Verfassungsrechtler sind, nur einmal bitten, ernsthaft zu überprüfen, ob die sogenannten Notverordnungen, die mit Mehrheit im Deutschen Reichstag gefaßt worden sind, nicht schon eine Verfassungsverletzung gewesen sind.

(Zuruf.)

Also, meine Damen und Herren und Sie, meine Herren von der Demokratischen Partei, Sie haben zu entscheiden, ob die beabsichtigte Schulreform, wenn sie durch die Mehrheit dieses Hauses beschlossen wird, nicht schon eine Verletzung der Grundrechte darstellt, die jeder Staatsbürger zu beanspruchen hat. Das ist die Entscheidung. Wenn Sie diese Entscheidung im positiven Sinne beantworten, dann haben Sie die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß diese Verfassungsverletzung unterbleibt.

(Dr. Dehler: Einverstanden.)

Ich habe Ihnen, Herr Dr. Dehler, bei der Debatte über die Ernährungsfrage zugerufen, daß die Voraussetzungen der Demokratie von Herrn Roosevelt in seinen „vier Freiheiten“ genannt worden sind: Freiheit von Furcht, Freiheit von Not, Gewissensfreiheit und Meinungsfreiheit. Wie aber, wenn diese Voraussetzungen als die Voraussetzungen der Demokratie in einer unmittelbaren Be-

ziehung zur Schulreform stehen? Muß da nicht alles getan werden, um die Voraussetzungen der geistigen Freiheit und der Meinungsfreiheit zu sichern? Liegt nicht wirklich ein Grund dafür vor, und zwar ein wesentlicher Grund, die Katastrophe dieser Zeit in einer Fehlleitung der Erziehung zu suchen?

Herr Dr. Stang hat gestern hier gesagt, daß das Milieu, in dem der Mensch lebt, auch seine Gedanken beeinflusst. Herr Dr. Stang, ich muß Ihnen bestätigen, daß das ein ausgesprochen marxistischer Grundsatz ist,

(Dr. Stang: Aber nicht allein!)

der davon ausgeht, daß das Sein das Bewußtsein bestimmt. Wir Sozialdemokraten, Herr Dr. Stang, stehen nicht mehr ausschließlich zu diesem Satz.

(Dr. Stang: Die ausschließliche Beherrschung durch die Umwelt ist ein Irrtum.)

— Da gehen wir durchaus einig.

Herr Meigner sieht die letzten Ursachen der Katastrophe dieser Zeit in einer Abwendung vom Christentum und fordert zur Selbstbestimmung auf. Er erwähnt dann, daß unsere gesamte Arbeit an eine über tausendjährige Kultur anknüpfen soll. Aber ich frage Sie, meine Damen und Herren, ernsthaft — prüfen Sie Ihr Gewissen —: Liegt nicht gerade in der Krise und der Not dieser Zeit ein Mißtrauen in die Kräfte, die diese Kultur bisher getragen haben, ein Mißtrauen, das dadurch hervorgerufen ist, daß diese tragenden Kräfte die Welt bisher nicht davor bewahren konnten, daß diese Katastrophen eingetreten sind, wie wir sie heute durchmachen?

(Zuruf von der CDU: Weil das Gegenteil getan worden ist.)

Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie bloß daran erinnern, daß in dieser tausendjährigen Kultur Religionsgemeinschaften dreißig Jahre Krieg gegeneinander geführt haben. Das sind Dinge, die Sie nicht ohne weiteres beiseite schieben können. Sie sollten Sie veranlassen, einmal vollkommen undogmatisch, so wie wir das tun, in einer wissenschaftlichen Untersuchung die Ursachen dieser Katastrophen, die immer wieder die Welt erschüttert haben, zu überprüfen. Das ist das Entscheidende.

(Donsberger: Da kommen wir aber nicht zur Schulreform.)

— Herr Donsberger, ich muß mich darüber wundern, daß Sie immer wieder die Schule von vorher haben wollen und sich dann doch davon distanzieren, daß es notwendig ist, einmal die Grundlagen dieser Katastrophe zu überprüfen. Sollte die Not und das Elend dieser Zeit nicht ein Grund sein, sich ernsthaft und ohne dogmatische Bindung einer Überprüfung seiner weltanschaulichen Grundlagen zu unterziehen? Liegt nicht schon in einer dogmatischen Festlegung ein Hindernis für eine solche Untersuchung? Das haben Sie zu prüfen. Wir Sozialisten haben den Mut, die Grundlagen unserer Weltanschauung immer wieder zu untersuchen. Wir anerkennen kein Dogma, und sei es auch von Karl Marx. Wir haben den Mut, diese Grundlagen zu überprüfen und werden dies immer wieder tun. Es gibt für uns keine dogmatische und doktrinaire Festlegung, weil in einer solchen Festlegung jeder wissenschaftlichen Forschung Grenzen gesetzt sind.

(Dr. Rief: Politik ist doch keine Religion.)

So haben Sie die Aufgabe, Ihre überkommenen Vorstellungen zu überprüfen. Wir werden Sie angreifen und bei jeder Gelegenheit Ihre mangelnde Verständigungsbereit-

(Marx [SPD])

schaft anprangern. Wir haben Kompromisse gemacht, auch in der Kulturpolitik, die meiner Ansicht nach oft zu weit gegangen sind. Aber nun ist es zu Ende, und wir sagen Ihnen: Dieser Kultusminister und seine Kulturpolitik ist eine Herausforderung für jeden fortschrittlichen und toleranten Menschen.

(CSU: Oho! — Beifall bei der SPD.)

II. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Rief.

Dr. Rief (WAB): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Zunächst darf ich den Herrn Kollegen Stock und seine Fraktion bitten, ihre wertvolle sozialistische und demokratische Tätigkeit durch meine Ausführungen nicht unterbrechen zu lassen, genau so wie wir von der WAB uns in unserer Aufbauarbeit auch nicht unterbrechen lassen. Dann noch eine Erinnerung, aber eine freundschaftliche, an den Herrn Kollegen Pittroff. Ich glaube, er hat gestern Hölderlin nicht ganz exakt zitiert.

(Lauter Sprechen!)

Es betrifft das berühmte vorletzte Kapitel des Hyperion; es fängt meiner Erinnerung nach mit den Worten an:

So kam ich unter die Deutschen. Ich forderte nicht viel und war gefaßt, noch weniger zu finden....

— so ähnlich heißt es —

Barbaren von altersher, ... tiefunfähig jedes göttlichen Gefühls, ... Handwerker siehst Du, aber keine Menschen ...

und so fort. Es ist schon dreißig Jahre, seit ich den „Hyperion“ im Brotbeutel mitgetragen habe. Jedenfalls, was würde Hölderlin sagen, wenn er diese Debatte gestern und heute mitangehört hätte, wo sein geliebtes Gymnasium, seine geliebte griechische Sprache aus dem Lehrplan der deutschen Schule langsam herausgeholt werden soll?

Und jetzt zur Schulreform: Die Schulreform ist unseres Erachtens erstens eine Rechtsfrage, zweitens eine Zielfrage und erst in letzter Linie eine Zweckmäßigkeitsfrage. Sie ist eine Rechtsfrage, weil allein den Eltern das Erziehungsrecht zusteht. Das ist ein Urrecht, ein Naturrecht, eines der wichtigsten Persönlichkeitsrechte. Das ist gestern schon betont worden. Ich muß das von unserem Standpunkt aus noch unterstreichen. Jedes Naturrecht, und damit auch das Erziehungsrecht der Eltern, ist ewig und unabdingbar; es ist unüberäußerlich und kann nicht einmal von dem, der es inne hat, abgetreten werden. Wenn in der Verfassung das Erziehungsrecht begründet ist, dann ist das lediglich deklaratorisch; es wird durch die Verfassung nicht geschaffen und könnte auch durch keine Verfassung aufgehoben werden, und durch kein Gesetz. Das Elternrecht auf Erziehung würde auch ohne Verfassung bestehen, und wenn und wo der Staat als Erzieher auftritt, so tut er es nur als Mandatar der Eltern, derjenigen Eltern, die nicht in der Lage sind, selbst zu erziehen. Deshalb lehnen wir die staatliche Zwangsschule und den Schulzwang als solchen grundsätzlich ab. Lediglich als Mandat lassen wir ihn gelten. Zweifelhaft ist sogar der Verzwang. Jedenfalls ist das Recht der Eltern unbestritten, ihre Kinder so zu schulen und schulen zu lassen, wie es ihnen paßt und wie es ihnen ihr Gewissen vorschreibt. Wo, von wem, wann, wie lang und zu was — das ist reine Privat-

angelegenheit der Eltern; nur unsittliche Schulziele sind nicht erlaubt.

(Pittroff: Unsittliche — wer will die?)

Schulziel und Schulform richten sich deshalb ausschließlich nach dem Willen der Eltern, nicht nach dem Willen des Staates oder des Parlaments, und zwar weder nach dem Willen des Staates, dem die Eltern angehören, noch nach dem Willen eines fremden Staates. Insbesondere kann Schulziel und Schulform nie von einer politischen Ideologie her bestimmt werden. Das wäre absolut undemokratisch, selbst wenn es die Erziehung zur Demokratie zum angeblichen Ziel hätte. Deshalb lehnen wir das Schulmonopol des Staates strikte ab und treten ein für die Freiheit der Schule im weitesten Sinne.

Die Zielfrage: Als Erziehungsziel habe ich anlässlich der Kultusdebatte von dieser Stelle aus bereits die Erziehung zur Freiheit genannt. Was alles darunter zu verstehen ist, möchte ich nicht wiederholen. Nur eines will ich betonen: Hauptziel aller Schulung muß sein, den jungen Menschen dazu zu erziehen, daß er die autonome Sphäre der anderen achtet und respektiert. Nur das ist wahrhaftig demokratische Gesinnung. Die Einheitschule aber erzieht den Menschen zum genauen Gegenteil, zur Ochlokratie, zur Böbelherrschaft, zur falsch verstandenen Demokratie, zur Majorisierung der Minderheit durch die Mehrheit, zur Mißachtung und Verachtung des Rechtes der Minderheiten und des einzelnen,

(Zuruf von der SPD)

kurz zur Hitlerei, die gegenwärtig in der Tarnung des Kommunismus auftritt. Hier möchte ich Ihnen ein Zitat von John Stuart Mill, dem englischen Philosophen, zu Gemüte führen. Er sagt in seinem Traktat „Über die Freiheit“:

Nichts spricht dafür, daß alles menschliche Dasein nach einem oder wenigen Mustern eingerichtet werden könnte.

— 3. B. auch die Einheitschule —

Wenn ein Mensch eine einigermaßen leidliche Menge von gesundem Verstande und Erfahrung besitzt, so ist seine Art, sich das Leben zu gestalten, die beste; nicht weil sie an sich die beste ist, sondern weil sie seine eigene Art ist. Menschliche Wesen sind nicht wie Schafe, und selbst Schafe sind nicht ununterscheidbar gleich.

Deshalb lehnen wir die Einheitschule ab.

Die europäische Kultur wurde gestern auch schon angezogen. Sie beruht auf christlichem Humanismus, auf lateinischer und griechischer Kultur; das ist eine Naturtatsache. Daran kann man einfach nichts ändern. Ohne antike Kulturgrundlage gibt es kein Europa — und Europäer wollen wir bleiben.

(Pittroff: Wenn Ihr es nur wäret!)

Ich zitiere hier, was der alte Josef Hofmiller, ein Schulmann, in seinem Büchlein vom alten Gymnasium 1917 schon gesagt hat — schon damals gab es die berühmten Kämpfe um die Schulreform —:

Unsere europäische Kultur ist so stark durch Latein bestimmt, Lateinisch ein so wesentlicher, unmöglich wegzudenkender Bestandteil von ihr, daß wir die Völker, die diese lateinische Kultur nicht mehr verarbeitet haben, geradezu als uneuropäisch empfinden.

Aus diesem Grunde sind wir gegen jene Schulreformpläne, die den Tod des Gymnasiums bedeuten, weil

(Dr. Rief [WAB])

sie den Lateinunterricht zu spät eintreten lassen und zu stark beschneiden würden. Gerade in den demokratischen Ländern Frankreich und speziell England ist die humanistische Bildung hochgewertet und geschätzt. Warum will man sie uns vorenthalten?

(Zuruf von der SPD: Wer denn?)

Übrigens scheint eine bössartige Verwechslung zwischen High School und Hochschule vorzuliegen. Die Bezeichnung höhere Schule ist auch so ein unglückliches Wort. Ich spreche es gar nicht gerne aus, weil es bei denjenigen, die die sogenannte höhere Schule nicht besucht haben, völlig unberechtigte Minderwertigkeitsgefühle auslöst. Denn die höhere Schule ist nur eine andere Schule. Sie schult diejenigen Fähigkeiten, die der Mensch zu einem wissenschaftlichen und gelehrten Beruf braucht. Die Volks- oder Bürgerschule oder wie man sie heißen will, schult den Menschen zum Handarbeiter, Handwerker und zu technischen Berufen. Die psychologischen Fähigkeiten, die ein Handarbeiter oder Handwerker in seinem Beruf ausüben muß, sind keineswegs minderwertiger als die Fähigkeiten eines Akademikers. Vielmehr steht hierin ein Steifarbeiter unter Umständen weit unter einem Metalldreher. Das kann ich beweisen. Infolgedessen ist die Bezeichnung höhere Schule meines Erachtens völlig unglücklich und sollte, um darin begründete Zweipältigkeit in Zukunft aus der Welt zu schaffen, umgeändert werden. Das aber nur nebenbei.

Die Zweckmäßigkeitfrage der Methode zur Erreichung des Erziehungsziels. Meine schlechte Meinung über die Volksschule, wie sie bisher war und noch ist, habe ich schon wiederholt zum Ausdruck gebracht. Sie diente bisher zur Erziehung des Volkes zu brauchbaren Arbeitsklaven für das Kapital und zu gefügigen Soldaten für Gefreite und Generale. Sie ist eine Volkserdummungs- und Volkserblödungsanstalt, behaupte ich. Sie erzieht das Volk zu einer indolenten und suggestiven Masse. Wenn die deutsche Volksschule — nicht erst seit 1933, sondern schon seit 1870 — unser Volk nicht zu suggestiven und indolenten Kreaturen erzogen hätte, dann wäre die Hitlerei einfach unmöglich gewesen. Im übrigen ist die Hitlerei keine Erfindung der Akademiker, der Doktoren, das muß zu ihrer Ehre gesagt werden. Aber zu ihrer Schande muß ich hier selbst als Akademiker sagen: Es ist eine Schande, wie viele Akademiker diesem durchgefallenen Bürgerschüler aus Österreich nachgelaufen sind.

(Wimmer: Aus was für Gründen?)

— Ja. —

(Heiterkeit bei der SPD.)

— Häufig haben sich diese Leute verkauft und noch dazu prostituiert.

(Sehr gut! bei der SPD.)

Meine Ansicht über die deutsche Volksschule ist die Ansicht vieler bedeutender wissenschaftlicher Pädagogen und Psychologen. Ich will hier zum Beweis meiner Behauptungen lediglich einen zitieren, E. Meumann, der jedem Pädagogen bekannt ist, aus seinem Buch „Ökonomie und Technik des Gedächtnisses“. Da ist über die Schule ein vernichtendes Urteil gefällt. Die Formulierung ist natürlich in ziemlich wissenschaftlicher Form — na, Sie werden es hören:

Man hat nun die Frage aufgeworfen, wie es möglich sei, daß das Gedächtnis der Schulkinder so

wenig Entwicklung zeigt, während doch täglich und stündlich ihr Gedächtnis geübt wird? Dabei scheint ferner nach allgemeinen psychologischen Überlegungen und den experimentellen Erfahrungen die Annahme zulässig, daß das kindliche Gedächtnis viel bildsamer und aufnahmefähiger sein müsse als das überlastete Gedächtnis des Erwachsenen! Wenn also die Gedächtnisleistung in der Schule trotzdem so wenig zunimmt, so muß man zu einem sehr ungünstigen Urteil über den formalen Übungswert der in der Schule üblichen Memorierweisen für das Gedächtnis gelangen! Das Lernen der Kinder übt tatsächlich ihr Gedächtnis nicht... Nicht der Schule verdankt es das Kind, wenn seine Gedächtniskapazität überhaupt noch einige Fortschritte macht, sondern trotz der Verwilderung und der Zufälligkeit, in welcher das rein nach materialen Gesichtspunkten betriebene Schullernen das Gedächtnis des Kindes bestehen läßt, nimmt es... ein wenig zu.

Das ist ein Schulmann, und ein bedeutender, und so schreibt er über den Betrieb in der deutschen Volksschule.

(Pittroff: Das ist doch das, was ich behauptet habe.)

Bei der Durchführung des amerikanischen Reformplans würde Deutschland meines Erachtens an geistiger Unterernährung zugrunde gehen. Der amerikanische Plan ist schon deshalb für uns unannehmbar, weil wir ein altes Kulturvolk und keine Mongolen und Indios sind. Wir sind viel zu differenziert, vielleicht sogar etwas degeneriert. Was für Amerika paßt, ist noch lange nicht unserer geistigen Konstitution entsprechend. Das gilt insbesondere für die Frage, welches Alter für die deutschen Kinder zum Beginn des lateinischen Unterrichts das zweckmäßigste ist. Hier zitiere ich als Kronzeugen sogar einen Amerikaner, nämlich den berühmten Professor Hugo Münsterberg, Philosophen und Psychologen, in seiner „Psychotechnik“ Leipzig 1920, Seite 594 — vielleicht notiert sich der Herr Kultusminister diese Seitenzahl, dann braucht er den dicken Schmöcker nicht ganz durchzulesen. Was Münsterberg sagt, ist derart wichtig, daß ich Sie bitte, jetzt ausnahmsweise einmal zuzuhören:

Dabei hat die Massenbearbeitung freilich schon ziemlich deutlich erkennen lassen, daß von einer Altersstaffel, die für die ganze Menschheit gewissermaßen gleichmäßig gültig sein soll, nicht die Rede sein darf. Der Rhythmus der Intelligenzentwicklung ist sicherlich bei verschiedenen Völkern und Rassen verschieden. Die Norm, die für ein Land gilt, kann somit nicht ohne weiteres für ein anderes maßgebend sein.

Das schreibt ein Psychotechniker, ein großer Pädagoge und Psychologe, aus Amerika.

Weil wir gerade bei den Amerikanern sind, möchte ich noch einen Engländer zitieren. Und zwar steht in der letzten Nummer der „Neuen Auslese“ eine ganz interessante Abhandlung von Diack über die Intelligenzprüfungen. Er entwickelt hier den Begriff des Intelligenzquotienten, der entsteht, wenn man das geistige Alter durch das Lebensalter dividiert. Daraus geht hervor, was auch Münsterberg sagt,

(Unruhe)

II. Vizepräsident: Ich bitte um Ruhe hier im Saal. Ich bitte die Herren Abgeordneten, die Zwiegespräche zu unterlassen; das stört den Redner.

Dr. Rief (WAB): daß der Intelligenzquotient für deutsche und amerikanische Kinder ein völlig anderer ist, infolgedessen auch die Schulbildung eine andere sein muß. Er definiert dann auch noch die Intelligenz als die Fähigkeit, die volle Bedeutung des gegenseitigen Verhältnisses der Dinge zueinander zu erfassen, und fährt später fort:

An einem Ende des Spektrums der Intelligenz steht das Studium von Latein, Griechisch und Mathematik, das für den unintelligenten Menschen eine Unmöglichkeit bedeutet.

Ein Fingerzeig für deutsche Schulreformer!

Es erhebt sich überhaupt die Frage, wieweit solche scheindemokratischen Schulsysteme wie das amerikanische, das uns hier geboten wird — „scheindemokratisch“ sage ich, weil der Grundsatz wahrer Demokratie nicht heißt: Jedem das Gleiche!, sondern: Jedem das Seine!, das, was ihm gemäß ist, *sum cuique!* — für Länder, in denen sie angewandt werden, besonders zweckmäßig und erfolgreich sind. Die Zustände in anderen Ländern gehen uns ja an sich nichts an, doch ist es nicht uninteressant zu hören, welchen Umfang der Analphabetismus hat. In Deutschland ist die Zahl der Analphabeten bedeutend unter 1 Prozent, praktisch sind es nur die Insassen von Imbezillenhäusern usw., die in der Heiratsurkunde ihren Namen nicht unterschreiben können. In Belgien betrug die Zahl der Analphabeten im Jahre 1920 bei den Männern 7,6 Prozent, bei den Frauen 9 Prozent, in Frankreich bei den Männern 8,2 Prozent, bei den Frauen 10,2 Prozent, in Polen — ebenfalls im Jahre 1920 — bei den Männern 32,8 Prozent und bei den Frauen 38,2 Prozent. Das übrige wollen wir mit dem Mantel der Nächstenliebe zudecken. Die Vereinigten Staaten haben überhaupt keine Analphabeten. Nach dem „Statistical Abstract of the United States 1938“ — entschuldigen Sie mein Englisch! —, in Washington 1939 herausgegeben vom Bureau of the Census, heißt man nämlich jene Personen von 10 Jahren und darüber, die unfähig sind, in irgendeiner Sprache zu schreiben, ohne Rücksicht auf die Fähigkeit zu sprechen —, weder in Englisch noch auch in ihrer Heimatsprache, illiterate persons. In Amerika gibt es also keine Analphabeten, sondern Illiteraten, im Landesdurchschnitt 4,3 Prozent und zwar: 1,8 Prozent —

(Dr. Beck: Das geht uns alles nichts an, daß wir in Deutschland KZ gehabt haben, in Amerika keine!)

— Keine Analphabeten habe ich gesagt, sondern nur Illiteraten.

(Dr. Beck: In Deutschland sind 13 Millionen Menschen vergast worden, trotzdem wir keine Analphabeten haben.)

Ich bitte, davon Notiz zu nehmen, daß meine Angaben auf einer amerikanischen sachlichen Verlautbarung beruhen, die ich hier zitiert habe; Sie können das nachlesen, jedermann kann sich die Zahlen beschaffen. In den Mittelatlantikstaaten z. B. ist der Anteil bei allen Einwohnern 3,5 Prozent, bei den Negern 3,7 Prozent, bei über 21jährigen ist sogar der Gesamtanteil 4,5 Prozent, bei Negern 4,4 Prozent; in den Mittelatlantikstaaten ist der Anteil in den Städten bei der Gesamtbevölkerung 3,7 Prozent, bei den Negern in den Städten nur 3,3 Prozent. Die fremdgeborenen Weißen der USA: In Neuengland 11,6 Prozent, bei den Negern 5,5 Prozent, in den Mittelatlantikstaaten fremdgeborene Weiße 12,2 Prozent, Ne-

ger 3,7 Prozent — beachten Sie, was hinter diesen Zahlen steht! —, in Ost-Nord-Zentral bei jenen 8,8 Prozent, bei den Negern 4,7 Prozent, und so geht es fort. Ich erwähne noch Mountains mit 5,6 Prozent, bei den Negern 4,1 Prozent und die Pazifikstaaten 4,9 Prozent, bei den Negern 3,1 Prozent und in New-York-Stadt beträgt der Anteil der Illiteraten bei Negern nur 2,1 Prozent bei 4,3 Prozent Illiteraten im Landesdurchschnitt und 10,7 Prozent bei den fremdgeborenen Weißen, das sind die Einwanderer aus Osteuropa usw. Noch interessanter ist, daß es im Jahre 1940 in den USA nicht weniger als 2,8 Millionen, d. h. 3,7 Prozent der Bevölkerung gab, die weniger als ein Jahr in die Schule gingen. In Amerika, in den Vereinigten Staaten.

Noch eine kleine Anmerkung zum Fremdsprachenunterricht. Die englische Sprache ist, soviel ich weiß, die denkbar ungeeignetste für diesen Zweck, weil sie nämlich flexionsarm ist. Ohne Flexion spricht bekanntlich das kleine Kind. Bei uns beherrschen die Kinder schon vom fünften Jahr an — das werden mir die Pädagogen bestätigen — die Flexion und den bedeutend schwierigeren Dialekt. Und das Englische kennt meines Wissens auch keinen Konjunktiv. Der Konjunktiv wird bei uns ganz genau unterschieden. Selbst ein Bauernknecht im hintersten Bayerischen Wald unterscheidet zwischen „war“ und „wäre“.

Zu der akademischen Lehrerbildung muß ich auch noch etwas sagen. Sie bedeutet, daß für die kleinen Leute der soziale Aufstieg auf diesem Sektor, auf dem Sektor der Bildung, unmöglich wird. Die kleinen Leute lassen ihre Kinder zunächst einmal, wenn sie intelligent sind, Lehrer werden, und die Lehrer lassen dann ihre Kinder wiederum studieren. Wenn man aber den kleinen Leuten zumutet, sie sollen ihren intelligenten Kindern gleich ein Universitätsstudium angeheißen lassen, so bedeutet das derartig große Kostenaufwendungen, daß sie der Vater nicht mehr bestreiten kann.

(Wimmer: Also muß der Geldbeutel für die Ausbildung des Begabten maßgebend bleiben!)

Damit nimmt man den kleinen Leuten die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs; denn mit Schulgeld- und Lernmittelfreiheit allein ist es nicht getan; von Büchern und Kollegeldern allein lebt nämlich der Student nicht. Überhaupt die Bücherfrage! Wie wollen Sie das machen? Man kann doch nicht jedem Studenten die Lehrbücher vorschreiben wie einem Volks- oder Mittelschüler. Er braucht doch eine ganz andere Literatur, die er sich selbst zusammensuchen muß. Das müßte dann auf Staatskosten geschehen. Wer das verlangt, hat keine Ahnung vom akademischen Studienbetrieb.

(Wimmer: Aber Krieg führen haben wir können. Da haben wir hunderte von Milliarden ausgeben können! — Zuruf: Der Westwall hat allein 92 Milliarden gekostet!)

— Sie werden aus meinen Ausführungen gehört haben, daß ich hierin mit Ihnen durchaus einiggehe.

(Unruhe.)

Ich komme zum Schluß. Bei allen Diskussionen um die Schulreform vergißt man meistens die Hauptsache, nämlich das Objekt der Erziehung, das Kind und seine Natur, sein Wesen und insbesondere seine individuellen Differenzen, wie man das in der Pädagogik heißt. Eine wirklichkeitsnahe Schulreform darf sich einzig und allein nur hieran, also am Wesen und an der

(Dr. Rief [WAB])

Natur des Kindes orientieren und nicht an politischen Ideologien und Dogmen; denn sonst wird das Kind, und mit ihm unsere Zukunft, das unschuldige und bedauernswerte Opfer derartiger politischer Ideologien wie beim Nazismus. Das ist die große Gefahr der falsch verstandenen Demokratie auf dem Gebiet der Erziehung und der Schule.

Die WAB stimmt deshalb für den Schulreformplan des Haushaltsausschusses und lehnt andere Reformpläne ab. Nötigenfalls würden wir sogar in dieser Frage den Mut haben, ein Volksbegehren einzuleiten, und wir würden auch nicht davor zurückschrecken, die Eltern zum Schulfreitag aufzufordern.

(Zuruf: Streit!)

(Beifall bei der WAB und CSU.)

II. Vizepräsident: Ich möchte wiederholt bitten, doch mögliche Ruhe im Saale zu bewahren und Ausreden in den Vorraum zu verlegen. Hier werden wir durch die Gespräche zu sehr behindert und die Zeit drängt.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete M a d e r e r.

Maderer (CSU): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich habe den Eindruck, daß wir bei den Debatten hier den Faden ein klein bißchen verloren haben und zu weit von dem abgegangen sind, was uns eigentlich heute beschäftigt: Es ist unser Schulreformplan und unsere Einstellung zu den Änderungen, die die amerikanische Militärregierung an diesem Schulreformplan vorgenommen wissen will. Das ist die Frage, die uns heute beschäftigt. Wir behandeln mit anderen Worten die Beilage 726 und den Antrag des Ausschusses für den Staatshaushalt zu den Reformplänen der CSU und der SPD, die in mehreren Sitzungen zusammengearbeitet worden sind. Ich will mich also ausdrücklich zu diesem Thema zurückbegeben und es hier besprechen.

Es wurden von verschiedenen Seiten Pläne vorgelegt, die Schule zu reformieren. Der Gedanke der Schulreform entspringt einerseits dem tatsächlichen Bedürfnis, die Schulen auf unsere Zeit einzustellen, und er entspringt zweitens dem Wunsch der amerikanischen Regierung, die deutsche Schule umzugestalten und sie in demokratischem Geiste neu zu formen. Die Schulreform entspringt auch dem Wunsche vieler Fachleute. Es darf nicht gesagt werden, wie es Herr Kollege Marg vorhin getan hat, daß unsere bisherige Einstellung einem organisierten Widerstand gleicht. Diese Behauptung enthält denn doch ganz Unzutreffendes.

Meine Damen und Herren! Die Schulreform ist eine äußerst wichtige Frage, die wir nicht über das Knie brechen dürfen. Das ist eine Aufgabe, die in Generationen noch ihre Nachwirkungen haben wird. Ich gehe hier ganz einig mit dem, was Professor Dr. Otto R e g e n b o g e n in Heidelberg gesagt hat:

Am besten wäre es und den Lehrern und Schülern am meisten erwünscht, die Schule erst einmal in Ruhe zu lassen, damit sie in Besinnung ihren eigenen Weg finden und gehen könnte. Soll aber reformiert werden, so gehe man vorsichtig und langsam zu Werke, denn man zerstört und baut für lange Zeit, vielleicht für immer. Kein Schritt, der einmal getan ist, läßt sich rückgängig machen. Man reformiere in verständnisvoller Ehrfurcht

vor den großen Werten, die in unserem Schulwesen beschlossen sind! Man setze Auslese und Leistung als unverrückbares Ziel! Ohne Elite keine Demokratie! Man erkenne darum, daß die schwereren Fächer, die Sprachen, besonders die alten, und die Mathematik die Besten des jungen Geistes sind. Die Rolle des Gymnasiums ist noch lange nicht ausgespielt. Und man erkenne weiter, daß Zeitalter und Wachsenlassen nötig sind, daß man in vier Jahren nicht erreicht, wozu acht notwendig sind! Und dann gebe man allen die gleiche Chance, sich in diesem Wettstreit zu messen! Und dann Sorge man aufs Beste für die, die nicht zur Elite zählen. Gerade auch auf den guten Durchschnitt im Volke kommt es an.

Wenn ich die Reformpläne, die vorgelegt worden sind, vergleiche, dann finde ich sehr, sehr viel Übereinstimmendes in allen Plänen. Wir unterscheiden uns nur in sehr wenigen Punkten. Es hat daher keinen Sinn, über die Punkte zu sprechen, bei denen wir uns vollkommen einig sind. Wir müssen uns lediglich in den Punkten einigen, in denen wir noch auseinandergehen und in denen wir auch noch ein klein wenig von den Wünschen der amerikanischen Militärregierung abweichen. Es ist unser ernstester Wille, die Anregungen der amerikanischen Schulkommission und der amerikanischen Militärregierung soweit als möglich zu berücksichtigen. Es sind viele gute Gedanken darin, die uns wertvoll erscheinen und die wir auch in unserem Reformplan weitgehendst eingebaut haben.

Aber eines müssen wir sagen, an einem müssen wir festhalten: Wenn wir erkennen, daß ein Wunsch oder ein Befehl, wie man heute sagen muß, für unsere Verhältnisse nicht paßt, dann müssen wir als für unser Volk verantwortliche Männer auch den Mut haben, zu erklären, daß wir hier nicht anders sagen können, als unser Gewissen von uns fordert. Wir sind durch unser Gewissen und durch unsere Verantwortung vor dem Volke gehalten, das in unseren Schulreformplan einzubauen, was für uns und unsere Verhältnisse notwendig ist. Ich freue mich, feststellen zu können, daß die weitaus meisten Parteien, ich möchte fast sagen alle Parteien, sich darin einig sind, daß wir unseren Mannesmut zeigen müssen, indem wir sagen: Dieser Punkt eignet sich für uns und dieser Punkt eignet sich für uns nicht. Ich danke allen Parteien, daß sie sich in dieser Weise mit uns solidarisch erklärt haben, solidarisch auch mit unserem Herrn Kultusminister.

Es ist aber unser ernstester Wille, die Anregungen der Amerikaner zu prüfen und genau unter die Lupe zu nehmen, und ich glaube, sagen zu können, daß die amerikanische Militärregierung nicht etwa unsere berechtigten Bedenken ablehnen, sondern sie anerkennen und auch entsprechend würdigen wird. Darum möchte ich noch einmal ein klein wenig auf die einzelnen Punkte eingehen, die heute zur Debatte stehen.

Die Militärregierung hat in einer Reihe von Punkten Differenzen aufgezeigt, die sie beseitigt wissen will. Zum Teil ist das ja schon mitgeteilt worden vom Herrn Kultusminister und auch vom Herrn Kollegen Meigner. Ich möchte aber einiges nochmals betonen, weil ich als Fachmann doch aus Erfahrung sprechen und auch annehmen kann, daß Sie meinen Worten, die wirklich ernsthaft gemeint sind, auch den Glauben schenken, den ich verlangen kann und verlangen muß.

(Maderer [CSU])

Es wird immer wieder betont, daß man in unseren Schulen eine Scheidung der Kinder vorgenommen hätte. Es wundert mich sehr stark, daß Herr Kollege Pittroff gestern von unserer Schule behauptet hat, daß wir ein zweigleisiges Schulsystem gehabt hätten, eine Scheidung der Kinder der Ärmere und der Reicher. So ist es doch in Wahrheit nicht. Ich kann Ihnen aus dem Jahresbericht meiner eigenen Schule ein Beispiel geben, damit Sie sehen, daß die Vorwürfe, die man unserer Schule in dieser Richtung gemacht hat, absolut unzutreffend sind. Sie werden sich durch das, was Sie jetzt hören, überzeugen lassen, daß wir eine Schule hatten — das gilt hier auch für die höhere Schule —, die tatsächlich für alle Kreise und Schichten unseres Volkes da war. Dieses Beispiel wird Ihnen mehr sagen wie viele Worte: In der ersten Klasse in meiner Schule waren 1937/38 Schüler, deren Eltern sich aus folgenden Berufen zusammensetzten: Viehhändler, Oberpfleger, Gastwirt, gestorben, Frau, also Witwe, Verwaltungsinspektor, Steuersekretär, Diplomlandwirt, Justizangestellter, Zugoberbeschaffner, Malermeister, gestorben, Frau, also Witwe, Zimmermann, Bautechniker, Reichsbahnsekretär, Verwaltungsoberinspektor, gestorben, Frau, also Witwe, Landwirt, praktischer Arzt, Viehhändler, Land- und Gastwirt, Schwerkriegsbeschädigter, Hilfsarbeiter, Glasmacher, Arbeiterin (als alleinstehende Frau), Hausverwalter, Schuhmachermeister, Schreinermeister, Bootsführer, Staatsstraßenoberaufseher, Rangieraufseher, Maschinenmeister, Waffenobergehilfe, Pförtner, Gütler, Kottenführer, Oberpfleger, Polizeikommissär, gestorben, Frau, also Witwe, Landwirt, Straßenwärter, Heeresangestellter, Steinbruchbesitzer, Bäckermeister, Musiker, gestorben, Landwirt, Lokführer, Bauer, Darmhändler, Bäckermeister, Fabrikarbeiter, Steuersekretär.

Ich glaube, darunter werden Sie die sogenannten Großtopfeten bestimmt vermissen.

(Wimmer: Sind sie alle mitgekommen?)

— Fast alle. Ich darf Ihnen auch noch das Verzeichnis aus der 6. Klasse bekanntgeben, über den Beruf der Eltern: Hausverwalter, Baumeister, gestorben, Frau, also Witwe, Forstgehilfe, Abteilungsleiter, Verwaltungsoberinspektor, gestorben, Schlossermeister, Maschinengeschäftsinhaber, Lokführer, Polizeihauptwachtmeister, Werkführer, Zollsekretär, Verwaltungsassistent, Steuerinspektor, Oberpfleger, Spartassenangestellter, Studienrat, Metzgermeister, Gutsbesitzer, Oberpfleger, Lokführer.

Also auch nach dieser Richtung wende ich mich an die Vertreter der Militärregierung. Sie sehen aus diesem Beispiel, das nicht allein dastehend ist und wohl als Beispiel für alle Schulen dienen kann, daß wirklich nicht behauptet werden kann, daß an unseren höheren Schulen nur die Kinder der Reichen und Großtopfeten wären. Nein, an unseren Schulen haben wir Kinder aus allen Ständen und Schichten aufgenommen. Also der Vorwurf, der uns hier gemacht wird, trifft bestimmt nicht zu. Was sollen wir da ändern, wo nichts zu ändern ist?

(Zuruf: Das geht an dem Problem vorbei.)

— Das geht an dem Problem nicht vorbei. Ich wende mich gegen die Ausführungen des Herrn Kollegen Pittroff, der gestern behauptete, das wäre an unseren Schulen nicht der Fall. Auch die Militärregierung sagt in Punkt 4 a — das ist Ihnen ja bekanntgegeben worden —:

Das bayerische Staatsministerium hat keine Pläne für die Abschaffung des zweigleisigen Schulsystems vorgeschlagen, das bereits im Alter von zehn Jahren ein Kind vom anderen Kind trennt und einer kleinen bevorzugten Gruppe Ausbildungsmöglichkeiten gibt, die für die große Mehrheit der bayerischen Kinder unerreichbar sind.

Dagegen wenden wir uns mit Recht. Es heißt doch nur —

(Zwischenrufe: Geistige Auslese!)

— Ja, natürlich. An den höheren Schulen geht es ja bei der Reform hauptsächlich darum, das ist der Streitgegenstand, daß wir eine geistige Auslese vornehmen müssen. Das ist selbstverständlich. Wenn gestern gefragt worden ist, wieviele Schüler denn bis ans Ende kommen, so ist dazu zu bemerken: Bis ans Ende kommen die Begabten, und die anderen sortieren sich von selbst aus in einer ganz natürlichen Auslese. Es wird also nicht nachgeholfen durch irgendeinen Druck. Davon setzen wir uns ab. Davon wissen wir uns frei, und davon halten wir uns fern. Ich habe ja schon darauf hingewiesen, daß gerade die Lehrkräfte an den Volksschulen und höheren Schulen gewiß nicht aus den höchsten Kreisen gekommen sind. Sie sind herausgewachsen aus den einfachsten Verhältnissen, aus dem Bauern- und Arbeiterstand und aus kleinsten Kreisen. Von den 30 Lehrkräften an meiner eigenen Schule stammt ein einziger aus höchsten Kreisen. Was Sie hier als Patent fordern und was namentlich Herr Kollege Pittroff gefordert hat, ist ja bereits erfüllt und braucht nicht mehr erfüllt werden. Von Bedeutung ist die Stellungnahme zu der Frage, ob die Kinder erst nach sechs Volksschuljahren oder schon nach vier Jahren in die höhere Schule kommen sollen. Sie haben gestern vom Herrn Kollegen Meirner die Äußerung des Professors Schell — ich glaube, so heißt er — vorgetragen bekommen. Das kann uns am meisten überzeugen. Das muß uns maßgebend sein. Auch ich möchte aus eigener Erfahrung sagen, daß das normale Eintrittsalter in die höhere Lehranstalt nur das Alter von zehn Jahren, also nach dem 4. Volksschuljahr, sein kann. Die Kinder sind in diesem Alter aus dem Größten heraus und da scheiden sie sich bereits.

Ich frage Sie, kann man es verantworten, daß man die begabten Kinder durch die unbegabten aufhalten läßt? Ich glaube, Sie werden alle sagen, das können wir den Begabten nicht zumuten. Das wäre eine Sünde an den Begabten, die zu fördern Sie ja alle wünschen. Darum müssen wir also daran festhalten, daß die Kinder nach vier Volksschuljahren bereits in die höhere Schule kommen dürfen. Ich will dazu noch ein klein bißchen weiter ausholen. Auch die Übereinstimmung mit der Meinung der Professoren aus Amerika, die Sie gestern gehört haben, zwingt uns logischerweise zu unserer Stellungnahme. Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß der Eintritt in die höhere Schule nach dem 12. Lebensjahr für die Schüler sehr gefährlich ist, weil sie da im sogenannten Lausbubenalter sind und weil sie in diesem Alter den Schulwechsel schwer ertragen könnten. Wenn sie aber bereits durch zwei Jahre Unterricht in der höheren Schule verwurzelt sind, dann kommen sie auch über diese Schwierigkeiten hinweg. Es könnte die Gefahr gegeben sein, daß mancher Schüler, den man erst im 12. Jahr in die höhere Schule gehen läßt, nicht mehr einwurzelt und verloren geht, so daß also das, was Sie erreichen wollen, dadurch nicht erreicht würde. Wir müssen dafür sorgen, daß das Bäumchen zur rechten Zeit verpflanzt wird, nicht

(Maderer [CSU])

erst dann, wenn der Baum schon zu groß ist. Jeder Gärtner weiß, daß man das Bäumchen zur rechten Zeit pflanzen muß und nicht, wenn es zu spät ist.

(Zuruf von der SPD.)

Sie halten mir vor, daß man ja an der Volksschule bereits vorarbeitet. Herr Kollege Pittroff hat gestern gemeint, die 5. und 6. Klasse der Volksschule wäre ein Ersatz für die unteren Klassen der höheren Lehranstalt. Ich kann dieser Ansicht aus eigenster Beobachtung und Erfahrung nicht beistimmen. Denn eines ist klar: Man kann das unmöglich an allen Schulen durchführen; denn sonst kämen wir zu einer Benachteiligung der Landschulen, der Bauernkinder draußen und auch der Landschulen in kleineren Städten und Märkten. Es wäre eine Benachteiligung gerade der Kreise, die wir alle fördern wollen. Was wäre die logische Folge? Das Sprachstudium der Volksschule in der 5. und 6. Klasse wäre dann im 7. Volksschuljahr restlos umsonst. Man müßte wieder ganz von vorn anfangen, weil Kinder dazu kommen, die von Sprachen keine Ahnung haben. Verlorene Zeit und verlorene Mühe!

(Sehr richtig! rechts.)

Es wäre eine Ungerechtigkeit, wenn man die begabten Kinder vom Lande, dazu zählen hier auch die Kinder aus den kleinen Landstädten, benachteiligen würde. Jede Ungerechtigkeit lehnen wir ab. Die logische Folge müßte sein, daß wir auch in den Landstädten draußen solche Samschulen errichten müßten, damit die Kinder dort zusammengezogen werden und Unterricht bekommen. Das bietet aber große Schwierigkeiten, wie jeder weiß, der die Verhältnisse auf dem Lande nur einigermaßen kennt. Seien wir also vernünftig und rechnen wir mit den gegebenen Tatsachen! Ich habe schon gestern mit Recht eingeworfen: Wir gehen ja an der rauhen Wirklichkeit vielfach vorbei. Unsere Verhältnisse sind mit den amerikanischen nicht zu vergleichen. Ich habe gestern dazwischengerufen, als der Gedanke auftauchte, man könnte an den Volksschulen draußen die Kinder auch mit Autos zusammenholen.

(Lachen bei der CSU.)

Ich denke an die Gebiete, wo es überhaupt kaum möglich ist, Autos über die dortigen Wege fahren zu lassen. Im übrigen haben wir die Autos gar nicht. Wenn man die Schulen so aufteilen würde und sich beispielsweise im Orte A Kinder der 1. und 2. Klasse und im Orte B Kinder der 3. und 4. Klasse befänden, dann hätten manche Kinder einen Weg von zwei Stunden zu gehen. Das kann man den Kindern nicht zumuten.

(Zuruf.)

— Aufteilung nach Konfessionen? Das ist ein lächerlicher Einwurf, daß man der Konfession wegen die Schulen bzw. die Kinder so weit trennt. Herr Kollege Marx, den Einwurf haben Sie sicher nicht ernst gemeint.

(Zuruf: Kennen Sie den Fall Benzberg?)

— Ich kenne den Fall Benzberg.

(Zuruf: Sie gehen nicht darauf ein?)

— Der Fall liegt ja ganz anders.

Dann möchte ich auf etwas anderes eingehen und ein Wort zum Kultusminister sagen. Die Übernahme des Prinzips des kostenlosen Unterrichts, der Schulgeldfreiheit, ist kein Gedanke, der uns absolut trennen muß.

(Sehr richtig!)

Wir werden dafür stimmen, und ich bitte den Kultusminister, seinen Vorschlag so einzureichen, daß wir die Schulgeldfreiheit befürworten, obwohl ich weiß, daß es nicht lange dauern wird, bis sich unser Staat gezwungen sehen wird, doch wieder zur Einführung des Schulgelds zu greifen. Davon bin ich fest überzeugt. Wir wollen aber einmal den Versuch machen; bewährt er sich, ist es recht. Aber ich habe meine berechtigten Bedenken.

Das gleiche gilt auch von der Lehrmittelfreiheit. Augenblicklich ist es ja gar nicht anders möglich, als daß wir die paar Bücher, die wir bekommen, für alle Kinder verteilen und reservieren. Jetzt können die Bücher nicht in den Besitz eines Schülers übergehen; das ist augenblicklich gar nicht möglich.

(Dr. Stang: Sehr bedauerlich!)

Aber das Ideal ist nach meiner Meinung und Erfahrung als Lehrer, daß man jedem Schüler die Bücher, die er einmal gebraucht hat, auch in der Hand läßt. Repetitio est mater studiorum; jeder Schüler muß die Möglichkeit haben, sein Wissen aufzufrischen, damit es immer wieder neu geschaffen wird und dann erst sikt. Sobald die Verhältnisse wieder besser sind, müssen wir darauf bestehen, daß die Kinder die Bücher selbst in die Hand bekommen.

Das wird uns nicht daran hindern, daß wir den wirklich Bedürftigen in der Bücherhilfe soweit als möglich entgegenkommen. Das war so und wird so sein; hier haben wir gar nichts zu ändern. Die Vergangenheit hat uns ja bereits von selbst den Weg gewiesen; denn wir hatten ja immer arme neben den reichen Kindern.

(Dr. Stang: Die Hilfsbüchereien!)

— Die Hilfsbüchereien sind ja sogar ein Titel in dem Etat des Kultusministeriums; das ist ja bekannt.

Dann möchte ich, meine Damen und Herren, etwas zur Frage des Kindergartens sagen. Der Gedanke, auch die Kindergärtnerinnen durch die Hochschule zu jagen, ist gestern bereits von allen Parteien als nicht tragbar abgelehnt worden. Denn nach unserer Meinung ist der Kindergarten ja tatsächlich nichts anderes als ein Ersatz für das Elternhaus in einem Alter der Kinder, in dem sie eben noch die mütterliche Hand brauchen. Um ein Höschen auszuputzen oder ein Mäschen zu putzen, dazu braucht man keine höhere Schule zu haben. Aber ein Herz für die Kinder muß man haben,

(sehr richtig!)

ein Herz, das die Kinder betreuen kann. Man könnte das logisch fortsetzen und sagen: Man müßte eigentlich jede Mutter auf die Hochschule gehen lassen, damit sie imstande ist, die Kinder bis zum 6. Schuljahr zu erziehen. Sie sehen, der Gedanke ist geradezu lächerlich.

Unsere bisherigen Kindergärtnerinnen haben ihre Aufgabe glänzend erfüllt. Wir sehen keine Veranlassung, vom Bisherigen abzuweichen.

(Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, die Trennung von Knaben und Mädchen ist ja nur eine fakultative, nicht eine pflichtmäßige Forderung. Daher ist hier gar nichts darüber zu sagen.

Dann stößt sich die Militärregierung sehr stark an der Tatsache, daß draußen auf dem Lande die Kinder nicht so betreut werden können wie in der Stadt. Das ist natürlich auch ein Punkt der rauhen Wirklichkeit, über den wir nicht hinwegkommen können. In unserem Programm ist aber auch die Forderung enthalten, die Land-

(Maderer [CSU])

schulen soweit als möglich zu fördern; es ist unsere übereinstimmende Meinung und unser Wunsch, daß man alle Schulen, die Volksschulen, die Berufsschulen, die ländlichen Schulen, möglichst fördert. Fürs Leben kann man nie genug gelernt haben. Es wäre für uns sehr erfreulich, wenn die Dienstbotenfrage auf dem Lande einmal so gelöst werden könnte, daß man die Kinder als Arbeiter entbehren und sie in die Schule schicken könnte; denn jeder Bauer hat ein Interesse daran, daß seine Kinder so viel als möglich lernen, und schickt sie darum auch in die Schulen, die bestehen. Es liegt also nicht etwa am schlechten Willen, sondern wir müssen die raue Wirklichkeit in Rechnung stellen.

Die Bemerkung der Militärregierung in Punkt 4 h enthält einen Satz, den ich nicht billigen kann und der auch den Tatsachen nicht entspricht. Es heißt hier:

Dies ist umso gewichtiger in Landgemeinden, die keine Berufs- und Fortbildungsschulen für alle Kinder über 14 Jahren vorsehen können oder wollen.

Meine Damen und Herren, das geht an den Tatsachen glatt vorbei. Auch auf dem Lande waren die Berufs- und Fortbildungsschulen bisher bis zu 16 Jahren gegangen; und wenn wir jetzt eine Ausdehnung bis zu 17 Jahren gefordert haben, dann haben wir diesem Gedanken bestimmt Rechnung getragen.

Ich weiß nicht, woher die Militärregierung diese Meinung geschöpft hat; aus unseren bayerischen Schulen jedenfalls nicht; wie überhaupt manche Gedanken, die ich gefunden habe, unseren bayerischen Verhältnissen gewiß nicht entsprechen. Unsere bayerischen Schulen waren in Ordnung. Wir wollen ändern, was geändert werden muß. Was gut war, wollen wir weiter pflegen. Wir wollen nicht alles mit Stumpf und Stiel ausrotten und morgen wieder von vorne zu bauen anfangen, wobei wir doch wieder vieles hineinbauen müssen, was schon da war.

Die sogenannten Einraum-Schulen auf dem Lande! Es gibt nach meiner Kenntnis nur mehr sehr wenig Landschulen, die Einraumschulen sind. Die Schulen werden soweit als möglich geteilt, und wir begrüßen es, wenn die Schulen noch mehr geteilt werden können, sobald wir Räume, sobald wir Lehrkräfte haben. Herr Kultusminister nehmen Sie das als Programmpunkt auf! Die Schulen sollen geteilt werden, sobald die Raum- und die Lehrerverhältnisse das gestatten. Wir sind wirklich nicht darauf aus, die Schulen klein zu halten. Im Gegenteil; unsere Kinder, das wertvolle Gut, sollen gefördert werden.

Meine Damen und Herren, ein Wort noch zur Lehrerbildung. Sie haben ja aus unserem Vorschlag entnommen, daß auch wir für die Lehrer die hochschulmäßige Fortbildung gewünscht haben. Wir haben also diesen Punkt bereits erfüllt. Wozu also noch eine Beanstandung, wenn doch das Faktum schon da ist?

Im übrigen möchte ich meine Bedenken nicht verhehlen. Meine Damen und Herren, Sie wissen aus eigener Erfahrung, daß man gerade beim Beruf des Volksschullehrers am meisten herumgedoktert hat. Bald hat man eine hochschulmäßige Ausbildung verlangt; dann kam Lehrermangel, und man hat eine Schnellpresse eingeführt. Ich denke mit Schrecken an die Schnellpresse von 1945, als man die Leute zusammengefangen, in sechs

Monaten rasch ausgebildet und auf unsere Kinder losgelassen hat. Das ist gerade das Gegenstück von dem, was hier verlangt wird. Wir wollen eine solide, gründliche Ausbildung.

Wir wollen aber auch die Gefahr vermieden wissen, eines Tages ohne Lehrer dazustehen. Denn, Herr Kollege Pittroff, wenn die Lehrerbildung bis zum Abschluß der Hochschule geführt wird, besteht die Gefahr, daß sich die Lehrer für Landschulen nicht mehr gerne zur Verfügung stellen. Das ist ein Faktum, an dem wir nicht vorbeikommen, wenn auch heute der Drang nach dem Land natürlich aus anderen Gründen etwas größer ist, als sonst.

(Pittroff: Sie haben aber doch sonst immer Angst, daß wir zuviel Akademiker bekommen! Es wird doch immer von dem akademischen Proletariat gesprochen!)

— Das akademische Proletariat regelt sich ganz von selbst. Das Leben geht seinen Gang. Die Schule wird immer so geschaffen, wie es das Leben und das augenblickliche Wirtschaftsleben verlangt, wenn auch einmal eine Zeitslang ein Übergang da sein muß.

Aber ich warne vor einem: Wir dürfen nicht etwa den Lehrerstand züchten, so daß die Leute nur aus Versorgungsgründen zu ihm streben. Meine Herren, Sie haben neulich wunderbare Reden über das gehalten, was man vom Lehrer verlangt, welche Eigenschaften er haben muß. Vergessen wir nicht, den Lehrer so heranzuziehen, daß er diese Eigenschaften in sich trägt!

Ein Lehrer muß wunderbare Eigenschaften haben. Er muß eine kräftige Persönlichkeit sein, daß er jeden Schüler sofort zwingt, ihm zu folgen. Er muß dabei gut sein, um nicht in Roheit auszuarten. Er muß gewandt sein, um auf jeden Sprung dieser kleinen Krabbürsten einzugehen. Und er muß eine Bärengeduld haben; sonst wird er mit den schwachen und den starken Seiten der Kinder in der Schule nicht fertig.

(Pittroff: Geduld ist die schlechteste Eigenschaft eines Lehrers. Fähigkeiten muß er haben!)

— Herr Kollege Pittroff, Sie sagen: Der Lehrer muß in erster Linie Fähigkeiten haben. Das ist selbstverständlich. Darum sage ich ja auch: Er muß Geist haben. Geduld aber muß ein Lehrer haben. Herr Kollege Pittroff, wenn Sie das noch nicht erfahren haben, dann sind Sie noch kein Lehrer gewesen!

(Beifall bei der CSU.)

Eine Bärengeduld, eine Lammsgeduld muß man bei den Schwächen der Kinder entwickeln, bei ihren körperlichen Schwächen, bei ihren geistigen Schwächen und bei ihren moralischen Schwächen; sonst kommt man nicht durch.

(Pittroff: Die schlechtesten Lehrer sind diejenigen, die als Haupteigenschaft Geduld haben, weil sie nichts leisten; mit ihrer Geduld lassen sie alles schleifen!)

— Herr Kollege Pittroff, verdrehen Sie meine Worte nicht! Ich habe gesagt; er muß vier Eigenschaften haben: Erstens, er muß ein starker Mann sein; zweitens, er muß gut sein; drittens, er muß geistige Wendigkeit haben; und viertens, er muß Geduld haben.

(Zustimmung bei der CSU.)

Das muß der Lehrer haben; wenn er das nicht hat, ist er kein Lehrer und gehört nicht in die Schule. Darum finden Sie auch unter den Lehrerpersönlichkeiten so wenige, die

(Maderer [CSU])

wirklich dem Ideal entsprechen; das sind dann die Witzfiguren, die man überall sieht.

Meine Damen und Herren, ein Herr — ich glaube, Kollege Hofer war es — hat gestern auch gefragt, wie sich die anderen Regierungen zur Frage der Schulreform einstellen. Ich habe die Unterlagen dabei, und zwar ist es die „Neue Zeitung“, also gewiß eine objektive Zeitung, die Ihnen das sagt. In Hessen stellt man sich so ein:

Der zuletzt vorgelegte Plan des Landes Hessen zeigt ein verständnisvolles Bemühen, den Anregungen der Richtlinien zu folgen. Der Entwurf entscheidet sich, wie der Bremens, für die in Zweige gegliederte Einheitschule mit elastischer Gestaltung und Schulgeld- und Lehrmittelfreiheit. Ein Gebäude soll alle Zweige aufnehmen und der Unterricht in den „Kernfächern“ die Gemeinsamkeit der einzelnen Zweige aufrechterhalten.

— Eine große Gefahr und eine Schwierigkeit für die Durchführung!

Dann:

Württemberg-Baden zeigt weniger die Absicht, eine Umwandlung des Schulsystems einzuleiten, als den Wunsch, durch eine ausführliche Darstellung von Schwierigkeiten (wie die Auswirkung der monatelangen Ministerkrise) sich für die Versäumnis von Reformmaßnahmen zu entschuldigen. Der Plan stellt als eine der ersten Forderungen die Wiedereinstellung der noch zu entnazifizierenden Lehrer auf. Die Vorschläge, die Grundstufe auf sechs Jahre zu verlängern, eine neue Einteilung über Beginn und Art des Fremdsprachenunterrichts und ein 13. Schuljahr einzuführen, hätten die Ablehnung der Mehrheit der Bevölkerung gefunden.

— Das ist Württemberg-Baden!

Das ist meine kurze Antwort auf die Frage, die gestern gestellt worden ist. Wenn es Sie interessiert, stelle ich es Ihnen zur Verfügung, um das Weitere noch nachzulesen.

Meine Damen und Herren, ich will Sie nicht mehr lang aufhalten. Ich glaube aber, es ist notwendig, einmal zusammenzufassen, worin wir uns eigentlich augenblicklich zusammengefunden haben. Ich stelle fest: Wir haben uns in dem Bestreben zusammengefunden, unserer Schule eine glänzende Reform zu geben. Darin sind wir uns alle einig. Wir haben uns auch in der Erkenntnis zusammengefunden, daß nur das, was für uns brauchbar ist, für uns in Frage kommen kann. Wir müssen Manns genug sein, zu sagen, daß wir das ablehnen, was für unsere Verhältnisse absolut nicht tragbar ist.

(Sehr richtig!)

Die Militärregierung möge von unseren Bedenken Kenntnis nehmen und möge sie gerecht würdigen! Dann glaube ich, finden wir uns zusammen.

Eines muß ich zum Schluß noch sagen: Es ist uns heute die Aufgabe gestellt, etwas Großes, etwas Neues, etwas Brauchbares zu schaffen, nicht für heute und morgen, sondern für Generationen. Ich darf in diesem Augenblick etwas aussprechen, was sich auch auf dieses Thema bezieht:

Des Volkes Würde ist in unsere Hand gegeben;
mit uns wird sie versinken,
mit uns wird sie sich heben.

(Beifall bei der CSU.)

Präsident: Es sind noch vier Redner gemeldet, die Abgeordneten Dr. Beck, Haugg Pius, Dr. Franke, Dr. Kroll. Darf ich einmal an die Redner die Frage richten, wie lange ungefähr jeder von ihnen noch sprechen will?

(Zuruf: Schluß!)

Dr. Beck (SPD): In Anbetracht dessen, daß der Herr Ministerpräsident anwesend ist, sollte, glaube ich, die Debatte zumindest unterbrochen werden.

Präsident: Darf ich zu der Disposition für heute folgendes bemerken: Auf jeden Fall tagt nachmittags um 5 Uhr der Ausschuß für Länderratsfragen, so daß der Landtag hier spätestens um 3/45 Uhr schließen muß. Zweitens muß die Ernährungsdebatte heute noch stattfinden. Der Herr Ministerpräsident ist bereit, die Erklärung der Staatsregierung hierzu abzugeben.

(Ministerpräsident Dr. Ehard: Jederzeit!)

— Der Herr Ministerpräsident ist jederzeit bereit, diese Erklärung abzugeben. —

(Stod: Also sofort!)

Nun könnte man folgendermaßen disponieren: Wir fügen die Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten jetzt ein und lassen etwa um 1/21 Uhr die Mittagspause eintreten, so daß dann um 3 Uhr die Debatte zur Ernährungsfrage beginnen kann.

Herr Abgeordneter Stod!

Stod (SPD): Zur Geschäftsordnung! Meine Damen und Herren! Ich habe schon heute zu Beginn der Sitzung darum gebeten, unter allen Umständen die Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten zu hören und dazu Stellung zu nehmen. Wenn wir nach dem Vorschlag des Herrn Präsidenten verfahren, werden wir nicht fertig werden.

Ich schlage deshalb vor, daß der Herr Ministerpräsident jetzt seine Erklärung abgibt, daß wir vielleicht noch einen Redner in die Diskussion schicken und heute Nachmittag von 3 bis 3/45 Uhr tagen. Ich bitte Sie, Herr Präsident, selbst zu überlegen, wieviel Redner zu dieser eminent wichtigen Frage überhaupt Stellung nehmen können.

Präsident: Meine verehrten Damen und Herren, wir sind etwas ins Gedränge gekommen. Man durfte hoffen, die Redner würden sich allmählich kürzer fassen. Das Gegenteil war der Fall; die letzten sprachen länger als die ersten. Deshalb diese Zeitnot.

Herr Abgeordneter Dr. Stang hat das Wort.

Dr. Stang (CSU): Meine Damen und Herren! Ich bin der Meinung, es wäre am zweckmäßigsten, jetzt die Debatte über die Schulreform überhaupt abzuschließen.

(Sehr richtig!)

Ich glaube, soviel Entfaltungskraft könnten die Herren, die noch gemeldet sind, aufbringen, um auf das Wort zu verzichten. Da ja die wichtigsten Gesichtspunkte von jeder Fraktion vorgetragen wurden, sollten wir nunmehr zur Abstimmung schreiten; dann wäre dieser Gegenstand erledigt.

(Sehr richtig!)

Präsident: Wenn das Haus diesem Antrag folgen will, müßte zumindest dafür gesorgt werden, daß eine Beschränkung der Redezeit eintritt.

(Widerspruch. — Zurufe: Schluß!)

— Ich bitte, nicht in ein Indianergeheul auszubrechen, (Heiterkeit)

sondern sich auf Zwischenrufe zu beschränken. So kann man keine parlamentarischen Verhandlungen führen. Ich war jahrzehntelang im Parlament, aber so etwas, daß eine ganze Gruppe auf einen Sitz schreit, habe ich noch nicht erlebt.

Ich bitte also, sich ordnungsgemäß zu äußern; dafür sind die Fraktionsvorsitzenden zuständig.

Michel (CSU): Zur Geschäftsordnung! Ich beantrage Schluß der Debatte.

Präsident: Zur Geschäftsordnung spricht Abgeordneter Hausleiter!

Hausleiter (CSU): Ich bin unter allen Umständen gegen den Antrag auf Schluß der Debatte. Wir müssen endlich zur Selbstdisziplin des Parlaments kommen und nicht dahin, daß den Leuten ständig das Wort abgeschnitten wird. Ich bin daher der Überzeugung, daß die Kollegen von sich aus ganz kurz das Wesentliche sagen werden. Ein Antrag auf Schluß der Debatte scheint mir aber grundsätzlich ungerecht zu sein.

Präsident: Herr Abgeordneter Höllerer hat das Wort.

Höllerer (WWB): Zum Vorschlag des Herrn Präsidenten möchte ich folgendes zur Geschäftsordnung beantragen: Ich halte es für unbillig, heute Nachmittag um 5 Uhr wegen eines Ausschusses die Behandlung des wichtigen Problems der Ernährungsfrage zu unterbrechen. Der Ausschuß für Länderratsfragen kann auch morgen tagen. Aber die Aussprache über die Ernährungsfrage, an der das ganze Volk interessiert ist, wegen eines Ausschusses zu unterbrechen, halte ich für falsch.

Präsident: Diese Ausführungen des Abgeordneten Höllerer treffen nicht ganz zu, weil auch im Länderratsausschuß wichtige Erklärungen der Staatsregierung abzugeben sind, die die ganze Konstitution des Frankfurter Wirtschaftsrats und damit auch die Ernährungsfrage betreffen.

(Höllerer: Morgen!)

— Wir haben immer so disponiert, daß Samstag, Sonntag, Montag immer frei sind. Wir können nicht ständig umdisponieren. Wir sind in die Zeitnot nur wegen der uferlosen Ausdehnung der Kulturdebatte hineingeraten.

Herr Abgeordneter Stöck!

Stöck (SPD): Meine Damen und Herren! Ich möchte immer noch an meinem Vorschlag, jetzt die Kulturdebatte abzuschließen, festhalten, was auch heute früh die Meinung des ganzen Parlaments gewesen ist.

(Dr. Stang: Das war Ihre Auffassung!)

— Nein. Es waren allerdings sehr wenig Herren von Ihnen da. Es wurde die Meinung vertreten, daß, sobald der Herr Ministerpräsident kommt, mit der Behandlung der Ernährungsfrage begonnen wird, und der Herr Kultusminister hat noch erklärt, der Herr Ministerpräsident werde bald kommen, nur Tage noch der Ministerrat.

Präsident: Es liegt ja auch der Zeittermin des 1. Februar für die Äußerung des Herrn Kultusministers an die Militärregierung vor.

Ich lasse nur abstimmen. Der weitergehende Antrag ist zweifellos der, die Aussprache über die Schulreform zu unterbrechen und die Ernährungsdebatte einzufchieben.

(Widerspruch.)

— Ich bitte, nicht immer durcheinander zu rufen, sondern sich zur Geschäftsordnung zu Wort zu melden.

Michel (CSU): Ich wiederhole meinen Antrag auf Schluß der Debatte.

Präsident: Der Antrag auf Schluß der Debatte ist der weitergehende.

(Dr. Linnert: Ich habe einen Antrag eingebracht, der noch nicht verlesen worden ist!)

— Den Antrag will ich verlesen; er kommt zur Abstimmung.

Der Antrag des Herrn Dr. Linnert hätte heute zu Beginn der Sitzung verlesen werden sollen. Er lautet:

Der Bayerische Landtag möge beschließen:

1. Der Herr Minister für Unterricht und Kultus wird ersucht, sofort dem Landtag eine Abschrift des Entwurfs zur Schulreform, wie er der Militärregierung jetzt vorgelegt werden soll, zuzustellen.
2. Der Landtag tritt am Mittwoch, den 4. Februar 1948, ohne Überweisung an einen Ausschuß in die Beratung des Entwurfs zur Schulreform ein.
3. Der Herr Präsident des Landtags und der Herr Minister für Unterricht und Kultus setzen sich sofort mit der Militärregierung für Bayern ins Benehmen, daß die Frist zur Einreichung des Entwurfs zur Schulreform bis zum 7. Februar verlängert wird, damit der vom Landtag festgesetzte Reformplan bis dahin beraten und der Militärregierung vorgelegt werden kann.

Dazu will der Herr Minister für Unterricht und Kultus noch eine Erklärung abgeben.

Nun möchte ich aber zunächst über den Antrag auf Schluß der Debatte abstimmen lassen.

Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Das Präsidium ist sich einig, daß das die Mehrheit ist. Damit ist die Debatte geschlossen. Das Wort hat der Herr Kultusminister.

Staatsminister Dr. Hundhammer: Ich möchte zunächst zu dem vorliegenden Antrag Stellung nehmen.

Die Militärregierung hat ganz großen Wert darauf gelegt, daß die Antwort des Kultusministers zum 1. Februar vorgelegt wird. Diese Antwort des Kultusministers und der neue Plan bauen sich auf den Weisungen der Militärregierung auf. Das ist noch nicht die endgültige Stellungnahme des Landtags, die nach meinem Dafürhalten besser dann erfolgt, wenn auf Grund der Weisungen der Militärregierung die einzelnen Gesetzentwürfe ausgearbeitet sind und dem Landtag zur gründlichen Beratung vorgelegt werden können. Über eine große Zahl von Einzelfragen besteht zwischen dem Landtag und der Militärregierung und zwischen dem Staatsminister für Unterricht und Kultus und der Militärregierung Übereinstimmung oder wird sie zu erzielen sein.

Die Prüfung der Einzelprobleme hat sich zweck-

(Staatsminister Dr. Hundhammer)

mäßig auf die Punkte zu erstrecken, in denen wesentlich verschiedene Auffassungen vorhanden sind. Ich habe nicht die Meinung, daß es ohne Ausschlußberatung im Plenum möglich ist, diese grundlegenden Fragen innerhalb weniger Tage zu einem Abschluß zu bringen.

(Dr. Stang: Sehr richtig!)

Ich möchte deswegen empfehlen, von einem Beschluß, wie er hier gedacht ist, Abstand zu nehmen.

Dagegen bin ich selbstverständlich gerne bereit und hätte es auch von mir aus getan, dem Landtag die Stellungnahme, die der Militärregierung zum 1. Februar übermittelt werden muß, zur Kenntnisnahme vorzulegen, dann kann der Landtag dazu seinerseits sich äußern und ist bei der Beratung der einzelnen Maßnahmen, die wegen ihrer weittragenden Bedeutung ihm vortragen werden müssen, in der Lage, seine Stellungnahme zu präzisieren. Ich möchte deshalb bitten und empfehlen, von dem Antrag in der hier vorliegenden Form abzusehen.

Nun zu den Fragen im einzelnen. Im Laufe der Aussprache ist die Diskussionsbasis, die ursprünglich von mir in meinen Ausführungen gegeben war, etwas verschoben worden. Es ist — darum möchte ich das noch einmal präzisieren — festzuhalten: Auch ich bin der Meinung, daß zahlreiche Reformmaßnahmen zweckmäßig und am Platze sind. Das ergibt sich aus den ungeheuren Veränderungen, die die Ereignisse der letzten zehn Jahre mit sich gebracht haben; das ergibt sich auch daraus, daß jede Einrichtung in der Welt, also auch das Schulwesen, sich nicht starr an einen Punkt, sondern in einer dauernden Entwicklung, und zwar, wie wir hoffen, Vorwärtsentwicklung befindet.

Aber so gewaltsame und so radikale Veränderungen des ganzen Schulsystems und Schulwesens, wie sie jetzt hier zur Diskussion stehen, sind, glaube ich, in der Geschichte eines Volkes überhaupt noch nicht dagewesen; über solche entscheidende Maßnahmen kann man auch nicht innerhalb weniger Tage in allen Details entscheiden. Dabei dreht sich die Diskussion um eine kleine Zahl von Einzelmaßnahmen, bezüglich derer bei uns besonders schwerwiegende Bedenken bestehen.

Nun zu der Diskussion im einzelnen. Ich glaube, es ist vor allem notwendig, jetzt noch einmal herauszuschälen, daß der entscheidende Gesichtspunkt für unsere Haltung zu den Reformplänen nicht, wie es teilweise hier im Hause angeklungen hat und wie es auch draußen durch den Rundfunk gegangen ist, die Geldfrage darstellt. Das Entscheidende ist das Problem, ob das von uns Beforderte der richtige Weg ist, um unser Schulwesen zu verbessern und vorwärtszuführen.

(Sehr richtig!)

Daneben fällt gewiß auch die finanzielle Frage mit ins Gewicht; es ist, wie ich gestern früh gesagt habe, zu prüfen, ob der Aufwand in dieser Größe für uns tragbar ist im Hinblick auf den Erfolg, den wir uns von diesen organisatorischen und äußeren Maßnahmen versprechen können.

Ich möchte mein Schlußwort im Hinblick darauf, daß der Herr Ministerpräsident doch sehr bedeutungsvolle Dinge zu sagen haben wird, kürzer fassen, als es ursprünglich gedacht war. Aber ich halte es für notwendig,

doch einigen Argumenten entgegenzutreten, die mir wesentlich unzutreffend erschienen sind.

Das ist einmal die Frage, ob in den Reihen des Lehrervereins allgemein der Standpunkt gedeckt wird, der teilweise von seinem Vorsitzenden zur Frage der Schulreform eingenommen worden ist. Es wurden hier insbesondere die Mitglieder aus den Reihen des früheren katholischen Lehrervereins, die jetzt im einheitlichen Lehrerverein sind, zitiert. Ich glaube, insbesondere autorisiert zu sein, zu sagen, daß diese nicht in allen Punkten mit der Auffassung einig gehen, die Herr Pittroff hier dargelegt hat.

Ich möchte darum, gerade nachdem der Abgeordnete Pittroff hier sehr starke Zitate aus einem dicken Band über eine Tagung der Lehrerorganisation vorgetragen und Kerschsteiner zitiert hat, ausdrücklich darauf hinweisen, daß Kerschsteiner in einer ganz entscheidenden Frage, nämlich der des Übertritts zur höheren Schule nach der 4. oder 6. Klasse, auf meinem Standpunkt gestanden ist.

(Sehr richtig!)

Kerschsteiner hat hierzu geschrieben — dieses Zitat habe ich bereits in meiner ersten Antwort an die Militärregierung vom 7. März gebracht —:

Der künftige geistige Arbeiter bedarf einer strengen Durchbildung seiner intellektuellen Funktionen. Da es sich hier um schwer zu erwerbende Denk- und Willensgewohnheiten handelt, so kann diese Bildung nicht früh genug eintreten, so früh eben, als es die geistige Reife des Zöglings erlaubt. Wenn es richtig ist, daß ungefähr um das 10./11. Lebensjahr die stärker intellektuellen Typen ihre wesentlich theoretisch gerichtete Seelenstruktur zeigen, dann muß die erste Eubelung, in der sich die Bildungsorganisationen für die theoretisch gerichteten Schüler abzweigen, um diese Zeit einsetzen. Andersfalls schädigt man die Entwicklung des geistigen Arbeiters. Man verliert nicht ungestraft drei bis vier Jahre geistiger Schulung.

Das schreibt Kerschsteiner in seinem Werk „Das Grundaxiom des Bildungsprozesses“. Ich glaube, da hat der Herr Abgeordnete Pittroff einen falschen Kronzeugen für sich zitiert.

Ein paar weiteren Äußerungen von ihm muß ich aber sehr scharf entgegentreten. Das ist erstens einmal der Satz: „Der Deutsche ist durch alles nur barbarischer geworden, selbst durch die Religion.“

(Oho-Rufe.)

Eine solche Äußerung, glaube ich, wird die Mehrheit unseres Volkes mit aller Schärfe zurückweisen.

(Unruhe bei der SPD — Zuruf: Das war ja ein Zitat! Das hat Hölderlin gesagt!)

— Er hat Hölderlin zitiert, aber er hat das angeführt, um seinen Standpunkt zu vertreten.

(Widerspruch bei der SPD.)

Dagegen muß man sich verwahren. Hierfür in diesem Punkt Hölderlin zitieren zu wollen, ist, glaube ich, fehl am Platze.

(Sehr richtig!)

Es kommt eine zweite Äußerung hinzu; das ist das Problem der Geduld des Lehrers. Der Abgeordnete Pittroff hat gesagt: „Die Geduld ist die schlechteste Eigenschaft des Lehrers. Ein Lehrer, der Geduld hat, ist der

(Staatsminister Dr. Hundhammer)

schlechteste Lehrer, weil er alles schleifen läßt.“ Ich bin der Meinung und ich verlange von den Lehrern, daß sie eine gute Portion Geduld aufbringen,
(sehr richtig!)

und ich bin froh, daß eine Persönlichkeit, die die Geduld für die schlechteste Eigenschaft des Lehrers erklärt, sich nicht mehr im Schuldienst befindet.

(Sehr richtig! bei der CSU.)

Ich versage es mir, im Augenblick einzugehen auf die Äußerungen, die heute früh gefallen sind und die schwere persönliche Angriffe auf mich enthalten haben. Herr Oberregierungsrat Braun, der zu dem Problem der Versuchsschule hier zitiert worden ist, wird Gelegenheit bekommen, selber die Sachlage vor dem Landtag darzulegen.

Auf eine Frage aber möchte ich eingehen, die betrifft die Rundfunkklärungen, die hier zitiert worden sind. Ich habe hier das Originalmanuskript, und Sie wissen, daß im Rundfunk so gesprochen werden muß, wie das Manuskript lautet. Die Ausführungen, die ich gemacht habe, haben gelautet:

Die maßlose und teilweise in ihrer Art verletzende Kritik, die seitens politischer Gegner, insbesondere von Kommunisten und linksradikaler Seite, an meinem Standpunkt geübt worden ist, muß ich zurückweisen. Es ist überhaupt auffallend, mit welchem Nachdruck sich die im Land bestehende Minderheit von Kommunisten und Radikalsozialisten dazu berufen glaubt, in dieser Frage mit Forderungen und ihren Stimmen die Meinung der Mehrheit übertönen zu müssen.

(Sehr richtig!)

Ich frage das Haus: Entspricht diese Feststellung der Wahrheit oder nicht?

(Zustimmung bei der CSU — Widerspruch bei der SPD.)

Deshalb weise ich auch den Vorwurf, der mir gemacht worden ist, mit allem Nachdruck zurück. Damit, daß man die Diskussion auf das Gleis persönlicher Beleidigungen schiebt, wird der Sache nicht gedient.

(Sehr richtig! bei der CSU.)

Damit kann man auch keine Wahrheit feststellen.

(Zurufe von der SPD.)

— Sie sind Demokraten, und in der Demokratie entscheidet die Mehrheit.

Meine Damen und Herren! Man hat dann zitiert, daß an dem Kongreß, der vor 20 oder mehr Jahren stattgefunden hat, eine große Reihe von bedeutenden Persönlichkeiten teilgenommen hätte. Ich habe am Beispiel Kerksensteiner dargestellt, daß gerade dieser Mann in einer der wesentlichsten Fragen, um die die Diskussion sachlich wirklich geht, sich zu dem gleichen Standpunkt bekannt hat, den ich vertrete.

Es ist dann eine andere Persönlichkeit genannt worden: Karfen. Karfen stand auf dem Boden derer, die damals als entschiedene Schulreformer bezeichnet wurden. Das war eine kleine Gruppe der Erzieherchaft, die durchaus keine allgemeine Anerkennung gefunden hat. Ich weiß aber, es gibt Leute im Lande, die ihre Meinung auf dem Wege über die demokratische Mehrheit nicht zur Geltung bringen können und darum ganz gerne eine andere sich bietende Gelegenheit benutzen, um auf dem

Wege ihrer Meinung und ihrem Standpunkt Geltung zu verschaffen.

(Zuruf von der FDP: Was sind das für Leute? Deutlicher!)

— Das ist deutlich genug für den, der das verstehen will.
(Zuruf: Die bekannte Methode! Jesuitenart!)

— Wenn man mich hier einen Jesuiten schimpft, so erkläre ich: Ich bekenne mich gerne zu dieser Organisation. Ich schätze den Jesuitenorden als eine Qualitätsgruppe der Menschheit.

(Beifall bei der CSU.)

Sie dürfen überzeugt sein: Je mehr Sie mich beschimpfen, desto mehr Achtung gewinne ich bei den Leuten, auf deren Achtung ich wirklich Wert lege.

(Lebhafter Beifall bei der CSU. — Zuruf von der FDP: Wer beschimpft Sie?)

Zur Schulreform jetzt abschließend: Ich glaube, es wird bei einer großen Mehrheit von Fragen dann, wenn die Verordnungs- oder Gesetzentwürfe vorgelegt werden, möglich sein, mit der Militärregierung eine Übereinstimmung zu erzielen. Aber es sind einige Fragen vorhanden, in denen es wesentliche Meinungsverschiedenheiten gibt. Das ist der Übergang von der 4. oder von der 6. Volksschulklasse zur höheren Schule, es ist die Frage, ob die höheren Schulen in einem Zug zusammenzufassen sind, und es ist daneben die Frage, ob das 9. Volksschuljahr allgemein eingeführt und die Schulpflicht um ein Jahr ausgedehnt werden soll. Das sind im wesentlichen die grundsätzlichen Fragen. Das andere Problem, die Ausbildung sämtlicher Lehrkräfte auf den Hochschulen, ist eine Zweckmäßigkeitfrage. Vielleicht ist es möglich, auf dem Gebiet auch bei der Besatzungsbehörde die Überzeugung zu wecken, daß es nicht unbedingt richtig ist, den Weg festzuhalten.

Die Probleme finanzieller Art wird der Herr Finanzminister hier vertreten. Sie werden im Haushaltsausschuß besprochen und beschlossen werden müssen. Ich weiß, daß der Herr Finanzminister seine Bedenken bei der Militärregierung bereits geltend gemacht hat. Das ist also ein Problem der Zweckmäßigkeit und der finanziellen Leistungsfähigkeit. Mir persönlich kann es auch keine Grundsatzfrage sein, ob die reichen Leute für ihre Kinder Schulgeld zahlen oder nicht und ob alle Lernmittel bezahlt werden vom Staat und den Gemeinden oder von den Eltern. Für mich ist es auch keine Grundsatzfrage, ob wir zu den etwa 7000 fehlenden Schuläulen noch die etwa 2500 in absehbarer Zeit neu dazu bauen können, die zur Durchführung dieses Programms notwendig sind. Das sind Probleme rein sachlicher, technischer und praktischer Art.

Damit möchte ich für jetzt unter nochmaliger Betonung der zur Stunde obwaltenden besonderen Umstände meine Ausführungen beschließen.

(Dr. Linnert: Was haben Sie der Militärregierung geschrieben? Das interessiert uns.)

— Die Antwort an die Militärregierung, die zum 1. Februar fertig sein muß, ist noch nicht ganz abgeschlossen. Ich glaube auch, Herr Abgeordneter Dr. Linnert, daß die Antwort an die Militärregierung sich aufbauen muß auf den Anweisungen, die die Militärregierung dem Kultusminister gibt.

(Zuruf: Auf ihrer Ansicht!)

— Nein, meine sehr verehrten Herren, das sind zweierlei Dinge. Meine Ansicht zu den einzelnen Problemen habe

(Staatsminister Dr. Hundhammer)

ich der Militärregierung klar gesagt. Die Militärregierung hat darüber hinaus den Befehl gegeben, an Hand ihrer Richtlinien einen Plan vorzulegen, wie diese Maßnahmen durchgeführt werden können.

(Dr. Dehler: Sie hätten die Willensmeinung des Landtags mitteilen müssen.)

— Wenn der Landtag seine Meinung dazu sagen will —, und ich wünsche, daß er das tut —, dann decken sich unsere Auffassungen; ich teile mit Ihnen die Auffassung, daß der Militärregierung unsere abweichende Auffassung klar gesagt werden soll.

(Dr. Korff: Das müssen Sie tun.)

— Ich tue es gern in Ihrem Auftrag. Ich habe es ja bereits am 1. Oktober einmal getan und habe den Beschluß des Haushaltsausschusses des Landtags, über den das Plenum noch nicht abgestimmt hat, zum Kernstück, und zwar wörtlich, meiner Antwort an die Militärregierung gemacht. Ich habe in meiner Antwort vom 1. Oktober den Standpunkt des Haushaltsausschusses des Landtags vertreten.

(Zuruf: Aber nicht des Landtagsplenums!)

— Ich stehe auf dem Standpunkt, daß das Landtagsplenum den Standpunkt des Haushaltsausschusses billigen und teilen wird. Sie können durch eine Abstimmung die Probe machen. Außerdem, meine sehr verehrten Herren, ist das, was im einzelnen konkret durchzuführen ist, wie ich wiederholt betont habe, zum Gegenstand der Beratungen des Landtags zu machen, wenn der Einzelentwurf formuliert vorliegt. Das ist jetzt noch nicht der Fall. Was jetzt an die Militärregierung geht, sind nicht formulierte Detailentwürfe, sondern ist ein Gesamtprojekt an Hand der Richtlinien der Militärregierung. Ich bitte also, falls über den Haushaltsauschusantrag abgestimmt werden soll, ihm zuzustimmen. Dem Antrag Haußleiter, der neu vorgelegt wurde, kann ich auch meinerseits durchaus zustimmen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU.)

Präsident: Das Wort zu einer persönlichen Bemerkung hat der Herr Abgeordnete Dr. von Prittwik und Gaffron.

von Prittwik und Gaffron (CSU): Meine Damen und Herren! Ich will Sie nur wenige Minuten aufhalten. Um Mißverständnisse zu vermeiden, möchte ich folgende Erklärung abgeben.

Erstens: Wenn ich den Antrag der Abgeordneten Haußleiter und Genossen mit unterschrieben habe, so habe ich damit nicht einer bestimmten Schulart den Vorzug geben wollen. Ich stehe persönlich heute mehr denn je auf dem Standpunkt, daß wir in Deutschland eine integrale Schulreform brauchen, die auf breiter Basis angelegt ist, inklusive der Bestimmungen des Übergangs von einer Schulart zu einer anderen. Wenn keine solche Reform durchgeführt wird, werden wir logischerweise zu den gleichen Enttäuschungen auf politischem und sozialem Gebiet kommen, wie wir sie in der Vergangenheit erlebt haben.

(Sehr gut!)

Zweitens: Solange wir aber in Deutschland und Bayern mit dem System der amerikanischen High School nicht auch das System des amerikanischen College übernehmen, fehlt in unserem Schulsystem das

selektive Element, welches meiner Ansicht nach zu den demokratischen Schulfreiheiten gehört. Daher trete ich ein für eine Berücksichtigung des humanistischen Lehrgangs neben anderen Schularten als einer gleichberechtigten Schulart.

Ich habe diese Erklärung für mich persönlich abgegeben, glaube aber, daß Sie manchem Abgeordneten erleichtern wird, für den Antrag Haußleiter und Genossen zu stimmen.

Präsident: Das Wort hat zu einer persönlichen Bemerkung der Herr Abgeordnete Meigner.

Meigner (CSU): Hohes Haus! Es ist dem hohen Haus bekannt, daß die amerikanische Militärregierung gegen den zweiten Reformplan des Herrn Kultusministers, dem unser Haushaltsauschlußbeschuß zugrunde lag, Einwendungen erhoben hat. Wir haben in der Aussprache nun unseren Standpunkt neuerlich eingehend dargelegt. Mit Rücksicht auf die Einwendungen der Militärregierung wurde im Haushaltsauschuß der Antrag Nr. 916 der FDP zur Schulreform nicht zur Beratung gebracht, sondern zurückgestellt. Ich habe im Hinblick auf diese beiden Tatsachen auch als Berichterstatter keinen Antrag auf Abstimmung über den Antrag Nr. 726 gestellt. Wir sind vielmehr der Meinung, daß der Herr Kultusminister in neue Verhandlungen mit der amerikanischen Militärregierung eintreten und ihr den Standpunkt der Mehrheit des Parlaments neuerdings darlegen soll. Diesem Zweck soll vor allem der Antrag Haußleiter dienen, der dem hohen Hause vorliegt und über den ich namentliche Abstimmung beantrage.

Präsident: Der Herr Abgeordnete Meigner hat das Wort als Berichterstatter ergriffen, um hier Dinge klarzustellen. Das ist nach der Geschäftsordnung im Anschluß an die Debatte zulässig. Eine persönliche Bemerkung sind seine Ausführungen nämlich nicht gewesen.

Zur Abstimmung hat das Wort der Herr Abgeordnete Stoß.

Stoß (SPD): Meine Damen und Herren! Zur Abstimmung gebe ich im Auftrag der sozialdemokratischen Fraktion folgende Erklärung ab:

Nachdem uns nicht bekannt ist, was der Herr Kultusminister der Militärregierung mitteilen will, ist es uns nicht möglich, an den Abstimmungen teilzunehmen. Der Antrag Haußleiter muß, um sämtlichen Mitgliedern in seinen Auswirkungen klar sein zu können, dem Ausschuß überwiesen werden.

Präsident: Das Wort zur Abstimmung hat der Herr Abgeordnete Dr. Linnert.

Dr. Linnert (FDP): Meine Damen und Herren! Ich erkläre im Namen der Fraktion der FDP, daß auch wir uns an der Abstimmung über den Antrag Haußleiter nicht beteiligen werden. Wir halten es nicht für zweckmäßig, Teilausschnitte zu produzieren, sondern glauben, es wäre im Interesse unserer Schulreform besser gewesen, man hätte auch über unseren Antrag diskutiert und abgestimmt; denn, Herr Kultusminister, gerade unser Antrag hätte Ihnen, glaube ich, Gelegenheit gegeben, der Militärregierung, von der wir eine Fristverlängerung verlangt haben, zu erklären: Hinter mir steht der Bayerische Landtag. Das können Sie so leider nicht erklären.

(Zuruf: Das will man ja auch gar nicht! —

Staatsminister Dr. Hundhammer: Ich glaube, daß die Verlängerung nicht genehmigt worden wäre.)

Präsident: Meine Damen und Herren, wir kommen zu den Abstimmungen.

Es liegt zunächst der Antrag Dr. Linnert und Fraktion vor. Dieser Antrag muß zunächst verbeschieden werden, weil er eine Frist gegenüber der Militärregierung gewinnen will.

Der Antrag lautet:

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Herr Minister für Unterricht und Kultus wird ersucht, sofort dem Landtag eine Abschrift des Entwurfs zur Schulreform, wie er der Militärregierung jetzt vorgelegt werden soll, jetzt zuzustellen.
2. Der Landtag tritt am Mittwoch, den 4. Februar 1948 ohne Überweisung an einen Ausschuß in die Beratung des Entwurfes zur Schulreform ein.
3. Der Herr Präsident des Landtags und der Herr Minister für Unterricht und Kultus setzen sich sofort mit der Militärregierung für Bayern ins Benehmen, daß die Frist zur Einreichung des Entwurfes zur Schulreform bis zum 7. Februar verlängert wird, damit der vom Landtag festgesetzte Reformplan bis dahin beraten und der Militärregierung vorgelegt werden kann.

Dazu hat der Herr Kultusminister seinen Stellung genommen. Ich schlage dem Hause vor, über die einzelnen Punkte getrennt abzustimmen.

Ich will sie nochmals verlesen:

1. Der Herr Minister für Unterricht und Kultus wird ersucht, sofort dem Landtag eine Abschrift des Entwurfes zur Schulreform, wie er der Militärregierung jetzt vorgelegt werden soll, zuzustellen.

Wer der Ziffer 1 zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Das Präsidium ist sich einig, daß die Mehrheit steht. Ziffer 1 ist demnach angenommen.

2. Der Landtag tritt am Mittwoch, den 4. Februar 1948 ohne Überweisung an einen Ausschuß in die Beratung des Entwurfes zur Schulreform ein.

Wer dem zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das Ergebnis ist ungewiß; es muß also ausgezählt werden. — Nach der Auszählung ist der Antrag mit 77 gegen 66 Stimmen abgelehnt.

3. Der Herr Präsident des Landtags und der Herr Minister für Unterricht und Kultus setzen sich sofort mit der Militärregierung für Bayern ins Benehmen, daß die Frist zur Einreichung des Entwurfes zur Schulreform bis zum 7. Februar verlängert wird, damit der vom Landtag festgesetzte Reformplan bis dahin beraten und der Militärregierung vorgelegt werden kann.

Wer dem zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen dann zu den Sachanträgen. Zunächst liegt der Antrag Beilage 726 vor. Der Herr Berichterstatter hat bereits beantragt, darüber nicht abzustimmen. Dieser Antrag vom 29. September 1947 wurde hier im Haus schon einmal zurückgestellt. Unterdessen sind die Verhandlungen mit der Militärregierung weitergegangen, so daß die Frage einer neuen Klärung bedarf.

Ich schlage in Übereinstimmung mit dem Herrn Berichterstatter vor, die Abstimmung über Beilage 726 zu-

nächst zurückzustellen. — Erhebt sich ein Widerspruch? — Das ist nicht der Fall. Ich stelle das fest.

(Unruhe.)

— Ich bitte um Ruhe, auch den Herrn Kollegen Dr. Stang.

(Dr. Stang: Ich habe nur gemeint, daß auch der Antrag Dr. Dehler hierher gehört.)

— Der kommt auch noch. Ich bitte so etwas aber künftig laut und vernehmlich zu sagen, sonst kenne ich mich nicht aus.

(Dr. Stang: Dann wird man erst recht gerügt.)

Wir kommen zu dem Antrag Beilage 1050, der lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Die bayerische Staatsregierung wird gebeten, mit der amerikanischen Militärregierung von neuem Verhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel, im Rahmen der notwendigen demokratischen Erziehungsreform die Kulturtraditionen des humanistischen Gymnasiums und unseres höheren Schulwesens aufrechtzuerhalten.

Hierzu liegt ein Antrag Stod vor, diesen Antrag an den Ausschuß zu verweisen.

Der Antrag auf Überweisung an den Ausschuß geht vor. Ich bitte diejenigen Herren, die dem Antrag auf Überweisung des Antrags an den Ausschuß ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Plätzen zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Wir müssen auszählen.

(Meizner: Es liegt anscheinend ein Mißverständnis vor.)

Ich verlese den Antrag nochmals, wenn Ruhe im Hause herrscht. Ich begrüße den Tag, wo wir einen anständigen Sitzungsaal bekommen. Ich bitte um vollkommene Ruhe.

Der Antrag Beilage 1050 lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Die bayerische Staatsregierung wird gebeten, mit der amerikanischen Militärregierung von neuem Verhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel, im Rahmen der notwendigen demokratischen Erziehungsreform die Kulturtraditionen des humanistischen Gymnasiums und unseres höheren Schulwesens aufrechtzuerhalten.

Das ist der Sachantrag. Zu diesem Antrag liegt ein Geschäftsordnungsantrag vor, den Antrag nicht gleich im Plenum zur Abstimmung zu bringen, sondern zunächst an den Ausschuß zu verweisen. Über diesen Antrag muß nach der Geschäftsordnung zunächst abgestimmt werden. Das ist immer so gewesen. Wer also diesem Vorschlag auf Überweisung des verlesenen Sachantrags zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das Präsidium ist der Überzeugung, daß die Mehrheit gestanden ist. Die Überweisung an den Ausschuß ist abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag selbst.

(Meizner: Ich habe namentliche Abstimmung beantragt.)

Die namentliche Abstimmung muß von 30 Mitgliedern des Hauses beantragt werden. Ich stelle die Unterstützungfrage. — Ich bitte auszuzählen.

(Unruhe.)

Ich bitte um Ruhe! Die Sache ist praktisch so: Es waren 28 Herren gestanden, dann mußten die Herren noch dazu

(Präsident)

gezählt werden, die hier oben sind. Ich bitte sie dazuzuzählen.

(Zuruf: Warum nicht gleich?)

Ich bitte um Ruhe, damit die Sache vollständig in Ordnung geht. Mir persönlich ist es ganz gleichgültig, ob wir namentlich abstimmen oder nicht. Der Kollege Kiene hat bloß die Abstimmenden unten gezählt und nicht die hier oben, diese müssen dazugezählt werden.

(Unruhe.)

(Stoß: Da hat niemand gestanden! — Dr. Linnert: Kein Mensch hat gestanden, weder Dr. Schwalber noch Dr. Untermüller; niemand hat gestanden!)

Ich bitte um Ruhe! Der Kollege Kiene stellt 28 fest, der andere Schriftführer 32. Da hilft alles nichts; wir müssen noch einmal abstimmen.

Wer den Antrag auf namentliche Abstimmung unterstützt, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Das Präsidium ist der Ansicht, daß die Unterstützung jetzt ausreicht, aber jetzt sind wir noch nicht am Ende, jetzt muß erst abgestimmt werden, ob namentlich abgestimmt wird.

Wer dafür ist, daß namentlich abgestimmt wird, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das Präsidium ist der Ansicht, daß jetzt die Mehrheit steht. Es wird also in einfacher Abstimmung abgestimmt.

Herr Abgeordneter Hausleiter.

Hausleiter (CSU): Zur Geschäftsordnung! Nach der Geschäftsordnung muß dann namentlich abgestimmt werden, wenn der Antrag auf namentliche Abstimmung mit 30 Stimmen unterstützt wird.

Präsident: Das ist nicht richtig.

(Dr. Lacherbauer: Hausleiter hat recht!)

— Nein, er hat nicht recht. Wir haben das hier schon wiederholt exerziert. Es hat sich die Übung im Haus früher eingebürgert, daß eine Aussprache über die Interpellation eintritt, wenn eine Unterstützung durch die notwendige Zahl von Abgeordneten erfolgt.

Die Abstimmung geschieht, wenn nicht von 30 Mitgliedern eine namentliche Abstimmung beantragt wird, durch Aufstehen oder Sitzbleiben. Das muß erst das Haus noch zum Beschluß erheben. Es kann ja jeder aus dem Haus einen Antrag stellen. Dies ist hier ein Antrag wie jeder andere Antrag auch.

(Dr. Lacherbauer: Dann würde über den Antrag nicht noch einmal abgestimmt!)

Das Präsidium war sich einig, daß die namentliche Abstimmung mit Mehrheit abgelehnt worden war. Wir kommen nun zur einfachen Abstimmung.

Wer dem Antrag auf Beilage 1050 seine Zustimmung erteilen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Der Antrag ist damit mit Mehrheit angenommen.

Herr Dr. Lacherbauer!

Dr. Lacherbauer (CSU): Ich bitte festzustellen, daß er einstimmig angenommen worden ist, weil keine Gegenstimme abgegeben ist.

Präsident: — Das stimmt auch nicht. Der Kollege Stoß hat bereits erklärt, daß seine Fraktion — wie die WLB — nicht teilnimmt. Das weiß ich ja schon. Das

steht protokollarisch fest. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Herr Dr. Lacherbauer!

Dr. Lacherbauer (CSU): Ich bitte festzustellen, daß das bei Stimmenthaltung der SPD geschehen ist.

Präsident: Ich kann das noch einmal für das Protokoll feststellen, aber Herr Stoß hat das vorher schon erklärt, und das steht im Protokoll.

(Zuruf: Und die Demokraten und die WLB!)

Ich bitte um Ruhe! Wer sich der Stimme enthält, den bitte ich, aufzustehen. — Der Antrag ist mit großer Mehrheit bei Stimmenthaltung der SPD, FDP, WLB und des Deutschen Blocks angenommen.

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Wir kommen nun zur

Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten zur Ernährungslage.

Ich gebe ihm das Wort.

Ministerpräsident Dr. Chard: Verehrte Frauen und Männer des Bayerischen Landtags! Ich begrüße es, daß das hohe Haus den Beschluß gefaßt hat, die Ernährungslage einer Besprechung zu unterziehen; denn die Ernährungsfrage ist in immer steigendem Maße das bestimmende Problem für die Wirtschaft und die Politik geworden. Ohne einigermaßen befriedigende Ernährung des gesamten Volkes keine wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung, aber auch keine politische Befriedung! Man mag einwenden, daß die schönsten Reden nichts zur Verbesserung der Ernährungslage beitragen und daß dem Volk 10 Gramm Fett mehr lieber sind als die längste Parlamentsdebatte. Das mag bis zu einem gewissen Grad richtig sein, aber es wird eben gegenwärtig überall, an geeigneten und ungeeigneten Orten, in verständiger und unverständiger Weise, von berufener und unberufener Seite die Ernährung besprochen, so daß es nicht nur angezeigt, sondern notwendig ist, diese Volksangelegenheit in der Volksvertretung zu erörtern, wo die Regierung Gelegenheit hat, die Dinge so zu schildern, wie sie wirklich liegen, und die Abgeordneten in der Lage sind, mit ihrer Fachkenntnis zur Auffindung gangbarer Wege aus diesem Tal der Not beizutragen. Meistern müssen wir die Schwierigkeiten, sonst gehen wir unter. Mögen die Ansichten über die einzuschlagenden Wege auch auseinandergehen, aus dem Streit der Meinungen wird hoffentlich auch diesmal das Wahre und Richtige geboren.

Und nun, meine verehrten Frauen und Männer, halte ich es für notwendig, ehe man die Ernährungsdebatte beginnt, nüchtern die Tatsachen herauszustellen und so zu betrachten, wie sie sind, nicht zuerst mit heftiger Leidenschaft über eine Reihe von Dingen herzufallen und sie zu erörtern, ohne die Tatsachen erst einmal festgestellt zu haben. Ich werde mich bemühen, verehrte Frauen und Männer, das in folgendem zu tun.

Vergleichen wir einmal die Lage, wie sie drei Jahre nach Beendigung des ersten Krieges war und wie sie jetzt ist! Es war auch damals nicht möglich, die totale Zwangswirtschaft gleich mit der Beendigung der Kampfhandlungen oder nach Unterzeichnung des Friedensvertrages aufzuheben, aber sie konnte von Monat zu Monat mehr gelockert werden und drei Jahre nach dem Kriegsende bestand auf keinem Ernährungsgebiet mehr die öffentliche

(Ministerpräsident Dr. Chard)

Bewirtschaftung, nicht einmal beim Brot. Ganz anders ist es diesmal in Deutschland und nicht nur in Deutschland, sondern in der Welt. Müßten wir doch erleben, daß selbst Siegervölker, denen die Erzeugnisse des ganzen Erdballs zur Verfügung stehen, die alle notwendigen Transportmittel haben, um die Ware herbeizuschaffen, und die das Benötigte auch bezahlen können, noch die Zwangsbewirtschaftung beibehalten, ja sie teilweise auf Gebieten, die sie schon der freien Bewirtschaftung überlassen hatten, aufs neue wieder einführen. Ich verweise hier nur auf England und Frankreich. Bei uns in den beiden Zonen hat sich die Lage so entwickelt, daß die Verhältnisse sich ständig verschlechterten. Die Gründe sind so allgemein bekannt, daß ich mir ihre ausführliche Schilderung ersparen kann, ich muß sie aber in Stichworten kurz andeuten:

1. Die östlichen agrarischen Überschussgebiete des Reichs sind als Lieferanten völlig unterschieden.

2. Die Wiedererreichung der alten Erzeugungshöhe war für die Landwirtschaft im restlichen Deutschland nicht möglich, weil ihr die unerläßlichen Produktionsmittel, Kunstdünger, Maschinen und Geräte, Saatgut und menschliche Arbeitskräfte nicht annähernd im erforderlichen Umfang zur Verfügung gestellt werden konnten, so daß sie nicht imstande war, die seit 1939 immer mehr ausgepumpten Böden zur gewohnten Erzeugungskraft zurückzubringen. Man muß sich nur vergegenwärtigen, daß in den letzten Kriegsjahren nur mehr ein Zehntel der Kunstdüngermenge von 1938 zur Verteilung kam.

3. Das an und für sich schon dichtbesiedelte Gebiet Westdeutschlands mußte mehr als 12 Millionen Heimatslose aufnehmen, so daß selbst eine in voller Erzeugungskraft befindliche Landwirtschaft nicht in der Lage wäre, die Bevölkerung zu ernähren. Es ist ja schlechthin unmöglich, auf 205 000 Quadratkilometern 43½ Millionen Menschen satt zu machen.

4. Es muß einmal ganz offen ausgesprochen werden, daß die Verschmelzung der amerikanischen und britischen Besatzungszone, mag sie vom allgemeinen Standpunkt aus betrachtet noch so notwendig gewesen sein, ernährungsmäßig für die amerikanische Zone und insbesondere für Bayern eine schwere Belastung bedeutet.

(Sehr richtig!)

Als man sich im Mai 1946 in Kissingen zu den ersten Vorbereitungen zusammensetzte, legten die Vertreter der Ernährungsbehörden ihre Karten auf. Sie sagten, daß die amerikanisch besetzte Zone aus eigener Erzeugung ihre Bevölkerung täglich mit 995 Kalorien, die englische mit 945 Kalorien versorgen kann. Es hätte also eigentlich eine Ehe zwischen zwei etwa Gleichen werden müssen. Wie haben sich nun aber die Dinge in Wirklichkeit entwickelt? Von Versorgungsperiode zu Versorgungsperiode mußte die amerikanisch besetzte Zone einen immer größeren Teil des Gesamtbedarfs tragen, und heute liegt es so, daß der größte Teil unserer Schwierigkeiten aus den Lieferungsverpflichtungen in das englisch besetzte Gebiet entsteht. Das kann doch nur zwei Ursachen haben: Entweder haben die Länder der englischen Zone sich damals als leistungsfähiger hingestellt, vielleicht auch selbst für leistungsfähiger gehalten,

als sie wirklich waren. Oder sie lassen es heute an der notwendigen Tatkraft in der Erfassung fehlen.

(Sehr richtig!)

Ich weise auf diesen letzteren Punkt besonders deshalb hin, weil man in letzter Zeit in steigendem Maße uns in Bayern so gern den Vorwurf mangelnder Erfassung macht.

5. Eine katastrophale Verschlechterung in unserer Ernährungslage brachte die Dürre. Über sie lange zu reden hat keinen Sinn. Wir müssen sie als harte Schicksalsfügung hinnehmen. Aber eins sei betont: In früheren Trockenjahren hat man meist festgestellt, daß der Grad der Trockenheit von Norden nach Süden abnahm. 1947 was es umgekehrt, Bayern mit Ausnahme des Boralpengürtels wies die größte Trockenheit auf und die 13 Millimeter Durchschnittsniederschlag im August konnten wirklich nicht mehr unterboten werden.

Berehrte Frauen und Männer! Nun gestatten Sie mir, daß ich mich mit den Einzelgebieten unserer Ernährung befasse, wobei ich mich allerdings auf Getreide, Kartoffel, Fleisch, Fett und Zucker beschränken möchte.

Ich möchte mich zunächst dem Grundpfeiler unserer Ernährung, der Brotversorgung, zuwenden. Die bis zum Schluß der 110. Versorgungsperiode verteilte Brotmenge von 10 000 Gramm entsprach billigen Anforderungen. Bedauerlicherweise wird die Brotration nach der nunmehr vorliegenden Mitteilung der Verwaltung für Ernährung und Landwirtschaft in Frankfurt in Bayern von der 111. Periode ab auf 7500 Gramm herabgesetzt. Wenn in der Öffentlichkeit als Begründung für diese bedauerliche Einschränkung angegeben wurde, daß die mangelnde Ablieferung der bayerischen Landwirtschaft schuld daran sei, so muß ich dem allerdings auf Grund der Tatsachen auf das entschiedenste widersprechen. Die bayerische Landwirtschaft war verpflichtet, in Brotgetreide, das ist Roggen und Weizen, bis zum 31. Dezember 75 Prozent des ihr auferlegten Solls abzuliefern. Sie hat tatsächlich 73 Prozent abgeliefert, ist also nur mit 2 Prozent hinter dem Soll zurückgeblieben. In der gleichen Zeit des Vorjahrs betrug die prozentuale Ablieferung in Brotgetreide 68 Prozent, in den Nachkriegsjahren 1945 und 1946 durchschnittlich 55 Prozent und in den Kriegsjahren 1939/40 mit 1943/44 in der gleichen Zeit 50 Prozent. Man sieht daraus, daß der Ablieferungswille der bayerischen Landwirtschaft nicht geringer, sondern stärker geworden ist, und ich möchte diese Tatsache gegenüber den so häufig gemachten anders lautenden Behauptungen ganz besonders unterstreichen.

Die amerikanische Militärregierung für Bayern hat in einer Presseverlautbarung vom 23. Januar 1948 behauptet, im Vergleich zu den anderen sieben Ländern der Bizone sei die Getreideerfassung in Bayern ganz bedeutend schlechter gewesen. Ich habe mir von der amerikanischen Militärregierung die diesbezüglichen Zahlen erbeten und sie erst vor einigen Minuten bekommen. Demnach liegen die Verhältnisse folgendermaßen: Am 31. Dezember wurden bei 75 Prozent Pflichtablieferung, wenn man alle Getreidearten zusammenhält — ich komme darauf gleich zurück —, tatsächlich abgeliefert: In Bayern 93,1 Prozent, in Württemberg 101, in Hessen 97,3, in Niedersachsen 95,6, in Schleswig-Holstein 83,4 und in Nordrhein-Westfalen 64,2 Prozent.

(Hört!)

Siernach steht Bayern, wenn man alle Getreidearten zu-

(Ministerpräsident Dr. Chard)

Jammensaft, nicht an letzter, sondern einfach an vierter Stelle. Dabei muß man berücksichtigen, daß die gerade in Bayern am stärksten aufgetretenen Hitzefolgen auf die Versorgung mit Kraftstrom besonders schlecht wirkten, infolgedessen der Ausbruch eine wesentliche Verzögerung erlitt. Bei Gerste hat die bayerische Landwirtschaft die vorgeschriebenen 75 Prozent am 31. Dezember 1947 allerdings nur mit 69 Prozent erreicht; aber auch hier ist die prozentuale Ablieferung gegenüber dem Vorjahr, die in der gleichen Zeit nur 61 Prozent ausmachte, besser. Bei Hafer sind wir allerdings mit 35 Prozent Erfüllung im Rückstand. In der gleichen Zeit des Vorjahrs hatten wir bei dieser Frucht 33 Prozent. Erfahrungsgemäß wird der Hafer im Bauernhof immer als letzte Frucht ausgedroschen, weil er bekanntlich sich um so leichter drischt, je länger er lagert. Es steht fest, daß wir auch bei Hafer noch etwas aufholen müssen. Allerdings steht das eine fest, daß Gerste und Hafer Sommerfrüchte sind, also unter der Trockenheit des vergangenen Jahres besonders stark gelitten haben, so daß voraussichtlich die endgültige Ablieferung das Soll nicht ganz erreichen wird, während ich bei Brotgetreide, das doch zum großen Teil aus Winterfrucht besteht, die zuverlässliche Erwartung hege, daß wir das Bayern auferlegte Aufbringungsoll sicher erfüllen werden.

Damit komme ich zu einer wichtigen Tatsache: Die bayerische Getreideernte 1947 ist mit insgesamt rund 160 000 Tonnen allerdings hinter dem Vorjahr zurückgeblieben. Infolgedessen werden wir 1948 in unserer Brot- und Nahrungsmittelversorgung früher auf ausländische Zufuhr angewiesen sein, als dies im Jahre 1947 der Fall war. Wir können uns aus den einheimischen Brotgetreidevorräten noch rund zwei Monate, also ungefähr bis Anfang April, versorgen, dann sind wir aber restlos auf Importe angewiesen. Nun haben wir im bisherigen Teil des Kalenderjahres 1948 so gut wie keine Zuweisung aus amerikanischen Einfuhren bekommen. Soll die Brotversorgung daher bis zum Anschluß an die nächste Ernte sich reibungslos gestalten, dann brauchen wir monatlich eine Zufuhr von 80 000 Tonnen Brotgetreide. Ich befürchte, daß beim Auftreten auch nur geringer Transporthindernisse bei uns Schwierigkeiten eintreten, und habe daher die dringende Bitte, daß die Besatzungsmacht bereits jetzt mit ihren Zufuhren nach Bayern beginnen möge.

Abschließend möchte ich aber zur Brotgetreidelage noch sagen, daß der Brotausgleich, den man jetzt in Frankfurt auch gegenüber Bayern vornimmt, sich als Strafe für nicht gelieferte Kartoffeln darstellt — eine völlige Unmöglichkeit. Eine Strafe setzt eine Schuld voraus. Es ist aber gewiß nicht Bayerns Schuld, wenn es die Kartoffeln nicht aufbringen kann, die einfach nicht geerntet sind. Ich habe bei meinem letzten Zusammensein mit Minister Schlange-Schönningen diese Stellungnahme ihm gegenüber vertreten und glaube bei ihm in dieser Beziehung auch Verständnis gefunden zu haben.

Bei den Kartoffeln ist die Lage weniger günstig. Ich möchte nicht neuerdings auf die Streitfragen eingehen, die in dieser Angelegenheit sich zwischen der bayerischen Staatsregierung und Frankfurt in den letzten Monaten erhoben haben. Sie sind in der Presse so ausführlich erörtert worden, daß ich ihren Inhalt als bekannt voraussetze. Tatsächlich liegen die Dinge so: Die

bayerische Staatsregierung steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß bei der Veranlagung Bayerns durch die Frankfurter Stellen eine zu hohe Ernte zugrunde gelegt wurde. Sie ist des weiteren nach wie vor der Auffassung, daß der von Frankfurt am Main vorgekommene Zuschlag von 8 Prozent zu der von der Bodennutzungserhebung festgestellten Kartoffelanbaufläche unberechtigt ist. Wir hatten in Bayern im Frühjahr 1947 in der Versorgung mit Kartoffelsaatgut tatsächlich schlechtere Voraussetzungen als irgend ein anderes Land der Bizone und schon darum allein ist die Annahme ungerechtfertigt, daß tatsächlich mehr Kartoffeln angebaut worden seien, als die Bodennutzungserhebung ergab. Wir haben deswegen zur Zeit durch das Ernährungsministerium und die Landwirtschaftsstellen in je einer Probegemeinde nach dieser Richtung Erhebungen anstellen lassen. Die Berichte liegen nun vor, und aus ihnen ergibt sich die Richtigkeit meiner Behauptung, daß tatsächlich nur so viel Kartoffeln angebaut wurden, als seinerzeit bei der Bodennutzungserhebung angegeben wurden. Aus dem uns zu Unrecht angerechneten 8prozentigen Zuschlag ergibt sich eine Produktion von 250 000 Tonnen. Unsere ganze übergebieliche Lieferungsverpflichtung könnte damit vollständig abgedeckt werden. Daß wir tatsächlich nicht mehr Kartoffeln haben als angegeben, ergibt sich aus der derzeitigen Situation. Abgeliefert sind 868 000 Tonnen. Das ist genau die Zahl, die wir auf Grund unserer Ernteschätzungen von 92 Doppelzentnern je Hektar als Ablieferung damals errechnet hatten. Unser Jahresbedarf beträgt bei einem Rationslaß von 8 Kilogramm für alle Perioden 923 600 Tonnen. Wir haben also noch 256 000 Tonnen nötig, um unseren bayerischen Bedarf zu decken. Inwieweit das möglich sein wird, läßt sich heute beim besten Willen noch nicht sagen; denn wir wissen noch nicht, wie die eingemieteten Saatkartoffeln den Winter überstehen werden und welche Mengen wir aus dem einen Zentner bekommen, auf den die Selbstversorger verzichten müssen. Hier darf ich anmerken: übrigens haben bisher die Selbstversorger nur in Bayern und allein in Bayern sich zu einem solchen Verzicht bereit gefunden. Das eine steht fest, daß wir diese Versorgungslücke mit Kartoffeln nicht ausfüllen können, infolgedessen müssen wir unter allen Umständen einen Brotausgleich bekommen, der allerdings nur von der Importseite her zu verwirklichen ist. Wir müssen uns wirklich dafür einsetzen, daß Bayern nach dieser Richtung hin in der gleichen Weise wie die anderen Länder behandelt wird. Ich mache auf folgendes aufmerksam: Nach dem uns von der amerikanischen Militärregierung auferlegten Anbauplan müssen wir die Kartoffelanbaufläche von 277 000 Hektar im Jahre 1947 auf 395 000 Hektar im kommenden Jahr steigern. Das bedeutet eine Erhöhung der bisherigen Saatgutmenge um etwa 230 000 Tonnen. Wir haben dieser Tatsache in der Aufstellung der bayerischen Kartoffelbilanz zwar bereits Rechnung getragen, wir wissen aber nicht, wie die Saatkartoffeln über den Winter kommen, so daß die Aussicht, auf nicht benötigte Saatkartoffeln zu Speisewecken zurückgreifen zu können, sehr gering ist. Ich halte es sogar für notwendig, daß die amerikanische Militärregierung uns in der Schwierigkeit der Deckung des Bedarfs an Saatkartoffeln stark helfen muß.

Die F l e i s c h f r a g e : In der Biehwirtschaft hatten wir durch die außergewöhnliche Witterung eine anormale Entwicklung. Bereits im Juni 1947 sah sich vor allem die nordbayerische Landwirtschaft zu starken Biech-

(Ministerpräsident Dr. Ehard)

abstufungen gezwungen. Nun hatten wir von der amerikanischen Militärregierung den Auftrag, eine zehnprozentige Viehverminderung im Laufe des Jahres 1947 vorzunehmen. Die Not hat die Erfüllung dieser Forderung erzwungen. Wir waren in der Lage, im Sommer und Herbst 1947 die Hauptzuchtgebiete vorschußweise zu beliefern. So erhielt z. B. Nordrhein-Westfalen bis einschließlich Dezember 1947 um 5340 Tonnen mehr, wobei wir selbstverständlich die Anrechnung dieser Überlieferungen für spätere Perioden verlangten und auch zugesagt erhielten. Trotzdem hat Frankfurt erst vor einigen Tagen von uns neuerlich die Lieferung von 3000 Tonnen Fleisch nach Nordrhein-Westfalen verlangt, nachdem wir bereits in der Weihnachtswoche auf die dringenden Vorstellungen von Rhein und Ruhr 2000 Tonnen vorschußweise zur Verfügung gestellt hatten.

Am 17. Januar 1948 traf die telegraphische Weisung von Frankfurt ein, für die dritte und vierte Woche der laufenden Versorgungsperiode kein Fleisch aufzurufen. Ich habe keine Möglichkeit gesehen, dieser Aufforderung nachzukommen; denn, einmal wäre bei einem Fleischentzug für zwei Wochen der Lebensstandard der bayerischen Bevölkerung in unverantwortlichem Maße gesunken und zum anderen waren in dem Augenblick, als die Frankfurter Weisung eintraf, die Metzger bereits mit den zum mindesten für die dritte Woche benötigten Fleischmengen versehen, so daß die Befolgung der Frankfurter Anweisung den Verderb dieser Fleischmengen notwendigerweise mit sich gebracht hätte.

Was die zukünftige Entwicklung der Fleischversorgung anlangt, so sehe ich allerdings den kommenden Wochen mit Besorgnis entgegen. Fest steht jedenfalls, daß Nordbayern angesichts der bereits vorgenommenen starken Viehabstufungen nicht mehr in der Lage sein wird, nennenswerte Mengen aufzubringen, zumal der dort vorherrschende Klein- und Kleinstbetrieb unter allen Umständen die Beibehaltung der Zugkühle verlangt, weil sonst die Betriebe lahmgelegt werden müßten. Wir sind also lediglich auf den Anfall an Schlachtrindern in Südbayern angewiesen, der allein nicht in der Lage sein wird, angesichts der auch hier eingetretenen Verringerung des Schlachtgewichts den Bedarf zu decken. Es fehlen uns eben die Schweine, und man vergißt, daß im Vorkriegsdeutschland 63 Prozent des Fleischbedarfs durch diese Viehgattung gedeckt wurde. In den letzten Wochen ging nun durch die Presse die Nachricht, daß nach einer aufgestellten Berechnung nicht weniger als 1 400 000 Schweine vom September 1946 bis September 1947 verschwunden wären. Das ist ein reines Zahlenpiel. Bei Nichteingeweihten kann der Eindruck entstehen, als ob das Verschwinden dieser Schweine nun unwiderleglich zahlenmäßig festgelegt wäre. In Wirklichkeit baut sich aber diese Behauptung auf reinen Schätzungen auf, die einer ernstlichen Nachprüfung nicht standhalten. Wir haben diese Rechnung einer eingehenden und, ich kann Sie versichern, sehr kritischen Nachprüfung unterzogen und ich kann sagen, daß diese Ziffer — ich will sehr vorsichtig sein — sicherlich um ein Vielfaches zu hoch gegriffen ist.

(Sehr gut! bei der CSU.)

Die Fruchtbarkeit der Schweine hat nämlich durch die ungünstigen Haltungsverhältnisse erheblich nachgelassen. Man kann nicht mehr zwei Würfe in einem Jahr

rechnen, das ist eine nüchterne Tatsache. Die Fruchtbarkeit und damit die Zahl der geworfenen Ferkel ist erheblich zurückgegangen, ganz abgesehen davon, daß wir ortswise mit Schweinepest und verheerendem Auftreten der Ferkelgrippe zu rechnen hatten, bei deren Bekämpfung bisher erfahrungsgemäß veterinärpolizeiliche und therapeutische Maßnahmen so gut wie völlig versagt haben.

Es wäre allerdings unrichtig, wollte man in Abrede stellen, daß Schwarzschlachtungen von Schweinen stattgefunden haben. Das ist zweifellos geschehen. Soweit das Fleisch zu Wucherpreisen in den Schwarzhandel ging, gibt es kein Wort, das scharf genug wäre, um ein solches Verhalten zu brandmarken.

(Dr. Hundhammer: Gegen den Schwarzhandel muß überhaupt schärfer vorgegangen werden.)

Aber vielfach ist das Fleisch, der ohne Erlaubnis über die zugelassenen Hauschlachtungen hinaus geschlachteten Schweine für den Grauen Markt verwendet worden, der leider auch in der Landwirtschaft in großem Maße Eingang gefunden hat, weil der Landwirt — auch hier müssen wir nüchterne Tatsachen sehen — gegen Geld allein die notwendigen Betriebsmittel, vor allem Geräte und kleinere Bedarfsartikel, nicht mehr bekommt.

Ich darf hier aber doch, weil ich darauf angeredet worden bin, zum Schwarzhandel eine grundsätzliche Bemerkung machen: Es ist verständlich, wenn gegen den Schwarzhandel der allgemeine Unmut sich richtet, und es ist ganz selbstverständlich, daß von Seiten der Staatsregierung — und ich bitte auch hier um die Unterstützung des Hauses — alles geschehen muß, um diesem Schwarzhandel auf den Leib zu rücken. Er ist das Krebsübel unserer Zeit. Aber es muß auch einmal eine andere Bemerkung dazu gemacht werden und ich halte mich dazu für verpflichtet. Ich muß mich entschieden dem Versuch widersetzen, diesen Schwarzhandel als eine typisch deutsche oder gar typisch bayerische Erscheinung hinstellen zu lassen.

(Sehr richtig! bei der CSU.)

Schwarzhandel gibt es immer dann, wenn die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse nicht dem freien Willen des einzelnen überlassen werden kann, wenn vielmehr das allgemeine Wohl dem einzelnen Beschränkungen aufzuerlegen gebietet. Eine deutsche Besonderheit bei der Stellungnahme zum Schwarzhandel gibt es allerdings. Sie besteht darin, daß wir auf Grund der gegebenen tatsächlichen Verhältnisse nicht in der Lage sind, alle am Schwarzhandel beteiligten Personen zur Rechenschaft zu ziehen, weil nicht alle von deutschen Stellen erfaßt werden können.

(Lebhafter Beifall, insbesondere bei der CSU.)

Ich bin der Meinung, man soll vom Ausland lernen und sollte die Fenster nicht immer zumachen. Deshalb habe ich auch folgende Erwägung anzustellen: Es hat in der Wirtschaft schon einmal einen Schwarzhandel gegeben, der sich solch raffinierter Mittel bediente und so sehr allen behördlichen Bekämpfungsmaßnahmen trotzte, daß dieser Umstand die Aufmerksamkeit der gesamten Welt auf sich zog. Man stelle sich vor, daß die wohl ausgerüstete, mit allen modernen Bekämpfungsmitteln des Verbrechertums versehene amerikanische Bundespolizei es nicht fertig brachte, während der Prohibition den Schwarzhandel mit alkoholischen Getränken auszulöschen,

(sehr gut! bei der CSU)

(Ministerpräsident Dr. Chard)

daß vielmehr die Kühnheit und Gerissenheit dieser Schwarzhändler immer wieder über alle Bekämpfungsversuche triumphierte. Wenn Regierung und Parlament in den Vereinigten Staaten von Nordamerika sich entschlossen, die Prohibition aufzuheben, so mag vielleicht dazu auch die Erkenntnis beigetragen haben, daß es leider nicht möglich ist, unter solchen Umständen den Schwarzhandel durchgreifend zu bekämpfen und ihn auszurotten.

Ich darf in meinen Darlegungen über die Fleischversorgung fortfahren. Das Landwirtschaftsministerium will nun eine bessere Erfassung der Schweine und Kälber dadurch erreichen, daß es dem einzelnen Betrieb die Lieferung bestimmter Fleischmengen auferlegt. Zweierlei soll damit erreicht werden: Für den Landwirt besteht dadurch ein Anreiz, auch Schweine, Kälber und Schafe abzugeben, denn das damit gelieferte Fleisch entlastet ihn in der Zahl der herzugebenden Großtiere. Auch beim Großvieh soll die Fleischumlage ihn veranlassen, schwerere Tiere zur Verfügung zu stellen, während er bisher bestrebt war, nur kleinere, niedergewichtige, abgemagerte Tiere zu liefern, mit denen er die bisher aufgetragene Stückzahl mit Vorliebe erfüllte. Das unheimliche Anwachsen der sogenannten C- und D-Tiere, vor allem auf den Märkten der Großstädte, beweist die Richtigkeit dieser Behauptung.

Es bleibt nur noch die Frage, zu erörtern, ob nicht durch Einfuhr von Vieh und Fleisch unsere Versorgungslage auf diesem Gebiet verbessert werden könnte. Man braucht nur die Niederschrift der 1910 im Reichsamt des Inneren abgehaltenen Fleischenquête zu lesen, um festzustellen, wie sehr schon bei den damaligen uns heute glänzend erscheinenden Verhältnissen der Wunsch nach Einfuhr von Gefrierfleisch laut wurde. Tatsächlich hat nach dem ersten Weltkrieg einzig und allein die damals in starkem Umfang getätigte Gefrierfleißeinfuhr die rasche Normalisierung unserer Fleischversorgung ermöglicht. Aus diesem Grunde hat der Reichstag im Jahre 1925 sogar die Zulassung eines zollfreien Kontingents an Gefrierfleißeinfuhr bewilligt. Der Wunsch, Gefrierfleisch zu bekommen, ist zur Zeit leider deshalb unerfüllbar, weil der einzige für den Weltmarkt in Betracht kommende Lieferant Argentinien so hohe Preise verlangt, daß ihre Anlegung für uns unmöglich erscheint. Feststeht aber, daß in den Ländern Dänemark und Holland Schlachtvieh im Überfluß vorhanden ist.

(Hört, hört!)

Der Führer der Gewerkschaften von Nordrhein-Westfalen hat bei der Ernährungskonferenz am 15. Januar 1948 in Düsseldorf bekanntgegeben, daß ein Angebot von 36 000 Schlachtrindern aus Dänemark und Holland vorliege. Er verband damit die Bitte an die Besatzungsmächte, es möchten zu diesem Zwecke die 10 Millionen Dollar freigegeben werden, welche die Bergleute in Form der ihnen zugewiesenen Devisenanteile aus dem Verkauf von Kohle ins Ausland verdient hätten und die zur Verfügung stünden. Der anwesende Vorsitzende des Ernährungsausschusses des Kontrollrats antwortete darauf, Fleisch gehöre zu den Nahrungsmitteln, die international bewirtschaftet würden. Nur diejenigen Länder, die als zuschußberechtigt von dem Ernährungsausschuß der UN anerkannt seien, könnten in dem betreffenden

Artikel etwas erhalten. Deutschland stehe nicht auf der Liste der Länder, die Fleisch bekommen dürfen. Infolgedessen sei dieser Plan nicht weiter zu verfolgen.

(Hört, hört!)

Ich bedauere diese Entscheidung; denn es scheint mir mehr als zweifelhaft, ob die 400 Gramm Fleisch aufrecht erhalten werden können. Das Fleisch ist aber der ausschlaggebende Teil in unserer Eiweißbilanz. Es ist nun eine anerkannte Regel der Ernährungswirtschaft, daß der Mensch, wenn er nicht dauernden Schaden an seiner Gesundheit erleiden soll, mindestens so viel Gramm verdauliches Eiweiß im Tag aufnehmen soll, als er Kilogramm wiegt. Bei 60 Kilogramm Durchschnittsgewicht der Erwachsenen brauchen wir demnach täglich 60 Gramm verdauliches Eiweiß. Können wir die 400 Gramm Fleisch nicht halten — und wir sind ohne Zufuhr aus dem Ausland dazu nicht in der Lage —, dann sehe ich schwere Gefahren für die Volksgesundheit voraus; denn ein physiologischer Grundsatz steht fest: Eiweiß kann im Gegensatz zu anderen Grundnährstoffen nicht durch irgend etwas ersetzt werden. Mangel an Eiweiß stört die Gesamtfunktion des Körpers und führt vor allem zu einem Schwund der Muskulatur, der die Arbeitsfähigkeit des Körpers herabsetzt und schließlich ganz aufhebt. Wir sind daher gezwungen, alles, aber auch wirklich alles, zu unternehmen, um die Aufbringung im Inland zu fördern.

Wenn wir durch die vorher geschilderte Änderung des Aufbringungsverfahrens von der Stückzahl auf eine bestimmte Fleischmenge besonders bestrebt sind, das letzte Kalb und das letzte entbehrliche Schwein für die Deckung des Gesamtbedarfs zu erfassen, so ist damit auch die Absicht verbunden, der geschwächten Abgabefähigkeit in Großvieh Rechnung zu tragen. Hier liegen die Verhältnisse folgendermaßen: Das Gebiet nördlich der Donau hat seinen Bestand unter dem Zwang der Futtermot schon so verringert, daß ein weiterer Eingriff die Zugkühle und damit die Weiterführung der Betriebe überhaupt bedroht. Bedauerlicherweise machen sich weite Kreise der städtischen Bevölkerung und leider auch die Besatzungsmacht keine rechte Vorstellung davon, welche Rolle die Zugküh in Franken spielt.

(Sehr richtig! bei der CSU.)

Eine Erhebung, die der Zuchtverband für gelbes Frankenvieh in Unterfranken in der Zeit während der beiden Kriege veranstaltete, ergab z. B., daß in 92 Prozent der ihm angeschlossenen Betriebe kein Pferd und kein Ochse vorhanden war, daß also die gesamte anfallende Gespannarbeit durch die Kuh bestritten werden mußte. Es bleibt also zur Herausnahme von Schlachtrindern nur Bayern südlich der Donau übrig. Aber auch hier fallen Teile aus, weil sie schon, durch die Dürre gezwungen, überstarke Viehbestände vorgenommen haben. Ich verweise auf die Ausführungen des Rottaler Abgeordneten Braun im Ernährungsausschuß des Landtags, in welchen er nachwies, daß allein das Gebiet des Ernährungsamts Pfarrkirchen bei einem Großviehbestand von etwas über 50 000 Stück im Laufe des zweiten Halbjahrs 1947 20 000 Großtiere ablieferte.

(Hört! bei der CSU.)

Es bleibt also eigentlich nur der Boralpengürtel, der zugegebenermaßen befriedigende Raufutterernten hatte. Aber das sind unsere Zuchtgebiete, deren naturgegebene

(Ministerpräsident Dr. Chard)

Aufgabe es ist, ständig die mehr für die Viehhaltung als für die Viehzucht geeigneten Teile Bayerns mit Material zu versorgen. Ich kann mir z. B. nicht vorstellen, daß man etwa im Miesbacher Gebiet die letzte Kuh herausholt. Wir würden damit den Ast absägen, auf dem wir sitzen.

Die amerikanische Militärregierung hat dieser Tage verlangt, einen für die Schlachtviehaufbringung verantwortlichen Mann im Ernährungsministerium aufzustellen. Ich werde dieser Forderung, wenn sie schriftlich an mich herankommt, gerne entsprechen und bestrebt sein, eine Persönlichkeit damit zu betrauen, die alle dabei zu berücksichtigenden Umstände betriebswirtschaftlicher, züchterischer oder ernährungsmäßiger Art kennt und beherrscht. — Aber meine Sorge, daß es nicht gelingt, befriedigende Verhältnisse in der Fleischzuteilung zu schaffen, bleibt trotzdem nach wie vor bestehen. Auch dieser eine Mann kann keine Wunder wirken.

Am schwierigsten ist die Lage bei Fett. Sie werden in der letzten Woche in den Zeitungen gelesen haben, wie sich gerade auf diesem Gebiet in Nordrhein-Westfalen die Verhältnisse zugespitzt haben. Der dortige Ministerpräsident hat infolgedessen die Ernährungsminister der Bizone für den 15. Januar 1948 zu einer Besprechung nach Düsseldorf gebeten, in der die verzweifelte Ernährungslage seines Landes bekanntgegeben wurde. Man ist sich bei den Beratungen in Düsseldorf darüber klar geworden, daß es eine gesamtdeutsche Verpflichtung ist, die Ernährung an Rhein und Ruhr nicht zusammenbrechen zu lassen; denn darüber müssen wir uns klar sein: eine solche Katastrophe würde sich in der furchtbarsten Weise für das gesamte Gebiet der beiden Zonen auswirken. Ich habe mich infolgedessen dazu entschlossen, dem in Düsseldorf einhellig gefaßten Entschluß beizutreten und habe mich auch für Bayern bereit erklärt, daß wir in der laufenden 110. Versorgungsperiode auf die Hälfte des Fetts verzichten, um damit dem Ruhrgebiet die Ausgabe der gleichen Menge wie in den anderen Ländern zu ermöglichen. Dagegen ist es meines Erachtens unmöglich, der anderen Düsseldorfer Anregung zu folgen, nämlich in der 111. Periode Fett überhaupt nicht auszugeben, wie es auch von Frankfurt gewünscht wird. Es liegt auf der Hand, daß eine vierwöchige — man kann sogar sagen sechswöchige — völlige Entziehung jeder Fettzuweisung von nachteiligen Folgen für die Gesundheit der Bevölkerung begleitet sein muß. Das würde auch nicht durch den Frankfurter Vorschlag aufgehoben werden, statt der 150 Gramm Fett 300 Gramm Zucker zu verteilen. Man darf diesen Ersatz Zucker statt Fett nicht nur vom Kalorienstandpunkt und vom Standpunkt der Kalorienarithmetik aus beurteilen, man muß ihn vielmehr hausfrauenmäßig bewerten; denn Fett gibt der Hausfrau die Möglichkeit, immer noch eine Suppe zu kochen und das Gemüse wenigstens etwas schmackhafter zu machen.

Die üble Lage auf dem Gebiet der Fettversorgung, in der wir uns gegenwärtig befinden, ist eine Auswirkung der Dürre des vergangenen Sommers. Erst ab Juli 1947 ist die rückläufige Bewegung in der Milch-erzeugung stark in die Erscheinung getreten. Bis dahin haben wir uns fast völlig auf dem Stande des Vorjahrs halten können. Bedenken Sie eines: Schon das glückliche Vorkriegsdeutschland war in seiner Fett-

versorgung zu 40 Prozent von der Einfuhr abhängig. Dabei stand ihm für die Milcherzeugung ein Import von 2 Millionen Tonnen Kraftfutter zur Verfügung. Dazu kam der starke Anfall an Kraftfuttermitteln aus der inländischen Erzeugung. Ich nenne z. B. nur die 1,3 Millionen Tonnen Kleie. Wie stark stützte sich bei uns in Bayern die Milcherzeugung auf die Abfälle von Brauereien und Brennereien! Nichts von alledem mehr steht unserer Landwirtschaft zur Verfügung. Sie ist lediglich auf die zurückgegangenen Erträge der Grünlandflächen und des Sommerstrohs angewiesen. Die Ernten für die Viehfütterung sind bei Heu und Sommerstroh vor allem in den fränkischen Regierungsbezirken in unvorstellbarer Weise zurückgegangen. Ist es unter diesen Umständen verwunderlich, daß unsere bayerische Buttererzeugung im letzten Quartal 1947 mit Beginn der Winterfütterung um über 40 Prozent gegenüber der gleichen Zeit im Jahre 1946 zurückgegangen ist! Diese abfallende Entwicklung brachte im Laufe des Sommers und Herbstes die Notwendigkeit mit sich, unsere vorhandenen Fettvorräte immer mehr und mehr für die Erfüllung der übergeordneten Lieferverpflichtungen einzusetzen, so daß wir heute über keinerlei greifbare Fettreserven mehr verfügen. Wir haben lediglich 1800 Tonnen Gesamtfette, wovon jedoch nur 1000 Tonnen zum sofortigen Einsatz jeweils verfügbar sind, weil der übrige Teil z. B. Ölsaaten, zu konsumfähigen Fetten erst aufgearbeitet werden muß.

Unser bayerischer Inlandsbedarf beträgt je Versorgungsperiode 3.400 Tonnen, einschließlich Berücksichtigung des Reiseverkehrs, der sich allerdings in einer unerhört starken Ablieferung von Reise-Fettmarken in Bayern recht unliebsam bemerkbar macht. Demgegenüber beschränkt sich unsere derzeitige Erzeugung auf 2100 Tonnen. Wie wir unter den gegenwärtigen Verhältnissen unseren übergeordneten Verpflichtungen nachkommen sollen, die zur Zeit 400 Tonnen betragen, ist eine ungeklärte Frage. Nicht einmal unsere eigenen Rationen in Höhe von 150 Gramm können wir in Zukunft bestreiten, wenn uns nicht auf diesem Gebiete die Befugungsmacht hilft.

Die amerikanische Militärregierung hat, wie sie selbst in der Öffentlichkeit mitteilte, in der zweiten Hälfte des Kalenderjahrs 1947 Fettmengen nach Deutschland im Ausmaße von rund 12 000 Tonnen eingeführt. Bayern bekam davon bisher 200 Tonnen.

(Hört, hört!)

Nach den mir zugegangenen Nachrichten will die amerikanische Befugungsmacht für 1948, und zwar bis zum 1. Juni dieses Jahres, weitere 25 000 Tonnen importieren. Das sei, so wird gesagt, allerdings das Höchstmaß dessen, was an Fett vom Weltmarkt beschafft werden kann. Zweifellos zeigt die Fetterzeugung in der Welt eine aufsteigende Entwicklung. Insbesondere hat sich die Kopro-Produktion auf den Philippinen bedeutend gehoben und wird, wie im Jahre 1947, statt der ursprünglich angenommenen 500 000 Tonnen wohl über 1 Million Tonnen hervorbringen. Von dieser Aufstauungsmöglichkeit hat Amerika Gebrauch gemacht und nach einer mir gestern zugegangenen Mitteilung soll jetzt eine Schiffsladung von über 5000 Tonnen Kopro in Bremen eingetroffen sein. Die Befugungsmacht hat lange Zeit die Auffassung vertreten, die Fetteinfuhren nach Deutschland seien keineswegs dringlich, weil Deutschland durch stärkste Anspannung der Erfassung seinen Bedarf selbst decken könne.

(Oho!)

(Ministerpräsident Dr. Chard)

Ich glaube, sagen zu dürfen, daß diese Annahme unrichtig ist und die historische Entwicklung unserer innerdeutschen Versorgung mit Fett, ganz nüchtern gesehen, wie sie ist, nicht genügend berücksichtigt. Bei uns in Deutschland ist in den letzten vier Jahrzehnten die Deckung des Fettbedarfs in immer stärkerem Maße nicht mehr durch Butter, sondern durch *Margarine* erfolgt und schon vor dem zweiten Weltkrieg übertraf die verbrauchte *Margarine* die konsumierte Buttermenge ganz wesentlich. Die gesamte *Margarinerzeugung* war aber so gut wie ausschließlich auf ausländische Rohstoffe aufgebaut; denn der Anbau von *Olisaten* in Deutschland ist im Laufe des letzten halben Jahrhunderts immer mehr und mehr zurückgegangen und schließlich vollkommen bedeutungslos geworden. *Margarine* wurde zunächst aus pflanzlichen Fetten hergestellt und alle Teile der Welt lieferten dazu die Rohstoffe. Von der *Mandschurei* kamen die *Sojabohnen*, aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika die *Baumwollsaaten*, von der Küste Westafrikas *Kokos* und *Palmkerne* und von Südasiens die *Erdnüß*. Zwischen dem ersten und zweiten Weltkrieg wurde dann bei der *Margarinerstellung* für das pflanzliche Fett in immer größerem Maße *Walfett* verwendet, das in solchen Mengen zur Verfügung stand, daß es in Hamburg um 8 Pfennige pro Pfund gekauft werden konnte. Ich erinnere Sie daran: In den Jahren 1930 bis 1932 hat es, geheizen, diese niedrigen *Fettpreise* bilden eine wesentliche Gefahr für den *Butterabsatz*. Vielleicht erinnern Sie sich auch daran, daß damals der Spruch entstand, daß der *Walfisch* mit seinem Schwanz die deutsche Kuh totschlage. Ich brauche nicht zu sagen, daß wir davon heute auch abgeschnitten sind. Aber selbst bei *Butter* hatten wir eine starke *Einfuhr* zu verzeichnen. Wir mußten unseren Nachbarländern *Island* und *Dänemark* *Butter* abkaufen, weil diese starken *Abnehmer* unserer *Fertigfabrikate* ausschlaggebenden Wert darauf legten, daß sie dieses *Haupterzeugnis* ihrer *Wirtschaft* als *Gegenlieferung* nach Deutschland absetzen konnten. Die *Überproduktion* an pflanzlichem Fett in der Welt erfuhr eine starke *Einschränkung*, als bei Ausbruch des *japanisch-chinesischen Krieges* das *Hauptausfuhrland* für *Sojabohnen*, die *Mandschurei*, für den *Export* ausfiel. *Nord- und Südamerika* haben damals in weiser *Vorausicht* der kommenden Dinge angefangen, ihre *Anbauflächen* für *Ölfrüchte* zu steigern und zwar in einem *Ausmaß*, daß, *flächemäßig* betrachtet, der *Wegfall* der *mandschurischen Erzeugung* dadurch *ausgeglichen* werden konnte. Aber diese *starke Erhöhung* der *nord- und südamerikanischen Fetterzeugung* trat auf dem *Weltmarkt* nicht in *Erscheinung*, weil in *Nord- und Südamerika* in den letzten zehn Jahren sich durch die *Erhöhung* der *Einkommensverhältnisse* der *breiten Massen* der *Bevölkerung* der *Fettverbrauch* so stark steigerte, daß die dortige *Erhöhung* der *Erzeugung* *restlos* auch dort *aufgebraucht* wurde. Das war auch der *Grund* für das *Weiterbestehen* der *hohen Fettpreise* auf dem *Weltmarkt*.

Wir sind jedenfalls dankbar dafür, daß nunmehr die *Einfuhrfähigkeit* der *amerikanischen Besatzungsmacht* sich auch auf dieses für unsere *Ernährung* *ausschlaggebende Gebiet* erstrecken soll. Ich bin fest überzeugt, daß unsere *gesamte Ernährungslage* eine *wesentliche Entspannung* erfahren würde, wenn es heute gelänge, statt 150 Gramm

je *Periode* wieder das *Doppelte* an *Fett* zu geben. Allerdings sind wir *verpflichtet*, auch das *unsrige* dazu beizutragen, um aus *eigenen Kräften* die *Fettlage* zu bessern. Was können wir nach dieser *Richtung* tun? Von der *Produktionsseite* her sind unsere *Möglichkeiten* recht *beschränkt*. Die durch die *Dürre* hervorgerufenen *schlechten Futtermittelverhältnisse* haben ein *erschreckendes Absinken* der *Milcherzeugung* mit sich gebracht. Der *Zustand* wird, solange die *Stallfütterung* anhält, sich nicht verbessern, eher noch *verschlechtern*. Ich fürchte aber, daß auch beim *Einsetzen* der *Grünfütterung* nicht sofort eine *Wendung* zum *Besseren* eintritt, die von vielen *Seiten* erhofft wird. Ich stütze meine *Ansicht* auf folgende *Erwägungen*. Die *Körper* der nun mit *bloßem Erhaltungsfutter* versorgten *Tiere* sind *ungemein eiweißhungrig*. Wird bei *Eintritt* der *Grünfütterung* nunmehr *leicht verdauliches Eiweiß* den *Tieren* wiederum *geboten*, so muß erst eine gewisse *Sättigung* der *tierischen Körper* mit *Eiweiß* erfolgen, ehe sich die *Eiweißfütterung* in *erhöhten Milchleistungen* bemerkbar machen kann. Es wird also bis in den *Sommer* dauern, ehe wir in der *Erzeugung* der *Milch* wirklich *sichtbar greifbare Fortschritte* bemerken.

Auch vom *Acker* her ist die *Aussicht* auf eine *Besserung* der *Fetterzeugung* nicht *groß*. Wir sollten nach dem *Anbauplan* im *Wirtschaftsjahr* 1947/48 40 000 Hektar mit *Isfrüchten* bestellen, wovon ungefähr 32 000 Hektar für *Winterölfrüchte* geplant waren. Das *vollkommene Fehlen* von *Niederschlägen* im *August* und *September* hat aber die *Ausfaat* des *Winterrapses* und der *Winterrüben* *außerordentlich erschwert*. Statt der *vorgesehenen* 32 000 Hektar sind nach den *bisherigen Meldungen* der *Landwirtschaftsstellen* nur 12 000 Hektar mit *Winterölsaaten* bestellt worden und diese wiederum sind so *schlecht aufgelaufen*, daß in der *Zwischenzeit* bereits 4000 Hektar wieder *umgebrochen* werden mußten. Wir stehen also vor der *fast unlösbaren Aufgabe*, mehr als 30 000 Hektar im *Sommer* an *Ölfrüchten* zu bestellen, wozu es schon vor allem an der *erforderlichen Saatgutmenge* fehlt. Selbst wenn im *Sommer* dieses *Jahres* die *gefährlichen Rapschädlinge* nicht in dem *Maße* vorkommen, werden wir *trotzdem* *weniger Fett* aus der *einheimischen Ernte* an *Ölfrüchten* bekommen, als wir in unserer *Bilanz* *vorgesehen* hatten. Unter diesen *Umständen* bleibt nichts anderes übrig, als den *Verfuch* zu machen, die *Erfassung* noch mehr zu *verbessern*.

Das *kürzlich* vom *Wirtschaftsrat* in *Frankfurt* beschlossene *Milchgesetz* gibt dazu die *Handhabe*. Ich weiß, daß diese *Neuregelung* in den *Kreisen* der *Landwirtschaft* nicht *durchwegs Zustimmung* findet. Man hält insbesondere die dem *Erzeuger* *belassene Vollmilchmenge* von *täglich einem halben Liter* für zu *gering*. Ich kann verstehen, daß vor allem auch die *Beföstigung* der *Dienstboten* darunter *leiden* muß. Aber ich bitte die *Landwirte*, doch zu *bedenken*, daß jeder *Viertelliter* *Milch*, der mehr *erfaßt* wird, heute für unsere *hoffenden* und *stillenden Mütter* in den *Städten* und für die *Säuglinge* und *Kleinstkinder* *lebensrettend* wirken kann. Auch die *Feststellung* eines *Lieferfalls* in *Milch* wird *kritisiert*. Vergessen Sie nicht, meine *Herren Vertreter* der *Landwirtschaft*, daß dieser *Weg* *beschritten* werden mußte, weil die *bisher geübte Methode*, die *Probemelkungen* zur *Grundlage* des *Ablieferungsfalls* zu machen, aus den *verschiedensten Gründen* nicht mehr *weiter angewendet* werden kann. Aber wenn irgendwo, so darf man wohl bei der *Milch* die *Behauptung* aufstellen, daß es sich *weniger*

(Ministerpräsident Dr. Ehard)

um eine Erfassungsfrage, sondern einfach um eine Mangellage handelt. Infolgedessen war zu verstehen, daß der Wirtschaftsrat mit seiner Verordnung über die Siftierung der Butterrückgabe an Landwirte auf die Dauer von sechs Wochen einen neuen Weg beschritt, um die einfach verzweifelte Lage in der Fettversorgung in den Städten zu verbessern. Der Ausschuß für Ernährung und Landwirtschaft des Bayerischen Landtags ist nun in seiner Sitzung vom 26. Januar 1948, wie mir berichtet wird, einer Anregung des Herrn Staatssekretärs Sühler folgend, über die Frankfurter Regelung hinausgegangen und hat einmütig den Beschluß gefaßt, die Karenzzeit in dem Empfang der Butterrückgabe für alle Selbstversorger auf acht Wochen auszudehnen. Es ist für mich eine besondere Befriedigung, feststellen zu können, daß alle Parteien und innerhalb der Parteien alle Vertreter der Erzeuger einmütig diesen Beschluß faßten. Er ist wirklich ein schönes Bekenntnis zum Geist der Zusammengehörigkeit. Wir müssen auch die Not teilen, wenn wir sie überwinden wollen. Ich sehe hoffnungsfreudiger in die Zukunft, wenn das hier im Landtagsausschuß gegebene Beispiel auch anderwärts und auch außerhalb der bayerischen Grenzen Nachahmung findet.

Zur Zuckerfrage! Zwei Gründe veranlassen mich, dazu ein paar Bemerkungen zu machen. Einmal verleiht dem Zucker sein hoher Kaloriengehalt eine besondere Bedeutung, zum anderen hat es den Anschein, als ob die Entwicklung der Lage in der Welterzeugung gerade auf diesem Gebiet gewisse Aussichten eröffnen würde. Bekanntlich ist seit November 1946 für alle Länder der Bizone eine einheitliche Verteilungsmenge von 500 Gramm je Versorgungsperiode vorgesehen, eine Menge, die bisher auch regelmäßig eingehalten werden konnte. Bayerns Jahresbedarf beläuft sich auf rund 95 000 Tonnen Zucker. Bayerns eigene Erzeugung beträgt demgegenüber nur rund 23 000 Tonnen. Die fehlenden 72 000 Tonnen müssen also die anderen Länder der Bizone, vor allem Hannover, Braunschweig und Rheinland-Westfalen liefern. Sie haben bisher, was hiermit ausdrücklich anerkannt werden soll, ihre Lieferungen, wenn auch dann und wann mit transportmäßig bedingten Verspätungen erfüllt. Ich betone das ausdrücklich; denn ich halte es für notwendig, für ehrlich und entspannend, wenn man offen zugibt, was einem auch selbst geliefert worden ist. Ich würde dazu nur mal ganz nüchtern, ganz offen und ohne jedes Faltsch bekanntgeben und anerkennen, was von Bayern geliefert worden ist. Die ungewöhnliche Witterung des vergangenen Jahres hat zwar den prozentualen Zuckergehalt der Rübe erhöht, aber die Masse der Rübe nicht voll zur Entwicklung kommen lassen, so daß wir letzten Endes in der gesamten Bizone eine erhebliche Mindererzeugung an Zucker verzeichnen müssen. Die Weltproduktion aber ist in den Jahren nach dem Kriege ständig gestiegen. Die amerikanische Militärregierung hat von der Aufkaufsmöglichkeit Gebrauch gemacht. Nach den mir vorliegenden Angaben werden rund 180 000 Tonnen Rube-Rohzucker in die Bizone geliefert. Auf Grund dieser Einfuhren, die bereits angelaufen sind, werden in der 111. Versorgungsperiode alle Nichtselbstversorger eine Zuckerration von 1000 Gramm erhalten, dazu kommen noch als Fettausgleich 150 Gramm. Von dieser Gesamtmenge erhalten die Verbraucher 300 Gramm in Weiß- und den

Rest in Rohr-Rohzucker. Die Selbstversorger nehmen an dieser Zuckerrationserhöhung nicht teil. Im Hinblick auf die Tatsache, daß sie für zwei Perioden auf ihre Fett ration zugunsten der Normalverbraucher verzichten, wäre es meines Erachtens wünschenswert, wenn ihnen hierfür eine Belohnung in Form einer Erhöhung ihrer Zuckerration zuteil werden könnte. Die Auslastung der erhöhten Rationsfäße wird in der zweiten Hälfte der 111. Versorgungsperiode voraussichtlich zum größten Teil ohne Reibungen möglich sein. Nach allerdings bisher nicht bestätigten Meldungen plant die amerikanische Besatzungsmacht den Ankauf von weiteren Zuckermengen. Wenn dieser Voratz verwirklicht wird, so bedeutet das einen weiteren Hoffnungsstrahl für unsere Ernährungslage; denn Zucker ist ein hochwertiges Nahrungsmittel, dessen Zufuhr den menschlichen Körper arbeits- und leistungsfähig macht. Hoffen wir also, daß die weitgehenden Erwartungen wenigstens auf diesem Gebiet erfüllt werden.

Ich wollte mich eigentlich auf diese Bemerkungen beschränken. Nun hat sich aber im letzten Augenblick noch eine Veranlassung ergeben, kurz auch noch über die Lage bei der Getränkeversorgung zu sprechen. Den Damen und Herren ist der Leidensweg bekannt, den unsere Bierherstellung bisher zurückgelegt hatte. Im Jahre 1946 standen uns noch 21 000 Tonnen Gerste zur Verfügung, mit denen wir immerhin in der Lage waren, 5 Millionen Hektoliter Dünnbier, das Sie ja kennen, herzustellen; das ist etwa ein Drittel des früheren bayerischen Verbrauchs. Im Jahre 1947 aber erließ General Clay ein Subverbot für Bayern. Seine Folgen wären für die bayerische Brauindustrie insofern furchtbar gewesen, als ein völliges Einstellen der Bierbude auch einen völligen Verlust der Hefe mit sich gebracht hätte. Man muß wissen, was die Hefe für die Brauerei bedeutet, um ermessen zu können, welche nicht wieder gutzumachenden Schädigungen dieser für Bayern so wichtige Wirtschaftszweig erfahren hätte. Es ist dem Herrn Landwirtschaftsminister Dr. Baumgartner gelungen, die Genehmigung für den sogenannten Hefesud zu erreichen, d. h., jede Brauerei durfte im Monat durchschnittlich einmal Bier kochen und hatte damit die Möglichkeit, die Hefe von Sud zu Sud frisch zu erhalten. Herr General Clay hat dann, als die Ernährungsverhältnisse sich zuspitzten, die Zuweisung der erforderlichen Gerstenmenge hierfür nicht mehr erlaubt. Damit stehen die bayerischen Brauereien vor dem totalen Zusammenbruch. Der Exekutivrat in Frankfurt unternimmt nun auf Veranlassung Bayerns einen neuerlichen Vorstoß, um für die Bizone eine Zuweisung von 19 000 Tonnen Braugerste für fünf Monate zu erwirken. Ich hoffe zuversichtlich, daß dieser Schritt Erfolg hat; denn Bayern wäre von dem völligen Aufhören der Bierherstellung am allerstärksten betroffen, stehen ihm doch nicht, wie es in Württemberg-Baden und Hessen der Fall ist, Apfelmösten und Limonaden zur Verfügung, die diese Länder aus ihrer Obsterzeugung und als Sitz der Sacharinerzeugung für ihre Bevölkerung haben.

Angesichts dieser wirklich betrüblichen Lage liegt nichts näher als zu fragen, wie es zu dieser Entwicklung kommen konnte. Sie wissen aus den Erklärungen der Frankfurter Stellen, daß dort die Auffassung vertreten wird, die Länder hätten versagt, insbesondere die Erfassung sei nicht mit dem entsprechenden Nachdruck vollzogen worden, wie das vorgeschrieben worden und im Hinblick

(Ministerpräsident Dr. Chard)

auf unsere Notlage notwendig sei. Auch die amtlichen Stellen der Besatzungsbehörde geben dieser Meinung recht. Sie werden einverstanden sein; wenn ich darauf verzichte, alle die Einwendungen und Feststellungen wiederzugeben, die von unserer Seite dazu gemacht wurden, so notwendig es auch erscheinen mag, um der Aufklärung und der Wahrheit willen immer wieder auch von unserer Seite auf Vorwürfe und Kritiken einzugehen. Es hat keinen Wert, die Austragung dieser Meinungsverschiedenheiten etwa auf dem Boden der Politik oder der persönlichen Beweggründe vorzunehmen. Das, was das Ziel der gemeinsamen Arbeit aller verantwortlichen Stellen ist und sein muß, ist die Sorge um den schwer geplagten Normalverbraucher. Lediglich aus der Verantwortung für diese Menschen heraus muß immer wieder auf den sehr bedenklichen Irrtum hingewiesen werden, dem Frankfurt bei der Errechnung der Erfassungs- und Liefermöglichkeiten der einzelnen Länder, aber insbesondere Bayerns, unterliegt. Es wird von unserer Seite ständig schon seit dem Zusammenschluß der Zonen darauf hingewiesen, daß die von Periode zu Periode aufgestellten Bilanzen und die darin enthaltenen Verpflichtungen mit den Tatsachen nicht in Einklang zu bringen sind. Das Vertrauen, das Frankfurt den Ländern entgegenbringt, ist nicht groß. Man neigt dort immer zu der Meinung, daß die sämtlichen Länderstellen eine Politik primär zugunsten ihres eigenen Landes betreiben und deshalb insbesondere bei Angabe der Erzeugung- und Liefermöglichkeiten unter der tatsächlichen Leistungsgrenze bleiben. Diese Verschiedenartigkeit der Auffassungen löst für alle sichtbar die bedauerliche Entwicklung aus, daß es von Periode zu Periode buchstäblich immer schlechter wird. Kann man denn wirklich glauben, daß die Länder unsachlich handeln, wo sie selbst, d. h. ihre Verbraucher, doch ständig die eigentlichen Leidtragenden dieser Verschiedenartigkeit der Auffassungen sind? Sicherlich ist die Erfassung nicht so ideal, wie das alle verantwortlichen Stellen gerne sehen möchten. Es kann aber doch keinem verantwortlichen Betrachter und Kritiker entgehen, daß auf der Basis einer 1500-Kalorien-Versorgung die Aufgabe, die der öffentlichen Bewirtschaftung gestellt ist, unendlich schwer, nahezu unlösbar ist. Die mit der Durchführung dieser Aufgabe betrauten Stellen können gerechterweise nicht immer und nicht allein als die Schuldigen hingestellt werden, wenn die Betrachtung der Lage jedem, der selbst unter der 1500-Kalorien-Grenze leidet, den objektiven Schluß aufdrängen muß, daß es wohl kaum eine Stelle gibt, die es unter diesen Bedingungen besser machen könnte. Es wird notwendig sein, der Landwirtschaft in den nächsten Monaten weitere Opfer aufzuerlegen. Es wird sich nicht vermeiden lassen, gerade zur Überwindung der nächsten Monate Eingriffe vorzunehmen, die von der Regierung weder gewünscht noch gewillt sind. Wenn jedoch die Not so an die Türen der Normalverbraucher pocht, wie das auf Grund des uns möglichen Überblicks zu erwarten ist, dann kann im Interesse der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung kein anderer Weg mehr beschritten werden. Wir haben in der letzten Zeit, insbesondere bezüglich des Verzichts der Landwirtschaft auf die Butterrückgabe für zwei Monate, Beweise genug, daß sich die Erzeugerschaft selbst der Bedeutung dieser Stunde und der Bewährungsprobe bewußt ist, die wir in den nächsten Monaten zu bestehen haben. Ich glaube,

daß unter dieser verantwortlichen Betrachtung der Lage auch der größte Teil der Landwirtschaft nicht zuletzt in seinem eigensten Interesse sich zu den Maßnahmen der Regierung positiv stellen wird. Damit haben wir schon eine wesentliche Grundlage geschaffen, mit Hilfe derer es möglich sein wird, auch unsere Kreditwürdigkeit dem Ausland gegenüber unter Beweis zu stellen. Die Hilfe, die von außen her kommen muß, wird dann auch aus den Geboten der Menschlichkeit heraus nicht auf sich warten lassen.

Ich habe versucht, Ihnen ein der Wahrheit entsprechendes Bild unserer Ernährungslage zu geben. Eigentlich müßte ich es noch ergänzen durch eine Schilderung der Erzeugerverhältnisse in unserem Heimatland. Sie gestatten mir, daß ich das nur ganz strichweise tue; denn das ist bereits Zukunftsmusik. Es ist vom Landwirtschaftsministerium alles geschehen, um die Versorgung der Landwirtschaft mit Kunstdünger für die Frühjahrsbestellung im bestmöglichen Umfang zu erwirken. Es gibt natürlich wieder Schwierigkeiten über Schwierigkeiten. In Höchst, wo jetzt die Salpeterproduktion recht befriedigend angelaufen ist, fehlt es an Waggons. In Schwandorf, wo wir mit vieler Mühe die Erstellung von monatlich 12 000 Tonnen Rhénania-Phosphat geschaffen haben, stockt es, weil in der württembergischen Herstellungsstätte des Sodas, den wir für Schwandorf brauchen, das Hochwasser denselben weggeschwemmt hat. Die Thomasmehleinfuhr aus Luxemburg leidet darunter, daß die Luxemburger unsere Waggons, die wir hinüberschicken, damit sie beladen zurückkommen, durch schlechtere austauschen, so daß unsere Eisenbahnverwaltung nur zögernd an die Waggongestellung herangeht. Der Kaliabtransport hat sich gebessert. Alles in allem ist es bei Kunstdünger so, daß nach dem Stand vom heutigen Tage ungefähr 35 Prozent der vom Ministerium ausgegebenen Bezugsmarken beliefert sind. Bei Saatgut sind wir außer Sorge hinsichtlich der Beschaffung des Bedarfs für Sommergerste und Sommerbrotgetreide. Bei Hafer gibt es infolge der Mißernte in den Trockengebieten Schwierigkeiten. Großsameren und Kleearten kommen in genügender Menge zur Aussaat. Bei Kartoffeln liegen die Dinge nicht ganz einfach. Wir sollen in der Unbaufläche von 277 000 auf 395 000 Hektar hinaufgehen, das bedeutet allein ein Mehr von 230 000 Tonnen. Ich hoffe, daß die Amerikaner uns aus helfen können und wollen. Übel steht es für Futter- und Zuckerrüben und noch schlechter für alle Kohlar ten. Bei der Erzeugung landwirtschaftlicher Maschinen darf man infolge Erhöhung der Eisenzuweisungen mit einer leichten Besserung rechnen. Ich habe bei der Sitzung der Ernährungsfachleute in Düsseldorf am 15. Januar 1948 durch meinen Vertreter dem Herrn Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen sagen lassen, daß meines Erachtens eine Liebe die andere wert ist und daß wir, nachdem wir nunmehr Rhein und Ruhr nahrungsmäßig geholfen haben, sicher damit rechnen, daß es auf diesem Gebiet in Zukunft besser werden wird und bessere Lieferungen an Ersatzteilen erfolgen. Gerade für Ersatzteile von landwirtschaftlichen Maschinen sind wir von Nordrhein-Westfalen besonders abhängig.

Wenn ich Ihnen damit die Ernährungslage, wie sie ist, geschildert habe und auch auf die Möglichkeiten eingegangen bin, die für uns bestehen, so bleibt noch übrig, zu betonen, daß die Zufuhren aus dem Ausland eine unbedingte Notwendigkeit sind, weil wir ohne sie

(Ministerpräsident Dr. Chard)

die Schwierigkeiten einfach nicht überwinden können. Über eines müssen wir uns ganz klar sein, das sage ich heute nicht zum ersten Male, sondern ich weise darauf seit vielen Monaten hin: Es stehen uns die schwersten Monate noch bevor. Wir werden sie nur überwinden, wenn jeder einzelne Disziplin hält: der Erzeuger, indem er seinen Ablieferungswillen in die praktische Tat umsetzt, der Verbraucher, indem er die Schwierigkeiten würdigt und trotz aller Hemmnisse seiner Arbeit treu bleibt. Wir wissen wohl, daß ein Drittes notwendig ist: das reibungslose Arbeiten der Staatsverwaltung, insbesondere der Ernährungsbehörden. Daß die letztgenannten Stellen einer starken Kritik ausgesetzt sind, ergibt sich aus der Sachlage von selbst. Aber um eines darf ich bitten: Die Kritik darf nicht in Schmähsucht ausarten. Wer heute in der öffentlichen Ernährungswirtschaft tätig ist, ist wahrlich nicht zu beneiden. Erschweren wir den Beamten nicht durch unsachlichen Tadel ihre schwere Arbeit! Für Anregungen zur Verbesserung der Ernährungsorganisation bin ich und sind die Herren des Landwirtschaftsministeriums jederzeit dankbar. Wir wissen, daß wir immer neue Wege zu versuchen haben, um die Aufgabe zu meistern. Ich habe die Überzeugung, daß wir ernährungsmäßig einigermaßen über den Berg sind, wenn weitere vier oder fünf Monate hinter uns liegen. Auch dann wird keine Zeit der Überfülle kommen, darauf werden wir noch jahrelang warten müssen. Aber die Zuteilung der absolut notwendigen Rationen an den letzten der Verbraucher wird dann gesicherter sein, wie es heute ist. Das ist ja das Ziel, langsam, aber sicher eine Verbesserung der Gesamtlage herbeizuführen.

(Beifall.)

Präsident: Ich schlage nun dem Hause vor, die Beratungen abzubrechen und die Debatte zur Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten, vielleicht geht es, um 1/23 Uhr zu beginnen.

Ich unterbreche die Sitzung.

Die Sitzung wird um 12 Uhr 55 Minuten unterbrochen.

Die Sitzung wird um 15 Uhr 37 Minuten durch den Präsidenten Dr. Horlach er wieder aufgenommen.

Präsident: Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Meine verehrten Damen und Herren! Ich komme nochmals auf eine Angelegenheit von heute vormittag zurück, und zwar um eine Frage klarzustellen. Ich war von 1924 bis 1933 im Reichstag und nehme für mich in Anspruch, daß ich Geschäftsordnungen ungefähr verstehe und auch kenne. In § 105 der Reichstagsgeschäftsordnung steht ausdrücklich:

Ramentliche Abstimmung kann bis zur Eröffnung der Abstimmung beschlossen werden, wenn es 50 anwesende Mitglieder beantragen.

Es ist also ein Unterschied zwischen beantragen und beschließen.

(Stoc: Richtig!)

Aus der derzeitigen Geschäftsordnung geht das eindeutig hervor. Nun haben sich naturgemäß gewisse Gewohnheitsrechte in den Parlamenten eingeschlichen, daß man

dem in der Regel — es muß nicht sein; es kann nur sein —, wenn eine Anzahl Mitglieder sie beantragen, stattgibt. Das ist eine andere Frage. Aber der Antrag bedeutet noch lange nicht Beschluß.

(Stoc: Richtig!)

Wir werden diese Dinge in der neuen Geschäftsordnung einmal entsprechend klarstellen müssen und die Formulierung so wählen, daß verschiedene Auffassungen keine Rolle mehr spielen können. Sie sehen, daß ich mit meiner Auffassung gut gedeckt bin.

Wir fahren fort. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Schlögl.

Dr. Schlögl (CSU): Meine sehr geehrten Damen und Herren, Mitglieder dieses hohen Hauses! Die derzeitige Ernährungslage ist in einem Maße angespannt, daß auch für die weitere Zukunft Explosionen zu erwarten sind. Es ist klar, daß man unter diesen Umständen versucht, einen Schuldigen zu suchen, und das ist auch geschehen.

Ich habe in den letzten drei Wochen den Rundfunk in Bayern wie auch außerhalb Bayerns und auch der russischen Zone genau verfolgt. Ich habe auch alle Pressestimmen der deutschen Zeitungen, auch der Ostzone, die sich mit der Ernährungslage bei uns befassen, zusammenstellen lassen. Ich kann zunächst einmal feststellen, daß in allen Radiosendungen der Ostzone und auch in den dortigen Zeitungen die Schuld an den schlimmen Ernährungsverhältnissen unserer Militärregierung gegeben wird. Die Sache wird so hingestellt, als ob wir aus Böswilligkeit oder aus Unfähigkeit soweit gekommen seien. Ich habe auch die Militärregierung darauf bereits aufmerksam gemacht. Ich weiß, daß von der Ostzone aus Bayern tagtäglich in Tausenden von Exemplaren mit diesen Pressestimmen überschwenmt wird. Ich weiß, daß die Radiosendungen, gerade der Ostzone, sehr gerne gehört werden. Nun ist es bei uns so, daß die Demokratie noch lange nicht so Fuß gefaßt hat,

(Dr. Dehler: sehr richtig!)

daß der Hörer oder Leser unterscheiden könnte, was wahr und was unwahr ist. Ich habe die große Befürchtung, daß durch diese Vorgänge sich bei uns wieder, angefaßt durch die Ernährungslage, so eine Art Nationalismus breit macht. Das ist das billigste Vergnügen, das man heute überall beobachten kann. Wir haben es in den letzten Tagen auch feststellen können. Ich würde es tief bedauern, wenn die Ernährungslage hierzu beitragen würde. Denn letzten Endes haben wir durch diese Irrlehre genug erlebt, die der Nationalsozialismus aufgezogen hat. Und ich habe die Meinung, daß gerade die Gegner der Demokratie, ja auch ehemalige Nazi, hinter diesen Leuten stecken und eine große Freude an der derzeitigen Entwicklung haben. Wir müssen also alles tun, um durch Aufklärung zu wirken und die wirklichen Tatsachen darzustellen.

Der zweite Schuldige für die katastrophale Ernährungslage wird in der deutschen Verwaltung und den Ländern angegeben. Ich werde auf dieses Kapitel noch näher eingehen. Ich erwähne es nur, weil wir in allen Zeitungen immer wieder diese Kritik lesen können.

Der dritte Hauptschuldige, der langsam als der Alleinschuldige herausgestellt wird, ist der Bauer. Ich muß tief bedauern, daß ein hoher Beamter des Ernährungs-

(Dr. Schlögl [CSU])

amtes in Frankfurt in einem Interview erklärt hat, die Bauern befänden sich in einem „Lieferstreik“. Ich bedauere das unendlich, weil sofort die Reaktion auf dieses Stichwort gekommen ist.

Meine Damen und Herren, wie sind denn die Verhältnisse in Wirklichkeit? Wie hat die Militärregierung darauf reagiert? Wir haben unmittelbar darauf die Tatsache zu verzeichnen gehabt, daß der Öffentlichkeit unterbreitet worden ist, die bayerischen Bauern allein hätten 1 400 000 Schweine verschwinden lassen. Diese Statistik — der Herr Ministerpräsident ist schon darauf eingegangen — ist falsch. Ich muß aber feststellen: Sie ist von deutschen Amtsstellen geliefert worden.

(Wimmer: Welche Amtsstellen?)

— Das ist immer das Schwierige. Ja, Herr Kollege Wimmer, ich komme nochmal darauf zu sprechen. Wenn ich nur einmal den Namen herausbringen würde, wer diese Statistiken hingibt! Dadurch wird ja unser Volk vollständig verwirrt.

(Wimmer: Sind es verkappte Nazi?)

— Man hat immer wieder den Eindruck, daß es Leute gibt, die ein Interesse daran haben, daß durch die Zahlen bei uns langsam eine Verwirrung der Begriffe kommt.

(Stod: Dann dürfen Sie keine Leute nach Frankfurt senden, die schon 1928 den Nationalsozialismus herbeigewünscht haben.)

— Ja, meine Damen und Herren, das sind Dinge, die ich nicht allein verantworte; aber ich stelle das fest.

(Stod: Aber mitverantworte!)

— Ich verantworte sehr viel. Aber ich kann Ihnen nur sagen, daß die Dinge sehr bedauerlich sind. Denn aus dem Gehirn des Normalverbrauchers bringe ich die 1 400 000 schwarzgeschlachteten Schweine nicht heraus. Er glaubt es, weil es ihm so schlecht geht.

Ich muß hier folgendes feststellen: Wir haben durch unsere Organisation jetzt einmal Zahlen und Unterlagen bekommen, und zwar dadurch, daß wir unsere Kammern eingeschaltet haben. Sie alle erinnern sich, daß im Februar 1947 bei uns der Schweinemord begann. Das ist auch so ein trübes Kapitel: Je schlechter es geht, desto stärker treten die Theoretiker auf. Es begann im Februar 1947 die Jagd auf die Ferkel. 285 000 und etliche Hundert Ferkel — soweit wir bisher haben feststellen können — sind von den Ställen herausgenommen worden durch Kommissionen. In München sind außerordentlich viele geschlachtet worden.

(Zuruf von der CSU: Aber wir haben nichts davon gesehen.)

Aber welcher Normalverbraucher hat etwas davon bemerkt! Da möchte ich einmal wissen, wer diese Ferkel alle mit samt verzehrt hat. Das ist das Schwierige. Es ist interessant. Wir in der Organisation quälen uns heute, daß die Bauern für diese weggenommenen Schweine und Ferkel überhaupt Geld bekommen.

(Wimmer: In der Freibank in München sind sie massenhaft verkauft worden.)

— Weiß der liebe Gott, wo sie hingekommen sind! Das ist ein ganz trübes Kapitel, dieser Schweinemord 1947. Und da sind nicht die Bauern daran schuld, sondern ganz andere Kreise. Denn es ist nachgewiesen, daß diese 285 000 Ferkel, die wir von unseren Kammern bis jetzt

zahlenmäßig erfaßt haben, den Bauern weggenommen und zum größten Teil überhaupt nicht bezahlt worden sind.

Daß die Theorie, daß eine Muttersau im Jahr 14 Ferkel werfen muß, falsch ist, darüber sind wir, uns auch alle im klaren. Ich kann einer Muttersau bei dieser Ernährungslage auch für die Schweine nicht vorschreiben, wieviel Ferkel sie zu werfen hat; das bringt nur die Statistik fertig. Sie rechnet das aus, und 1 400 000 verschwundene Schweine sind da.

(Zuruf.)

Das sind Verhältnisse, die ich tief bedauere. Bei der Gelegenheit — der Herr Bürgermeister Wimmer von München ist ja da — möchte ich weiterhin folgendes feststellen, vielleicht kann er hernach Aufklärung geben: Wir haben durch Rundfragen bei den Ernährungsämtern — nur bei einem Teil der um München herum gelegenen — festgestellt, daß im Spätherbst des vorigen Jahres, beeinflusst durch den Schweinemord, wöchentlich im Durchschnitt 400 bis 600 Mastschweine nach München gekommen sind. Das steht fest. Sie sind wohl hier auch geschlachtet worden. Nun frage ich die Münchener Bevölkerung, ob wir in diesen Monaten jemals Schweinefleisch gesehen haben. Wir haben es nicht gesehen. Wo sind diese geschlachteten Schweine hingekommen? Die Zahl stimmt; sie wird sogar größer sein, weil ich bei der Kürze der Zeit nur einige Ernährungsämter habe antelefonieren können.

(Wimmer: Wann war das?)

— Im Spätherbst 1947, in den letzten drei Monaten. Im Wochendurchschnitt sind 400 bis 600 Schlachtschweine nach München geliefert worden.

Meine Damen und Herren! Es ist mir dann die Auskunft gegeben worden, daß diese Schweine in die Exportschlächtereien gewandert seien. Damit keine Märchen entstehen, möchte ich ausdrücklich betonen, daß ich unter Exportschlächtereien nicht Schlächtereien verstehe, die vielleicht Dauerwaren irgendwohin nach Amerika oder sonstwohin liefern, sondern diese Dauerwaren sollen angeblich nach Berlin und ins Ruhrgebiet geliefert worden sein. Ich kann nicht glauben, daß diese vielen Tausende von Schweinen, die hier in München — es kommen Nürnberg und die andern Schlachthöfe auch noch dazu — allein angeliefert worden sind, in die Exportschlächtereien gegangen sind.

Noch eine Feststellung, die auch amtlich ist: Wir haben vor dem Kriege ungefähr 2500 Viehhändler gehabt; heute haben wir über 6000 Viehhändler.

(Hagen Lorenz: Über 8000.)

— Über die Zahl streiten sich noch die Gelehrten. Ich habe 6000 eruiert. Die Stellen haben gehört, daß ich im Landtag sprechen werde; wahrscheinlich ist die Zahl also niedriger geworden; aber 6000 reichen schon. Die Zahl der Händler hat sich vermehrt. Und ich kann dem Herrn Bürgermeister Wimmer folgendes mitteilen: Hier im Weichbild der Stadt München sind nach unseren Berechnungen rund 4000 Stück Großvieh, die nirgends gemeldet sind. Dieses Großvieh gibt Milch; dieses Großvieh wird auch geschlachtet. Wo kommt das Fleisch hin? Meine Damen und Herren, Sie sehen hier eine große Quelle des Schwarzmarktes. Ich will mit meinen Ausführungen in keiner Weise die reellen Viehhändler treffen; sonst geht es mir wieder genau so wie leßthin, als ich über den Handel und über die Molkereien gesprochen

(Dr. Schlögl (CSU))

habe. Ich will aber die Kreise treffen, die nachgewiesenermaßen unkontrollierbar sind. Der Bauer bekommt seinen Schlupfchein. Er weiß nicht, wo das Vieh hingehet. Überlegen Sie sich bloß folgendes: Nehmen wir bloß an, es sind 6000 Viehhändler. Alle diese Viehhändler haben Ställe. In diesen Ställen befinden sich oft bis zu sieben, ja bis zu zwölf Stück Vieh. Wann dieses Vieh weitergeliefert wird, weiß niemand; denn hier fehlt die Kontrolle. Der Viehhändler hat nur ein sogenanntes Eingangsjournal und ein Ausgangsjournal. Da kann er hineinschreiben, was er will; denn es fehlt die Kontrolle vom Bauern zum Verbraucher. Hier müßte nach meinem Dafürhalten eingegriffen werden. Ich möchte da der bayerischen Staatsregierung, dem derzeitigen Landwirtschaftsminister, dringend anraten, er möge doch für eine Übergangszeit die Ställe der Viehhändler schließen lassen.

(Sehr richtig!)

Dann würde nämlich das Schlachtvieh viel schneller auch zum Verbraucher kommen. So aber werden ja Tausende von Tieren wegen der Milch immer zurückgehalten, oder sie wandern sogar als Nutztvieh „irgendwohin“.

(Sehr gut!)

So ist es doch in Wirklichkeit. Das weiß jeder Bauer. Die Händler haben den Handel in der Hand. Es gibt unter ihnen wirklich brauchbare Leute, aber es gibt auch andere, die heute die größten Gewinne einschleiben, aber der Bauer ist immer der Schuldige. In Wirklichkeit kann er für die Dinge nichts.

(Unruhe in der Tiefe des Saales.)

Präsident: Ich bitte, die Demonstrationen im Landtag zu unterlassen. Es ist nicht Aufgabe der Volksvertretung, hier Demonstrationen entgegenzunehmen. Ich bitte, das zu unterlassen. Sonst müßte ich von anderen Mitteln Gebrauch machen. Damit wollen wir nicht anfangen. Das ist eine Sache von öffentlichen Versammlungen und öffentlichen Demonstrationen. Der Landtag aber ist ein Beratungskörper, der mit solchen Dingen nichts zu tun hat.

Ich bitte den Herrn Redner, weiterzufahren.

Dr. Schlögl (CSU): Meine Damen und Herren! Wir haben ja kürzlich lesen können, daß in einem Lager durch eine Kontrolle allein sechs Ochsen festgestellt worden sind. Es wurde nach ganz kurzer Zeit wiederum durch eine Kontrolle festgestellt, daß in dem gleichen Lager die gleiche Zahl von Schlachtochsen vorhanden war. Nun frage ich das hohe Haus: Sind an diesen Umständen die Bauern schuld oder die Kreise, die tatsächlich mit dem Schwarzen Markt zusammenarbeiten? Hier in München — das behaupte ich — ist der Schwarze Markt deswegen so groß, weil in dieser Großstadt tatsächlich Tausende Stück Großvieh stehen, die man weder in der Milchleistung noch sonstwie kontrolliert. Das möchte ich zu all den Behauptungen, die hier wegen der Bauern umgehen, feststellen.

Dann wurde an die Militärregierung eine weitere Nachricht lanciert, daß der Bauer schuld ist, daß wir jetzt weniger Brot bekommen. Auch hier muß der Militärregierung eine falsche Statistik vorliegen, aus der man das schließen könnte. Ich habe kürzlich einem Herrn der Militärregierung gesagt, wenn diese Art der fal-

schen Berichterstattung weitergeht und sich letzten Endes auch gegen Personen wendet, die schon in der Nazizeit sehr viel verfolgt waren, dann wird es höchste Zeit sein, daß wir einen neuen Verband der jetzt politisch Verfolgten gründen, weil ich ja sehe, wo der Kampf hingehet. Man will all die Männer, die in der Nazizeit geduldet haben, nachgewiesenermaßen wieder ausschalten. Gegen sie richtet sich der Hauptkampf.

(Hagen Lorenz: Um die andern wieder hervor-zufuchen.)

Dagegen muß ich einmal öffentlich im Landtag Stellung nehmen. Wenn ich diese Männer einmal erwische, nenne ich sie öffentlich im Landtag; denn dieses Ausspielen der Militärregierung einerseits und der deutschen Dienststellen andererseits ist nicht mehr erträglich. Dadurch kommen dann diese Fehlzündungen, daß z. B. jetzt befohlen ist, daß wir in den nächsten drei Monaten weniger Vieh abliefern müssen, obwohl wir für unsere Tiere nichts mehr zum Fressen haben, während unsere Hauptlieferungen an Schlachtvieh in den Sommermonaten zu erfolgen haben. Das ist ja ein Wahnsinn. Schleswig-Holstein z. B. darf jetzt Vieh abliefern, obwohl man wissen müßte, daß Schleswig-Holstein unter der Dürre nicht so gelitten hat wie wir in Bayern. Die Folge wird sein, daß wieder eine Viehschwemme kommt, die uns dann als Überlieferung nicht angerechnet wird — und im Sommer müssen wir das wenige Vieh von der Weide reißen.

Das ist eine Ungerechtigkeit sondergleichen. Möchten doch die deutschen Dienststellen einmal lernen, daß sie zusammenarbeiten! Sie möchten sich doch selber ergänzen, dann wäre manches Bittere von uns weggenommen! Was in unseren Kräften steht, werden wir als Bauernvertreter dazu beitragen, damit die Verhältnisse sich glätten.

Durch diese Stimmung gegen die Bauern ist dann auch im Wirtschaftsrat das Speisekammergesetz angenommen worden. Ich war bei der Beratung des Gesetzes in Frankfurt. Ich habe damals schon meine größten Bedenken gegen dieses Gesetz ausgesprochen. Man hat ja auch den Unsinn gemacht, daß man die Normalverbraucher mit in das Gesetz einbezogen hat. Es ist schade um das viele Papier.

(Zurufe: Ist schon aufgehoben!)

Alle die Männer und alle die Frauen, die als Normalverbraucher anzusprechen sind, werden wahrscheinlich Fehlanzeigen hinschreiben müssen, außer den Normalverbrauchern, die irgendwie mit der Lebensmittelindustrie in Fühlung stehen oder am Schwarzen Markt Geschäfte abwickeln.

Das Gesetz ist ein Ausnahmegesetz gegen die Bauern. Darüber müssen wir uns einig sein. So wird es auch in der Landwirtschaft verstanden. Ich habe daher gesagt, in diesem Gesetz steckt eine ungeheuer große Gefahr; denn das eine steht für mich fest: Wenn die Bauern nicht ehrlich bleiben nach dem Gesetz, laufen sie Gefahr, einen Treuhänder zu bekommen oder den Hof zu verlieren. Bleiben sie ehrlich nach dem Gesetz, dann bricht die Ernährungswirtschaft zusammen. Eines steht ja für mich fest: Wenn die Bauern nicht verständiger wären als die Gesetzgeber, wäre die Ernährungswirtschaft schon längst zusammengebrochen.

(Sehr richtig! bei der CSU.)

(Dr. Schlögl [CSU])

Wie liegen denn die Verhältnisse? Erhält denn der Bauer — auch heute noch — irgendeinen Bedarfsartikel, vom Pflug angefangen bis zum Nagel, gegen Bezugschein, wenn er nicht Lebensmittel hergibt? Wir haben jetzt die Probe aufs Exempel. Der Herr Wirtschaftsminister hat sich bemüht, daß mehr Bezugscheine herauskommen. Was geschieht? Kein Bauer bekommt hierfür Ware, er bekommt keine Sense und keinen Hufnagel, außer er gibt dafür Lebensmittel her. Das ist der *Graue Markt*, von dem heute der Herr Ministerpräsident gesprochen hat. Ich sage nur eines: Dank des Verstandes der Bauern ist die Ernährungswirtschaft noch nicht zusammengebrochen, aber jetzt bricht sie zusammen. Ich garantiere Ihnen, Sie werden auf Grund dieses Ausnahmegesetzes in vier Monaten blaue Wunder erleben, weil man es versäumt hat, zu gleicher Zeit — was doch für den Bauern recht und billig wäre — auch ein zweites Gesetz zu fordern, das einmal die Bedarfsartikel für die Bauern sicherstellt. Ich habe im Wirtschaftsrat eingehend dafür gesprochen. Ich habe die Zustimmung fast sämtlicher Teilnehmer bekommen und wir haben uns dann erlaubt, auch einen Gesetzentwurf einzureichen. Ich will Ihnen jetzt diesen Gesetzentwurf einmal bekanntgeben, damit Sie sehen, wie er gemeint war:

§ 1. Um der Landwirtschaft gegen Bargeld die notwendigen Bedarfs Güter zu sichern und die landwirtschaftliche Produktion zu steigern, werden ab sofort die gewerblichen und industriellen Erzeugnisse für dieses Gebiet und die hierfür in Betracht kommenden Rohstoffe beschlagnahmt.

Meine Damen und Herren, wenn ich Kartoffel beschlagnahmen kann, dann kann ich doch auch einmal so etwas beschlagnahmen.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

§ 2. Die Fertigwaren werden entweder durch die landwirtschaftlichen Genossenschaften oder durch den Handel unter Kontrolle der zuständigen Behörden der Landwirtschaft zugeleitet.

§ 3. Wer landwirtschaftliche Bedarfs Güter oder die für diesen Zweck vorgesehenen Rohstoffe zurückhält oder sie nicht gegen Bargeld abgibt, unterliegt den gleichen Strafbestimmungen, wie sie nach dem Gesetz zur Ermittlung, Erfassung und Verteilung von Lebensmittelbeständen vorgesehen sind.

(Sehr gut!)

Auch etwas Vernünftiges. Wenn ich schon ein Ausnahmegesetz gegen den Bauern erlasse, dann bitte auch ein zweites Gesetz, damit der Bauer weiterarbeiten kann und so die Ernährungswirtschaft nicht zusammenbricht.

(Zustimmung.)

Nun der § 4.

Grundsätzlich sind die gleichen Kontrolleinrichtungen und Kontrollmaßnahmen, wie sie zur Erfassung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse in Gesetzen und Verordnungen vorgesehen sind, auch zur Erfassung der gewerblichen und industriellen Bedarfsartikel und Betriebsstoffe, welche die Landwirtschaft benötigt, in Anwendung zu bringen.

Auch ein selbstverständlicher Grundsatz. Warum gibt es

nur Gesetze gegen die Landwirtschaft? Warum sichert man nicht auch dem Bauern unter den gleichen Voraussetzungen die Produkte, die er braucht?

(Sehr gut!)

Wir hätten in diesem Falle sofort eine Besserung der Ernährungslage.

§ 5. Der Direktor der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Vereinigten Wirtschaftsgebiets wird eine Liste der zu beschlagnahmenden Bedarfs Güter für die Landwirtschaft aufstellen.

§ 6. Die Durchführungsbestimmungen zu diesem Gesetz erlassen der Direktor der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Vereinigten Wirtschaftsgebiets und der Direktor der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebiets.

Wir haben den Abgeordneten des Wirtschaftsrats diesen Gesetzentwurf bekanntgegeben. Ein Erfolg ist dem Gesetzentwurf beschieden worden, man hat sich nämlich länger über das Speisefammergesetz unterhalten. Man hat aber kein derartiges Gesetz angenommen, sondern man hat einen Antrag angenommen, wonach der Herr Wirtschaftsdirektor beauftragt wird, auf Grund des Gesetzes Nr. 12 sofort die Durchführungsbestimmungen für die Landwirtschaft zu erlassen. Da werden wir lange warten, bis die Durchführungsbestimmungen kommen, und wenn sie da sind, wird wieder nicht viel herauspringen.

Da muß ich schon das hohe Haus fragen: Sind denn diese Berufsgruppen ein Blümchen, das man nicht anrühren darf? Soll lieber die Ernährungswirtschaft zusammenbrechen? Sollen weiterhin nur die Bauern die Schuld tragen, weil man an diese Berufsgruppen nicht herangeht? Das Gesetz war gar nicht einmal so scharf; denn es war nur auf landwirtschaftliche Bedarfsartikel abgestellt, noch nicht einmal auf Schuhe und Kleider. Wir haben hier im hohen Hause am 26. Mai vorigen Jahres auf Grund der Arbeit des parlamentarischen Untersuchungsausschusses durch eine namentliche Abstimmung schon ein ähnliches Gesetz verlangt. Geschehen ist bis heute nichts.

(Zurufe von der SPD: Nichts!)

Ich sage Ihnen voraus: Die Ernährungswirtschaft bricht zusammen, weil wir nicht den Mut haben, Gerechtigkeit zu üben und gegen alle Stände in dieser Notzeit gleichmäßig vorzugehen.

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD.)

Wir mögen uns drehen und wenden, wie wir wollen, wir kommen so aus dem Dilemma nicht heraus. Wenn man sagt, es müssen Waren da sein, wenn die *Währungsreform* kommt, so gebe ich das zu. Meinetwegen haben diese Berufsstände Waren in anderer Richtung, aber Bedarfsartikel für die Landwirtschaft zur Besserung der Ernährungslage, die müssen herkommen, koste es, was es wolle. Wenn wir keinen Ernst zeigen und nicht einmal energisch dreinfahren, und wenn die Regierung sich hier nicht stark macht, kann ich Ihnen als Bauernvertreter sagen: Ich werde in keiner Weise mehr hier sprechen und vielleicht versuchen, Ihnen klar zu machen, daß die Bauern schuldlos sind, wenn sie jetzt wegen dieses Gesetzes verurteilt werden und Treuhänder bekommen. Ich muß dann schon zu meinen Bauern sagen,

(Dr. Schlögl [CSU])

wir handeln nach dem Gesetz, komme was da wolle. Ich weiß, das ist ein hartes Wort. Ich weiß, daß der Verbraucher dann dem Bauern die Schuld gibt, aber es ist eben nicht so. Schuld sind die Kreise, die einfach aus Profitgier die Flucht vor der Mark ergriffen haben

(Sehr richtig! bei der SPD)

und die wegen der Währungsreform auch heute wieder versuchen, immer wieder auf den die Schuld zu schieben, der sich weniger verteidigen kann, und das ist der Bauer, der draußen in einzelnen Höfen verstreut ist.

(Hagen Lorenz: Und wenn sich einer dagegen wehrt, dann sagt man, der treibt Hochverrat! —

Lebhafte Zustimmung bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, ich muß das hier einmal feststellen und muß auch die große Verantwortung der Parlamente klarmachen. Sie, meine Herren in der Volksvertretung, tragen, wenigstens für Bayern, einen ganz großen Teil der Verantwortung. Ich spreche nicht so, daß ich wieder in den Geruch komme, als ob ich vielleicht ein ganz roter Politiker wäre.

(Heiterkeit und Zurufe bei der SPD. — Hagen Lorenz: Ist das eine Schande?)

Ich sage Ihnen nur eines und muß es zum Schutze der Bauern sagen, weil der Bauer heute vogelfrei ist und von allen Seiten angegriffen wird: Gehen Sie nur einmal in einen Eisenbahnwagen und hören sich an, wie dort der Normalverbraucher gegen den Bauern losgeht, wenn er einen dort entdeckt! Es gibt immer Lumpen, auch unter ihnen. Der Herr Kollege Wihlinger und ich sind uns nur nicht über die Zahl der Lumpen einig. Einig sind wir uns nur darüber, daß es auch unter den Bauern Lumpen gibt, aber das Gros der Bauern ist gesund. Es nimmt mich nur folgendes wunder: Vor einem halben Jahre haben die bayerische Staatsregierung und die Militärregierung für die Bauern nur Worte des Lobes gehabt. Auf einmal sind die Bauern nun grundschlecht geworden und haben Millionen von Schweinen schwarz geschlachtet! Darin liegt doch System! Da wird doch bestimmt immer wieder der Bauer ausgespielt, weil andere Kreise eben haben wollen, daß ihr schlechtes Gewissen dadurch verdeckt wird, daß man die Schuld auf den Bauern schiebt.

(Sehr richtig bei der SPD. — Zuruf von der SPD: Die Industrie!)

Ich muß, damit die Gerüchte verstummen, noch eines feststellen. Im Wirtschaftsrat haben der Präsident des bizonalen Gewerkschaftsbunds, Herr Larnow, und auch Herr Schlange-Schöningen diesen Gedankengängen zugestimmt. Wenn es nicht zum Erlaß dieses Gesetzes gekommen ist, sind nur die politischen Parteien daran schuld. Hier auch einmal ein offenes und grundsätzliches Wort zu dem Verhältnis von politischer Partei und Berufsstand! Als Vertreter der Landwirtschaft anerkenne ich ohne weiteres, daß der Berufsstand als solcher nicht die Politik zu machen hat. Wir sind nur am politischen Geschehen interessiert. Aber man muß den Berufsstand so behandeln, daß man auf ihn mehr gibt, als wenn sonst irgendein Schreiben an eine Behörde kommt. Wir haben z. B. im September gemeinsam mit den Gewerkschaften ein Notprogramm

verkündet. In Zukunft können wir uns solche Notprogramme sparen; denn man hört und sieht nichts von seiner Durchführung.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Für Arbeiten, die nur für den Papierkorb oder für die Registratur gelten, ist uns die Zeit doch viel zu kostbar. Ich rate dringendst, daß man uns hört und daß auch Sie, wenn Sie entscheiden müssen, auf die Berufsstände Rücksicht nehmen. Deswegen gehe ich ja ins Parlament. Glauben Sie denn, ich würde eine besondere Freude haben, Mitglied dieses hohen Hauses zu sein?

(Heiterkeit.)

Ich könnte mir meine Zeit ganz anders einteilen und verwenden, wenn ich nicht immer hier sitzen müßte. Ich tue es ja nur, weil ich weiß, man muß herein, weil hier die Würfel fallen sollen.

(Dr. Linnert: Aber, Herr Schlögl, wenn Ihre eigene Regierung nicht auf Sie hört, wer soll dann auf Sie hören!)

— Herr Kollege Linnert, Sie haben wieder einmal ein Wort gesprochen, auf das ich noch zurückkommen werde; ich vergesse es nicht.

(Dr. Dehler: Es ist so bequem, einmal zu regieren und einmal Opposition zu machen. — Dr. Linnert: Das ist wunderbar!)

— Meine Damen und Herren, wir sind uns doch klar darüber, daß die bayerische Regierung allein nicht alles machen kann. Wir haben ja, Herr Kollege, gemeinsam die Leute in den Wirtschaftsrat gewählt. Ich muß feststellen, Herr Kollege Linnert, daß gegen diesen Gesetzesentwurf, den ich verlesen habe, die Anhänger Ihrer Partei am schärfsten aufgetreten sind.

(Zurufe von der SPD und FDP.)

— Das ist ja das Schlimme an der Sache, daß wir uns nicht einigen können.

(Zuruf.)

Zum Schluß haben sich sämtliche politischen Parteien von diesem Gesetz zurückgezogen.

Meine Damen und Herren! Ich wollte nur in allem Ernst die bayerische Staatsregierung auf die Situation hinweisen und darauf, wie die Dinge in der Ernährungswirtschaft stehen. Nun sind wir uns darüber im klaren, daß die Fettfrage eine Hauptrolle spielt, und ich darf vielleicht auch hier, ähnlich wie ich es im Ernährungsausschuß schon getan habe, einige praktische Vorschläge machen. Es ist schade, daß der Herr Finanzminister nicht da ist. Aber vielleicht können wir im Ernährungsausschuß die Frage noch einmal besprechen. Der Herr Ministerpräsident hat heute in seiner Eigenschaft als Landwirtschaftsminister schon darauf hingewiesen, daß infolge der Dürre der Milchausfall sehr groß ist. Er hat die Zahlen genannt vom Rottal. Ich kann Ihnen die Zahlen von ganz Bayern nennen, möchte aber nur feststellen, daß der Milchrückgang infolge der Dürre rund 50 Prozent beträgt. Darüber kommen wir nicht hinweg.

(Wimmer: 43 im Landesdurchschnitt!)

Ich habe mehr die Zuchtgebiete im Auge gehabt. Also gut, 43 Prozent! Ich habe ja auch die Zahl von 50 Prozent nur rund genommen.

Lassen Sie mich hierzu folgendes feststellen: Ich bin ein Freund der Presse und habe es auch sehr gerne,

(Dr. Schlögl [CSU])

wenn die Läter, die sich gegen die Lebensmittelgesetze vergehen, angeprangert werden. Aber wir haben halt eine so schnellebige Zeit, und es wäre notwendig, doch hin und wieder daran zu erinnern, daß wir eine wirklich katastrophale Dürre gehabt haben. Das ist schon längst vergessen, weil es wieder regnet. Der Großstädter schaut die Sache ganz anders an. Die Nachwirkungen der Dürre sind katastrophal gerade auf dem Gebiete der Milcherzeugung. Ich begrüße es, daß der Herr Ministerpräsident einen Sonderbeauftragten gerade für diese Frage einsetzt, weil sie nach meinem Dafürhalten geregelt werden muß. Wir haben nämlich viele Gebiete in Bayern — ich erinnere an den Bayerischen Wald und weiterhin an gewisse Gegenden in Oberfranken —, die als sogenannte „tote Winkel“ bezüglich der Erfassung gelten. Warum ist das so? Weil die Verkehrsverhältnisse so unzureichend sind. Wenn aber die bayerische Staatsregierung zwei Forderungen erfüllt, die allerdings Geld kosten, dann glaube ich, daß wir die Trockenbezirke auch erfassen können. Die erste Forderung ist, daß man diese Gebiete verkehrsmäßig erschließen muß, d. h. man müßte sogar das Risiko eingehen, daß man in all. den Gegenden, wo bisher die Bauern allein auf sich angewiesen waren, die Milch abholt. Das geht natürlich nur, wenn man mehr Benzin und Fahrzeuge zur Verfügung stellt. Aber ich meine: Lieber fahren in München um 30 Prozent weniger Personenautos, als daß diese Gebiete nicht erschlossen werden.

(Beifall.)

Es ist eine Kurzsichtigkeit sondergleichen, wenn z. B. der Leiter eines Verkehrsamtes einem Bauern, der für drei Höfe die Milch in die nächste Stadt fährt, erklärt: Ich kann die 15 Liter Benzin nicht geben, weil es auf die 75 Liter Milch praktisch nicht ankommt. Also — —

(Zuruf: Welches Verkehrsamt?)

— Günzburg.

(Zuruf.)

Ich bitte dringendst, daß der neue Sonderbeauftragte die Verhältnisse klärt. Wir müssen aber gleichzeitig auch dafür sorgen, daß den Bauern Milchkannen zur Verfügung gestellt werden. Denn daran mangelt es sehr stark. Wenn sie nämlich keine Milchkannen haben, hilft alles nichts. Eine Milchkanne kostet heute 48 Mark, in Friedenszeiten 4.50 Mark.

(Hört, hört!)

Ich wundere mich, wo da der Preiskommissar bleibt.

(Zustimmung.)

Das sind Verhältnisse, die nicht mehr tragbar sind. Überlegen Sie bloß einmal, wie lange die Bauern umsonst Milch liefern müssen, bis sie eine Milchkanne erhalten, wenn sie sie überhaupt bekommen! Man müßte sich also stark machen in der Richtung, daß die Bauern Milchkannen und auch Melkeimer bekommen; denn manche Bauern müssen heute mit ganz primitivem Geschirr melken. Ich bitte doch dringend, darauf Rücksicht zu nehmen. Ich hätte hier vorzuschlagen, daß die Bauern, die neu an die Milchversorgung angeschlossen werden, diese Geschirre nicht kostenlos, aber zum Friedenspreis erhalten und daß dafür der Staat einspringt. Das ist keine Subventionspolitik für die Bauern; eine solche lehnen wir ab.

Also: Besserung der Verkehrsverhältnisse, dann zur Verfügungstellung von Melkeimern und Milchkannen und weiter auch von Luchseihern. Meine Damen und Herren! Wenn Sie wüßten, wie primitiv heute die Luchseier schon sind — Sie machen sich gar keine Vorstellung —, dann würde Ihnen manche Milch nicht mehr gut schmecken. Die Leute haben eben nichts mehr. Ich möchte doch meinen, daß das Wirtschaftsministerium auf die Beschaffung von Luchseihern besonders bedacht sein sollte. Denn das ist notwendig, weil ja die Verbraucher schließlich die Milch trinken müssen. Ich bitte daher, die drei genannten Faktoren in der entsprechenden Weise zu berücksichtigen.

Wir haben in unserer Organisation durch unseren Erweiterten Vorstand ein Fünf-Punkte-Programm zur Besserung der Verhältnisse ausgearbeitet und ich übergebe es hiermit auch der Öffentlichkeit. Unser Erweiterter Vorstand hat folgenden Beschluß gefaßt:

1. Durchführung eines Mindestversorgungsprogramms, das der Landwirtschaft die materielle Voraussetzung zur notwendigen Produktionssteigerung gibt. Versorgung mit Kunstdünger, Saatgut, Berufskleidung, Schuhwerk, landwirtschaftlichen Geräten und Maschinen.

Das sind also die Mindestforderungen, die man stellen muß; denn wir brauchen diese Bedarfsartikel, und hier wäre ein Gesetz, wie ich vorhin schon ausgeführt habe, unbedingt notwendig.

2. Auf die wirtschaftliche Aufrechterhaltung unserer landwirtschaftlichen Betriebe als Grundlage unserer Volksernährung ist die Gestaltung der Markt- und Preispolitik auszurichten. Der Bayerische Bauernverband behält sich vor, entsprechende sachlich und wissenschaftlich fundierte Vorschläge bereits in den nächsten Tagen zu unterbreiten.

Ich komme hier zu einem Kapitel, das auch wichtig ist. Ich weiß, wir haben einen eisernen Lohn- und Preisstop, sonst wäre uns die Mark schon längst davongelaufen. Aber so, wie jetzt die Verhältnisse in der Landwirtschaft liegen, geht es auf die Dauer nicht mehr weiter. Ich habe festgestellt, daß ein Bauer, der 900 Zentner Weizen erntet, verkauft und abliefern, 500 Zentner hernehmen muß, um Bindegarn zu kaufen. So können die Dinge nicht gehen. Das ist eine Unmöglichkeit. Hier muß der Preiskommissar ganz energisch einschreiten.

(Zuruf des Präsidenten.)

Bindegarn! Es stimmt schon, Herr Kollege Dr. Horlacher. Ich habe hier der hohen Staatsregierung eine Zusammenstellung von einigen Bedarfsartikeln und über sonstige Verhältnisse der Landwirtschaft gemacht. Für den Ankauf notwendiger Betriebsmittel z. B. wurden als Gegenwert folgende Milchmengen benötigt: Im Jahre 1913 brauchte der Bauer 860 Liter Milch für den Jahreslohn einer Magd; im Jahre 1924 brauchte er 647 Liter, Jahre 1928 1435 Liter, und heute braucht er 2251 Liter Milch.

(Hört! bei der CSU.)

Für einen Eimer hat er im Jahre 1913 5 Liter Milch gebraucht, im Jahre 1928 6 Liter, im Jahre 1932 5 Liter und heute braucht er 22 Liter. Für eine Milchkanne, 20 Liter fassend, waren im Jahre 1913 70 Liter benötigt, im Jahre 1928 67 Liter, im Jahre 1932 66 Liter, und jetzt 103 Liter.

Für 1000 Dachziegel hat der Bauer in Friedenszeiten, nämlich im Jahre 1913, 484 Liter gebraucht, im

(Dr. Schlögl [CSU])

Jahre 1924 361 Liter, im Jahre 1928 592 Liter, im Jahre 1932 616 Liter und jetzt braucht er 980 Liter. Das sind keine Verhältnisse mehr. Für eine Arbeitschse brauchte er im Jahre 1913 13 Liter, im Jahre 1928 20 Liter, im Jahre 1932 18 Liter und heute 77 Liter.

(Hört! bei der CSU.)

Wenn man nach der Weizenmenge rechnet, dann sind die Verhältnisse genau so katastrophal. Wir haben im Jahre 1913 für den Jahreslohn eines Knechtes 9,79 Doppelzentner Weizen gebraucht, heute brauchen wir 25,05 Doppelzentner. Und so geht es weiter. Ich gebe der hohen Staatsregierung diese Aufstellung. Auf die Dauer lassen sich diese Zustände nicht mehr länger ertragen. Denn was ist der Erfolg? Der Bauer wird durch diese Preispolitik, die der Preiskommissar überall regelt, aber nur nicht in der Landwirtschaft, automatisch in die Illegalität gezwungen. Das ist doch wohl selbstverständlich: Bevor einer zugrundegeht, muß er zu diesen Mitteln greifen.

(Wimmer: Wer frägt die Ware? Die Arbeiterin in der Fabrik nicht!)

Das weiß ich schon! Es geht in andere Kanäle. Das hängt mit unserer ganzen Gesetzesmaschinerie zusammen.

Wir sollten doch einmal erkennen, meine Damen und Herren, daß die Landwirtschaft die Grundlage jeder Wirtschaft ist. Das werden auch einmal nach der Währungsreform unsere kleinen Geschäftsleute in den Märkten und Städten erkennen. Wenn der Bauer nicht mehr einkaufen kann, gehen sie samt und sonders kaputt, obwohl sie heute nur so ungern Ware an den Bauern abgeben.

So ist es in Wirklichkeit. Es ist eine falsche Wirtschaftspolitik, die Dinge anders aufzubauen. Die Nazi haben auch von oben nach unten aufgebaut, und den gleichen Fehler machen wir heute wieder. Damals wurde auch einseitig die Industrie begünstigt und der Bauer kam langsam in die volle Abhängigkeit der Wirtschaft und heute haben wir doch ein Wirtschaftssystem, das einen glatten Irrsinn und Unsinn darstellt, weil der Kreislauf nicht mehr da ist. Auf der einen Seite eine Zwangswirtschaft, sondergleichen und auf der anderen Seite eine halb, wenn nicht ganz freie Wirtschaft! In der englischen Zone kümmert sich überhaupt niemand, wie ich in Frankfurt feststellen konnte, um Wirtschaftsbestimmungen. Bei uns hin und wieder. Wir haben allen diesen Betrieben bei uns Kompensationen eingeräumt. Ja, warum räumt man denn dann den Bauern keine Kompensationen ein?

(Sehr gut!)

Warum hält man sich da nicht an ein System, das auch den Bauern gerecht wird? Warten Sie ab! Die Stimmung der Bauern wird durch diese Ungerechtigkeiten so radikal werden, daß keine Regierung diese Bauern mehr zusammenhalten kann.

(Zuruf: Oho!)

— So wird es werden, Herr Kollege, Sie können sagen, was immer. Wenn ich heute in eine Versammlung hinausgehe und spreche, so weiß ich heute schon, welche Zwischenrufe ich bekommen werde. Ich glaube, daß wir Bauernvertreter, wenn das Speisefammergesetz durchgeführt wird, die Bauern nur schwer werden im Zaum halten können. Man kann nämlich durch ein Gesetz sehr viel Unsinn stiften, an den der Gesetzgeber gar nicht ge-

dacht hat. Wir wollen uns ja förmlich an lauter Zahlen berauschen!

(Staatssekretär Dr. Lacherbauer: Das hat man in Frankfurt gemacht!)

— Ja, wenn es auch in Frankfurt gemacht worden ist, so haben doch unsere Vertreter zugestimmt.

(Zurufe.)

Sie haben nicht getan, was wir gewollt haben — und zwar die Bauernverbände von ganz Deutschland und die Gewerkschaften von ganz Deutschland —, daß man eine Verkopplung mit anderen Gesetzen vornimmt.

(Dr. Zwicknagl: Schlögl, Du weißt aber auch, wie das Gesetz zustande gekommen ist.)

— Herr Kollege Zwicknagl, ich weiß das wohl. Aber, meine Damen und Herren, versuchen Sie nicht, all das, was geschieht, unbedingt immer auf die Militärregierung abzuschieben.

(Sehr gut!)

Wenn ich mit Herrn General Clay hätte sprechen können, dann wären vielleicht manche Dinge nicht in der Form gekommen. Denn was wollen wir denn mit den 24 Millionen Fragebogen? Wer sortiert sie denn? Und was kommt denn dabei heraus? Nichts kommt heraus, sage ich Ihnen, es kommt höchstens das eine heraus, daß die Zeitungen eine Zeitlang große Skandalgeschichten berichten können, und an Skandalgeschichten haben wir, praktisch genommen, wenig Interesse. Denn damit wird der Normalverbraucher nicht mehr bekommen.

Ich will zum Schluß kommen. Ich habe dem Herrn Ministerpräsidenten versprochen, recht ruhig und sachlich zu sprechen, was ich sicherlich getan habe.

(Heiterkeit und Zurufe.)

— Er ist ja jetzt nur vertretungsweise Landwirtschaftsminister.

Präsident: Herr Abgeordneter Dr. Schlögl, ich glaube, das Haus hat sich genügend davon überzeugt.

(Heiterkeit.)

Dr. Schlögl (CSU): Ja, ich war sachlich und ruhig, da gibt es keinen Zweifel, aber ich muß doch die Dinge beim Namen nennen, da hilft nichts, ich mußte einmal ernsthaft die Verhältnisse darlegen, weil ich nicht haben will, daß heute der Bauer der Kuli für alle möglichen Leute ist.

Schließlich noch eine große Bitte. Etwas Positives und Erfreuliches hat der Wirtschaftsrat in Frankfurt beschlossen, nämlich das Befreiungsgesetz für die Landwirtschaft, und zwar dadurch, daß der Reichsnährstand jetzt aufgelöst wird.

(Zurufe: Sehr gut!)

Ich begrüße dieses Gesetz von Herzen. Um so mehr habe ich es bedauert — ich weiß, wie stark das in Frankfurt kritisiert wurde —, daß ausgerechnet in dieser ministerlosen Zeit man von seiten des bayerischen Landwirtschaftsministeriums in einem Telegramm, das ich in Händen habe, versucht hat, die Ernährungsämter und die Wirtschaftsverbände wieder zu halten.

(Hört, hört!)

Ich bitte dringendst, daß solche Zustände abgestellt werden. Ich will Ihnen das Telegramm nicht vorlesen. Sie würden staunen, was da alles drin steht.

(Lebhafte Zurufe: Vorlesen!)

(Dr. Schlögl [CSU])

Man hätte zum mindesten erwarten müssen, daß mit dem Berufsstand Fühlung genommen worden wäre. Das nächste Mal nenne ich Namen, heute will ich es noch nicht tun. Wir sollten auch hier fortschrittliche Landwirtschaftspolitik treiben.

Eines möchte ich Ihnen nur noch sagen. Es hat mich sehr gefreut, daß Herr Dr. Schlangeschönigen davon abgerückt ist und daß er Worte zu diesem Gesetz gefunden hat, die so bedeutend sind, daß selten über die Landwirtschaft in dieser Form gesprochen wurde. Ich glaube, daß wir bezüglich der Organisationsverhältnisse langsam — die Wirtschaftsverbände verschwinden ja jetzt auf Grund des Gesetzes — auch dazu kommen müssen, daß, nachdem die Ernährungsfrage auch eine politische Frage geworden ist, nicht nur eine wirtschaftliche, die politischen Machtfaktoren mehr mitzusprechen haben. Ich kann mir vorstellen — und ich bitte den Herrn Landwirtschaftsminister, das zu prüfen —, daß man unter alten Umständen versucht, die sogenannten Ernährungsämter A in die Form der alten Kommunalverbände umzuwandeln, d. h. daß der Kommunalverband der Autorität der vom Volk gewählten Vertreter, nämlich der Kreistage, und dem Landrat, unterstellt wird. Dann ist eine Kontrolle der politischen Parteien gegeben. Wir müssen ja zur Demokratie kommen. Solche Umorganisationsmöglichkeiten könnte ich Ihnen noch mehr nennen.

Und jetzt eine einzige große Bitte an alle Damen und Herren in diesem hohen Hause! Sie werden die Bauern manchmal verurteilen, soweit sie gegen das Gesetz verstoßen und sich bereichern. Da wollen auch wir sie nicht decken. Wir decken aber die Hunderttausende von guten Bauern; denn sie haben ein Anrecht darauf, daß sie geschützt werden. Ich bekomme heute bereits wieder Telegramme, da teilt man mir mit, daß kaum mehr die Hälfte der Dienstboten bleibt, obwohl eigentlich dort, was man ja heute immer als Vorzug bezeichnet, die Leute satt werden. Und trotzdem gehen die Dienstboten weg. Warum? Weil eben die Bauernarbeit schwer ist. Ich bitte, darauf Rücksicht zu nehmen, daß der Bauernstand in einer Zeit arbeitet, wo ihm alle Möglichkeiten fast genommen sind. Ich bitte Sie, zu bedenken: Er ist ein wichtiger Faktor unserer Wirtschaft, der wichtigste Faktor unserer Ernährungswirtschaft. Seien wir doch alle miteinander guten Willens und üben wir Gerechtigkeit. Es soll nicht mehr vorkommen, daß man in der einseitigsten Weise über den Bauernstand herfällt.

Ich hätte die dringende Bitte an die Presse: Auch die Presse möge nicht immer, wenn irgendwo einmal eine Bauern-Hochzeit ist, nur die „aufreizenden“ Sachen veröffentlichen. Heiraten tut man bekanntlich nur einmal.

(Heiterkeit.)

Ich verurteile das selber. Wenn Sie schon so etwas öffentlich erzählen, dann gedenken Sie, bitte, aber auch immer all der braven Bauern, die hundertprozentig und darüber ihre Pflicht tun. Wir werden jetzt eine große Aufklärungswelle von unserer Pressestelle ausgehen lassen; ich darf die Tagespresse bitten, auch das aufzunehmen, wenn es sich hierbei auch „nur“ um Bauern handelt.

Auch die Tagespresse ist später auf die Bauern angewiesen. Wir haben leider keine Tageszeitungen für den Bauernstand; wir müssen unsere Meldungen in den

Großstadtzeitungen bringen. Ich darf dringendst bitten, daß auch die Presse mithilft im Interesse der Aufklärung und im Interesse der Gerechtigkeit, insbesondere damit die Demokratie uns erhalten bleibt.

Wie oft habe ich in diesem Haus schon unter diesem Gedanken gesprochen; ich möchte auch heute damit schließen. Im Interesse der Demokratie wollen wir gegen alle Berufsstände gerecht sein!

(Bravorufe und Beifall.)

Präsident: Weiter hat sich zum Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Lorenz Hagen; ich erteile ihm das Wort.

Hagen Lorenz (SPD): Meine Damen und Herren! Der Herr Ministerpräsident hat am Vormittag seine Ausführungen mit dem Satz eingeleitet, daß heute Berufene und Unberufene über die Ernährungslage etwas sagen und schreiben. Wir nehmen für uns in Anspruch, daß wir zu den Berufenen gehören, und zwar deshalb, weil wir als die Vertreter der breiten Massen der Schaffenden zu gelten haben, weil wir aber auch als ein gewichtiger Faktor das größte Interesse daran haben, daß die Wirtschaft endlich wieder aufgebaut wird und sich stabilisiert. Dieser Aufbau der Wirtschaft ist unserer Meinung nach in einem Maße davon abhängig, wie der Ernährungszustand derjenigen ist, die die Werte zu schaffen haben. Und wenn wir uns heute über die Ernährungsfragen unterhalten, so müssen wir feststellen, daß der Ernährungsstand der Schaffenden auf einem Tiefstand angelangt ist, der nicht mehr unterschritten werden darf, wenn nicht die gesamte Wirtschaft zusammenbrechen soll.

Nun hat der Herr Ministerpräsident heute auch wieder die Ansicht durchblicken lassen, als wollten gerade wir der bayerischen Staatsregierung die alleinige Schuld an dem heutigen Zustand beimessen. Der Herr Kollege Dr. Schlögl hat vorhin gesagt, daß alle anderen Stände den Bauern als den allein Schuldigen darstellen. Beides trifft für uns absolut nicht zu. Wir machen auch nicht die Staatsregierung allein für den heutigen Zustand verantwortlich. Die verschiedensten Faktoren haben zusammengewirkt, daß wir in diesen Zustand hineingefallert sind.

Einmal der Wegfall der großen Ernährungsgebiete in Ostpreußen usw. mit dem Zusammenbruch des Naziregimes; zweitens die Zusammenballung großer Menschenmassen in dem verkleinerten Wirtschaftsgebiet. Wir dürfen ja nur einen Vergleich anstellen: Bei uns in den Westzonen leben 42 Millionen gegenüber nur 25 Millionen in der Ostzone. Das ist also auch ein Faktor, der mit zur Verschlechterung der Lebenslage beigetragen hat.

Weiterhin auch noch das geringe Erntertragnis, nicht nur wegen der Dürre, die im vorigen Jahr vorhanden war, sondern nach unserer Auffassung auch deshalb, weil durch die nationalsozialistische Zeit der Boden vollkommen ausgelaugt worden ist und ihm nicht genügend Düngemittel zugeführt worden sind. Deshalb ist heute das Ernteergebnis nicht so, wie es in normalen Zeiten ist und wie es heute sein müßte.

Es kommt noch ein weiteres Moment hinzu, wenn ich es nur in ganz groben Zügen umschreiben darf; das Fehlen jeglicher Einfuhr von außen her. Es ist uns allen bekannt, daß wir schon vor dem Krieg in normalen Zeiten nicht in der Lage waren, uns selbst zu ernähren; und

(Hagen Lorenz [SPD])

das sind wir heute erst recht nicht. Gerade deshalb sagen wir: Es kann nicht irgend jemandem, einem Stand oder einer Landesregierung, auch nicht dem bizonalen Wirtschaftsausschuss und auch nicht der Befehlsmacht allein die Schuld zugeschoben werden. Alle diese Faktoren wirken zusammen, den heutigen Zustand zu erzeugen.

Nun erkennen wir zwar an, daß gerade unsere Befehlsmacht — ich unterstreiche das ausdrücklich — auf dem Gebiet der Ernährung sehr viel getan hat. Wenn ich nicht irre, sind es 350 Millionen Dollar, die das amerikanische Volk und die amerikanische Regierung für die Ernährung der amerikanisch besetzten Gebiete aufgebracht haben. Trotzdem stehen wir aber auch gegenüber der amerikanischen Militärregierung auf dem Standpunkt — ich habe das schon früher zum Ausdruck gebracht —: Sieg verpflichtet. Nicht nur nach den völkerrechtlichen Bestimmungen hat der Sieger den Besiegten zu helfen, sondern auch aus moralischen Gründen heraus glauben wir, ein Recht darauf zu haben, daß wir der amerikanischen Militärregierung sagen: Wenn Ihr nicht haben wollt, daß das Chaos kommt und sich in einem ungeheueren Maße auswirkt, dann sorgt dafür, daß zumindest in der von Euch besetzten und auch in der anderen uns angeschlossenen Zone die größte Not verhindert wird.

Man hat viel davon gesprochen, daß die notwendigen Gesetze ja alle vorhanden sind. Ich habe bei den Verhandlungen mit der Staatsregierung immer wieder hören müssen: Die Gesetze sind vorhanden. Jawohl. Wir sind sogar der Auffassung, sie sind in ausreichendem Maß vorhanden. Ich bin sogar der Auffassung, daß, wenn deutsche Gesetze nicht in ausreichendem Maß vorhanden wären, allein schon das Kontrollratsgesetz Nr. 50 ausreichend sein würde, um die Wirtschaftsverbrecher auf industriellem und landwirtschaftlichem Gebiet so zu fassen, wie es unbedingt notwendig ist, wenn wir einen Zusammenbruch verhindern wollen.

(Sehr richtig!)

Ich gehe auch so weit, zu sagen: Der Schwarzhandel, der betrieben wird, — ich komme dann in einzelnen Beispielen noch darauf zu sprechen —, nützt dem eigenen Land gar nichts, und zwar deshalb, weil der Schwarzhandel oder auch — sagen wir einmal — die Hamsterei, die sich im eigenen Lande auswirkt, nicht so ausschlaggebend ist und nicht den Umfang wie in anderen Ländern angenommen hat. Ich habe erst heute wieder einen Brief erhalten in dem die Klage von Postbeamten eines Postamts darüber zum Ausdruck kommt, daß sie in der Woche 80 bis 100 Päckchen mit Butter à 1 bis 2 Kilo zu transportieren haben und daß ihnen Gift und Galle aufsteigt, weil sie selbst auf Grund des bestehenden Postgeheimnisses nicht dagegen ankämpfen können.

(Dr. Hoegner: Das geht alles nach Norddeutschland!)

— Jawohl; die Empfänger dieser Pakete sind alle in Köln, Eibfeld, Düsseldorf usw. Alles geht dort hinauf.

Nun möchte ich der bayerischen Regierung sagen, daß meiner Auffassung nach eine, wenn auch eingeschränkte Aufhebung des Postgeheimnisses notwendig ist, wenn der Schwarzhandel, der auf diesem Gebiet stattfindet, bekämpft werden soll.

(Sehr richtig!)

Hat die Polizei, wenn irgendeinem Postbeamten etwas

verdächtig vorkommt und Meldung an sie ergeht, nicht die Möglichkeit, von sich aus dort nachzusehen, ob es sich unter Umständen hierbei nicht um verfallene Waren handelt, die der Bewirtschaftung unterliegen? Ich glaube, ja! Und wenn das nicht ausreichend ist, dann ist die Staatsregierung verpflichtet, ihrerseits etwas zu tun und einzugreifen.

Man soll uns nicht damit kommen, daß man sagt: Ja, dafür ist die bayerische Staatsregierung nicht zuständig, weil die Postverwaltung wie die Eisenbahnverwaltung, übergebietslich, d. h. für die beiden Zonen zusammengefaßt ist und sich meines Wissens in Bielefeld befindet. Wir stehen aber, wenn wir auch eine Alleinschuld der bayerischen Staatsregierung ablehnen, auf dem Standpunkt, daß sie trotzdem verpflichtet ist, im Rahmen ihres Zuständigkeitsbereichs all das zu tun, was notwendig ist, um den Zusammenbruch zu verhindern.

Ich finde es ganz verkehrt, wenn man dabei immer mit der Ausrede kommt: Bayern steht an erster oder Bayern steht an vierter Stelle auf diesem und jenem Gebiet. Das entbindet uns nicht davon,

(sehr richtig!)

daß wir, wenn andere Länder ihrer Pflicht nicht nachkommen, selbst mit dem guten Beispiel vorangehen; denn wir können dann mit viel mehr Recht den anderen sagen: Kommt erst einmal auf den Stand, auf dem wir jetzt stehen; dann habt ihr das Recht, uns zu kritisieren!

(Zuruf von der SPD: Siehe Eier!)

Ich habe in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Bayerischen Gewerkschaftsbundes erst vorige Woche in der bizonalen Gewerkschaftssitzung mit aller Deutlichkeit von unseren Kollegen in den anderen Ländern der Zone und der Bizone verlangt, daß sie ihren Regierungen gegenüber dasselbe tun wie wir, damit der Schwarzhandel auch von ihnen mit bekämpft und unterbunden wird. Ich habe dafür Beispiele angeführt, in denen wir Bayern ungerecht behandelt werden. Ich glaube, daß das von Erfolg sein wird.

Kollege Dr. Schlögl hat bereits ziemlich alles das erläutert, was wir, Bauernverband und Gewerkschaftsbund, in gemeinsamer Besprechung der bayerischen Staatsregierung vorlegen wollen. Ich möchte nicht mehr auf alle Einzelheiten eingehen; aber einiges darf ich bei der Gelegenheit doch noch hervorheben.

Das sind zunächst die Schweineschlachtungen. Kollege Dr. Schlögl hat ausdrücklich darauf hingewiesen, daß das Fleisch der Exportwurstfabrikation zugeführt wird. Kann die bayerische Regierung das auf die Dauer zulassen? Wäre es, nachdem diese Lesart von dem Schweinemord von 1 440 000 Stück die breite Öffentlichkeit bei uns im Lande so erregt hat und man weiß, daß zum Teil noch eingebüschtes Schweinefleisch vorhanden ist, nicht schon aus psychologischen Gründen gegenüber der Bevölkerung notwendig gewesen, daß man einmal an die Verbraucher nur eine einzige Ration Schweinefleisch ausgegeben hätte? Das hätte sich bei guter Überlegung durch das Ernährungsministerium meiner Auffassung nach ermöglichen lassen müssen.

Ich darf noch auf eine andere Sache hinweisen. Es ist, wie mir dieser Tage bekannt wurde, auch notwendig, daß sich die Polizeipräsidenten der einzelnen Städte auch einmal an der Peripherie ihres Zuständigkeitsbereichs etwas umsehen. Mir wurde gesagt, daß auf einem ganz kleinen Anwesen, das noch im Stadtbereich von Mün-

(Hagen Lorenz [SPD])

chen liegt, sieben Kühe stehen, die bei der Viehzählung nicht erfasst sind, sondern dort schwarz gehalten werden und Milch und Butter liefern. Der Besitzer hat erklärt: Ich bekomme davon pro Woche regelmäßig 6 Pfund Butter; ein Pfund behalte ich selbst, und die anderen 5 Pfund verkaufe ich. Davon kann ich leben.

(Donsberger: Wie heißt der Mann? — Staatssekretär Sühler: Wo ist das?)

— Das ist hier in München. Ich werde darauf an anderer Stelle zu sprechen kommen; ich bin vor diesem Forum nicht in der Lage, den Namen zu nennen. Ich führe das nur als Beispiel an, weil ich der festen Überzeugung bin, daß das nicht ein Einzelfall, sondern eine häufige Erscheinung ist, genau so wie das, was Kollege Dr. Schlögl angeführt hat, nämlich daß die Händler sich die Tiere poundso lange im Stall halten und den Nutzen davon haben. Die Tiere können alle Tage gemolken werden, in der Zwischenzeit kommt sogar vielleicht noch ein Kalb, das man auch noch entsprechend verwertet. Dazu kommt, daß man eine solche Kuh unter Umständen nach einer gewissen Zeit an den Bauern wieder als Nutztier zurückliefern kann, was, wie Kollege Dr. Schlögl angeführt hat, durchaus möglich ist. Da ist eine Austämmung des Viehhändlerstandes und die Aufhebung der Viehhändlerställe dringend notwendig, wie wir es in gemeinsamer Zusammenarbeit zwischen Bauernverband und meiner Organisation gefordert haben.

Ich möchte noch auf etwas anderes hinweisen. Mir wurde soeben aus dem Zuhörerkreise ein Ausschnitt aus dem heutigen „Münchner Merkur“ vorgelesen; in ihm heißt es:

So wünschen wir uns die Polizei.

Im Monat Dezember 1947 beschlagnahmte die Landpolizei in Bayern 25 467 Kilogramm schwarzgeschlachtetes Fleisch, 1261 Kilogramm Fett, das verschoben werden sollte, 48 476 Kilogramm Mehl und 3961 Liter Spirituosen, deren Bestimmungsort der Schwarze Markt war. In den beiden ersten Januarwochen stellte sie fünf schwarzgeschlachtete Ochsen mit einem Gesamtgewicht von 75 Zentnern sicher, dazu ein drei Zentner schweres Schwein und mehrere Zentner Schweinefleisch.

Das ist, um nur die Summe des beschlagnahmten Fleisches heranzuziehen, die Monatsration für etwa 74 000 Normalverbraucher. Wenn so etwas möglich ist, meine verehrten Damen und Herren, dann fragen wir: Ist wirklich alles geschehen, was die Staatsregierung tun konnte, und ist ihre Behauptung richtig, daß alles erfasst ist?

Wenn in einem Staat derartige Mengen durch die Polizei beschlagnahmt werden können, dann ist wohl mit Recht anzunehmen, daß die Summe der Güter, die schwarz gehandelt werden, noch weit größer ist; denn man kann ja auch von der Polizei nicht verlangen, daß sie das letzte Gramm Butter, Fett oder Fleisch hereinbringt.

(Staatssekretär Sühler: Wer soll es denn machen?)

— Jawohl, Herr Staatssekretär, sie sollten es machen. Aber die Polizei kann es nicht machen, weil sie — das gebe ich ganz gerne zu — meiner Auffassung nach dazu zu schwach und nicht ausreichend genug ist.

Darf ich auf etwas anderes hinweisen! Wir vom Gewerkschaftsbund haben verlangt, daß man auch den

Luguslokale und den Schlemmergaststätten zu Leibe geht. In der Zwischenzeit hat man, wieder etwas aufgerüttelt durch unsere Forderung, wenigstens ein Lokal in München ausgehoben; und in diesem einen Lokal wurden 5000 Dosen Fleisch festgestellt.

(Hört!)

Nun haben wir aber doch in München nicht nur ein Schlemmerlokal, sondern mehrere. Da muß meiner Auffassung nach, wenn es die gewerbepolizeilichen Bestimmungen, die gegenwärtig Geltung haben, nicht zulassen, die Staatsregierung eingreifen, oder die Gewerbepolizei oder die Polizeidirektion. Es muß in möglichster Kürze ein Spezialgesetz geschaffen werden, das ein Vorgehen gegen diese Schlemmergaststätten gestattet. Die breite Masse des Volkes hat wirklich kein Interesse an dem Bestehen derartiger Schlemmergaststätten; denn diese werden immer nur für einen bevorzugten Kreis von Menschen vorhanden sein.

Wir stehen also auf dem Standpunkt, daß die Regierung trotz allem noch manches zur besseren Erfassung und Verteilung tun könnte. Wir wissen, daß das nicht nur unserem Lande Bayern alles zugute kommen wird. Wir wenden uns auch dagegen, daß man, wie es in der neuen Direktive des bizonalen Wirtschaftsrats heißt, die an die Minister für Ernährung und Landwirtschaft gegangen ist, Bayern in der nächsten Versorgungsperiode nur noch 7500 Gramm Brot zuteilen will. Hier unterstützen wir die Regierung in ihrem Kampf, wenn sie versucht, das zu verhindern. Und warum? Wer wird der Leidtragende in erster Linie sein? Der Arbeiter, der kleine Angestellte, auch der kleine Beamte, sie werden die Leidtragenden sein, weil sie Tag und Nacht ihrer Pflicht nachgekommen sind und gearbeitet haben und daher nicht die Möglichkeit hatten, sich größere Quantitäten an Kartoffeln, als ihnen zustanden, zu sichern. Ihre Kartoffelrationen, die ihnen amtlich zugeteilt wurden, sind zu Ende, und nun soll auch noch eine Kürzung der Brotration folgen, die sich auch wieder nur zum Schaden dieser Leute auswirkt. Dagegen sind wir.

Wenn wir in Bayern unserer Ablieferungspflicht auf einzelnen Gebieten vielleicht nicht voll nachkommen konnten, so weiß ich doch, daß wir auf anderen Gebieten das Lieferoll überschritten haben. Da müssen wir schon vom bizonalen Wirtschaftsrat verlangen, daß er unter allen Umständen für eine gegenseitige Verrechnung sorgt und uns nicht deshalb, weil wir vielleicht wirklich nicht in der Lage waren, unserer Kartoffelablieferungspflicht nachzukommen, während wir an Fleisch poundso viel mehr geliefert haben, die Brotration kürzt, was sich zum Schaden der schaffenden Menschen auswirkt.

Ich habe mich darüber gefreut, daß Herr Kollege Dr. Schlögl es mir erspart hat, viele Worte darüber zu machen, daß auf dem industriellen und gewerblichen Gebiet bei der Erfassung nicht alles getan worden ist, aber getan werden müßte. Er hat das so eindeutig, allerdings nur für den Sektor Landwirtschaft nachgewiesen, daß ich nahezu kein Wort mehr darüber zu verlieren brauche. Genau so liegen die Verhältnisse auch bei der Bekleidung und vielleicht auch noch auf vielen anderen Gebieten des täglichen Gebrauchs. Wir sehen also, daß auch Punkt 2 der seinerzeitigen Forderungen des Bayerischen Gewerkschaftsbundes seine hundertprozentige Berechtigung hat und die Versicherung des Herrn Wirtschaftsministers doch nicht ganz den Tatsachen entspricht, von seiner Seite aus sei schon alles geschehen, was geschehen kann. Umso

(Hagen Lorenz [SPD])

eigentümlicher aber hat es mich berührt, als ich im „Südostkurier“ den Bericht über die Tagung der CSU in Marktredwitz las, wonach der Herr Wirtschaftsminister dort ausführte: „Rein Gewerkschaftsfunktionär wäre heute noch am Leben, wenn er sich seit 1945 nur mit der Normalverbraucherration ernährt hätte“, was nach dem Bericht mit stürmischem, demonstrativem Beifall aufgenommen wurde.

(Hört! hört!)

Was will der Herr Wirtschaftsminister damit andeuten? Will er damit andeuten, daß die Gewerkschaftsangeestellten vom Schwarzen Markt leben? Dagegen verwahren wir uns auf das entschiedenste. Ich lade den Herrn Wirtschaftsminister ein, zu uns ins Gewerkschaftshaus zu kommen und dort auf meine Kosten — ich bin sogar bereit, auch die Marken hierfür zu geben — einmal eine Woche das Essen einzunehmen, das die Gewerkschaftsangeestellten dort erhalten. Will man den politischen Kampf auf das Gleis schieben, daß man versucht durch persönliche Diffamierungen einen anderen herabzuwürdigen?

(Zuruf: Der spricht aus Erfahrung!)

Ich war immer bereit, die Sache von der Person zu trennen. Wenn es aber gewünscht wird, dann, meine Damen und Herren, können wir mit demselben Geschütz aufahren. Ich habe mir noch nie erlaubt, hier oder an anderer Stelle zu sagen: Bitte sehen Sie sich im Kreise Ihrer Funktionäre um und sehen Sie zu, ob die nicht durch ihre Proportionen weit mehr den Eindruck erwecken könnten, daß sie nicht nur von der Normalverbraucherration leben! Das ist mir noch nie eingefallen. Wenn man aber den Kampf auf dieses Gleis schieben will: ich bin bereit, ihn aufzunehmen. So kann es nicht weitergehen. Man stellt sich hierher und sagt, jeder persönliche Kampf müsse unterlassen werden, und wenn man dann an anderer Stelle steht, spricht man ganz anders. Ich hätte es vielleicht noch verstehen können, wenn ein einfacher Mann der CSU eine derartige Äußerung getan hätte. Darüber hätte ich mich hinweggesetzt. Aber daß ein Mann an verantwortlicher Stelle der Staatsregierung, selbst wenn er das dort nur getan hat in seiner Eigenschaft als Parteimann, derartige Worte gebraucht, das muß ich im Namen meiner Kollegen auf das entschiedenste zurückweisen. Wir leben genau so wie alle anderen Angestellten in der Privatindustrie,

(Zuruf: ohne Zulagekarten!)

für die wir seit Monaten uns vergeblich bemühen, auch nur von der Normalverbraucherkarte. Wenn wir ja einmal etwas zusätzlich bekommen, so ist das ein Care-Paket von unseren amerikanischen Gewerkschaftsfreunden, und wenn wir da zu verteilen anfangen, dann kommt auf den einzelnen bestimmt nicht viel.

(Zuruf von der SPD: Damit will man ja nur seine Unfähigkeit verdecken.)

Das nur nebenbei. Auf jeden Fall wenden wir uns dagegen, daß man mit derartigen Manövern irgendwie versucht, den anderen zu diskriminieren und ihn angesichts seiner berechtigten Forderungen, weil man sie nicht erfüllt hat oder — ich gehe noch weiter und werde auch einmal etwas schärfer — weil man sie vielleicht nicht erfüllen will, zu diffamieren. Dagegen wenden wir uns.

Wir hoffen also, daß die bayerische Staatsregierung alles, was in ihrem Zuständigkeitsbereich liegt, unternimmt.

(Dr. Dehler: Weshalb haben Sie eine Million streifen lassen, Herr Kollege Hagen? Dazu haben Sie nicht das geringste sagen können. Warum?

Wegen der Schlemmerlokale? Das ist ja fürchterlich!)

— Warum wir das getan haben, das müssen Sie unserer Beurteilung überlassen.

(Dr. Dehler: Nein, das überlassen wir Ihnen nicht!)

— Ich stelle Ihnen anheim, das zu tun, was Sie angedeutet haben, mir nicht nur Hochverrat vorzuwerfen, sondern mich wegen Hochverrats anzuzeigen. Tun Sie das! Ich weiß allerdings, daß das augenblicklich auf Grund der Bestimmungen der amerikanischen Militärregierung nicht möglich ist. Tun Sie Ihren Gefühlen keinen Zwang an! Überlassen Sie aber die Verantwortung voll und ganz mir und meinen Mitarbeitern! Wir sind bereit, die Verantwortung dafür zu tragen.

Wir sind bereit, die Regierung zu stützen, wo es irgendwie angebracht erscheint, wir sind auch willens, uns gegen die unberechtigten Dinge, die von der amerikanischen Militärregierung angefehrt werden, zu wenden. Wir sind auch bereit, den Kampf gegen die DP's mit aufzunehmen. Wir sind aber nicht bereit, die Rationen der schaffenden Menschen noch weiter schmälern zu lassen, weil dann vielleicht ohne unser Zutun und ohne daß es auch Sie, Herr Kollege Dr. Dehler, verhindern könnten, das Chaos kommt, das wir bisher zu verhindern suchten.

(Lebhafter Beifall bei der SPD.)

II. Vizepräsident: Das Wort zu einer Erklärung hat Herr Staatsminister Dr. Seidel.

Staatsminister Dr. Seidel: Meine Damen und Herren! Ich bedauere, daß Herr Präsident Hagen mich vor seiner Rede nicht gefragt hat. Ich hätte ihm dann den Wortlaut meiner Rede in Marktredwitz zur Verfügung gestellt, und er hätte sich sofort überzeugen können —

(Hagen Lorenz: Herr Staatsminister, ich habe das Stenogramm Ihrer Rede vor mir.)

— Dann muß ich Ihnen allerdings den Vorwurf machen, Herr Präsident Hagen, daß Sie das, was ich in Marktredwitz gesagt habe, zum mindesten mißdeutet haben.

Ich lese dem hohen Hause vor, was ich wörtlich in Marktredwitz erklärt habe:

Sie wissen auch, daß die Lüge der 1500 Kalorien auch den anständigsten Menschen bedrückt. Mit 1500 Kalorien kann man nicht leben und arbeiten, so sagen uns die Ernährungswissenschaftler der ganzen Welt. Es wäre auch kein Gewerkschaftsfunktionär mehr am Leben, wenn er sich seit 1945 nur mit der Normalverbraucherration zufrieden gegeben hätte; denn er müßte nach dem Urteil der Ernährungswissenschaftler entweder bereits gestorben sein oder sich gerade zum Sterben hinlegen.

Es ist ganz klar, daß ich mich hier gegen die Lüge der 1500 Kalorien gewendet habe, die auch den anständigsten Menschen bedrückt, auch den Gewerkschaftsfunktionär. Ich nehme es keinem Gewerkschaftsfunktionär übel, wenn er sich zusätzlich etwas besorgt. Herr Präsident Hagen, vielleicht können wir beide uns einmal privat über solche Besorgungen unterhalten.

(Hagen Lorenz: Ich bin bereit dazu.)

(Staatsminister Dr. Seidel)

Aber das Entscheidende ist doch hier, daß eine demonstratio ad hominem vorgenommen wurde, wie sie jedem politischen Redner erlaubt ist und jedem fairen Zuhörer auch als erlaubt erscheinen muß.

(Beifall bei der CSU.)

II. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete **Piechl**.

Piechl (CSU): Wir haben bisher in diesem Haus viel von den Ernährungsschwierigkeiten gehört, wir haben auch gehört, daß wir hinsichtlich der Ernährungswirtschaft vor dem Zusammenbruch stehen. Wir haben aber nicht gehört, daß wir auch hinsichtlich der Getränkeversorgung vor dem Zusammenbruch stehen. Das ist nämlich eine Tatsache. Die Öffentlichkeit glaubt immer, daß es mit der Getränkeversorgung so weiter gehen könnte. Das ist ausgeschlossen, weil ein Bierjudverbot ausgesprochen ist. Die Vorräte an Gerste und Malz gehen zur Neige. Wir hatten seinerzeit eine Zuteilung von 19 000 Tonnen gefordert. Das ist nicht genehmigt worden. Ich erinnere Sie daran, daß im Jahre 1936 für Bayern allein eine Gerstenmenge von 380 000 Tonnen erforderlich gewesen ist. Wegen der Stilllegung der Getränkeversorgung sind wir gegenüber den anderen Ländern im Nachteil. Wir haben in Bayern keine Surrogate, wir haben keinen Süßstoff, wir haben ganz wenig Most. Infolgedessen können wir sagen: Wir haben kein Ersatzgetränk. Die Schwarzsieder, die Hausbrauer, die auch schwarz sieden werden, werden am besten dadurch gefördert, daß man das Braujudverbot aufrechterhält. Durch die Stagnation bzw. durch dieses Bierjudverbot entgehen der Landwirtschaft ganz bedeutende Futterzusätze an Brauabfallprodukten. Wenn man z. B. sagt, durch den Kaffee könnte das alles ersetzt werden, dann möchte ich erwidern: Der Durchschnittsbayer ist kein Kaffeetrinker, und das Bier, das wir bis jetzt genossen haben, hat sich bestimmt nicht durch einen besonderen Gehalt ausgezeichnet. Ein Amerikaner hat gesagt: Bier egal Regen! Er hat das Bier für Regen angesehen. Und wenn Sie die alten bayerischen Biertrinker ansehen, die wollen von diesem Bier gar nicht reden; man hat das früher als einen mageren Schepps bezeichnet. Was wird durch dieses Bierjudverbot erzeugt? Durch dieses Bierjudverbot wird ein erhöhter Milchverbrauch in der Landwirtschaft eintreten. Dadurch wird sich die Fettlage noch ungünstiger gestalten. Die Fettknappheit spielt eine erheblich größere Rolle als die Getreideknappheit.

Wenn sich die Militärregierung den Weg zum Herzen der bayerischen Bevölkerung erschließen will, dann möge sie das Bierjudverbot aufheben. In den Lokalen wird zur Zeit viel Kaffee getrunken. Das Gerstenkontingent für den Kaffee-Ersatz ist ohne besondere Genehmigung erhöht worden. Das ist nicht bloß von großem Nachteil für die hiertrinkende Bevölkerung, sondern auch für den Staat selbst; denn eine Kaffeesteuer gibt es nicht, aber durch die Biersteuer sind ganz große Einnahmen für den Staat erschlossen worden. Durch den Wegfall der gerade für die Fetterzeugung wichtigen Abfallprodukte ist in der Zeit, in der die Landwirtschaft fast keine zusätzlichen Futtermengen hat, noch ein besonders unangenehmer Zustand eingetreten. Weiters möchte ich sagen, daß der Kaffee einen bedeutend geringeren Kaloriengehalt hat als dieses Bier zu 1,7 Prozent.

Jedenfalls bitte ich die bayerische Staatsregierung, sie möge im Interesse des bayerischen Volkes, insbesondere der arbeitenden Bevölkerung alles tun, um eine Aufhebung des Bierjudverbots zu erreichen und auf der anderen Seite eine Zuweisung von Gerste durchzusetzen.

Bei Prüfung der Verantwortung für die große Ernährungsnot möge sich eine gewisse Seite nicht ganz unschuldig hinstellen und sagen, sie sei für die Auswirkungen der Grenzziehung im Osten und der Trockenheit in dem letzten Jahr, überhaupt für die große Ernährungsnot, nicht mitverantwortlich. Ich glaube, die bayerische Regierung hat alles getan, um, soweit es es möglich war, einigermaßen erträgliche Zustände herbeizuführen. Die Zusammenlegung der zwei Zonen hat sich nicht zum Vorteil für Bayern ausgewirkt, sondern wir haben sehr große Nachteile zu registrieren. Wir Hopfenbauern z. B. empfinden es als einen großen Mißstand, daß man uns hinsichtlich der Zuweisung von Draht für unsere Hopfengärten so wenig Entgegenkommen gezeigt hat. Ich möchte bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß der Hopfen mehr als 6 Millionen Dollar Exporterlös gebracht hat und daß dieser Erlös zum Teil auch zur Bezahlung der Care-Pakete verwendet wurde, die den Bergleuten im Ruhrgebiet zugewiesen wurden. Infolgedessen liegt es sicher auch im Interesse der britischen Zone, daß wir Hopfenbauern das zugewiesen erhalten, was wir zur Aufrechterhaltung unserer Hopfenproduktion unbedingt brauchen. Ich weiß, daß das bayerische Landwirtschaftsministerium, was die Förderung des Hopfenbaus anbetrifft, in der Vergangenheit viel geleistet hat. Das soll hier dankend anerkannt werden. Allgemein will ich sagen: Die Landwirtschaft verschafft sich durch restlose Ablieferung — ich gebe zu, daß es Bauern gibt, die der Ablieferungspflicht nicht den Geist der Verantwortung entgegenbringen wie die Mehrzahl — moralische Reserven, die wir, wenn einmal eine Lebensmittelüberschwemmung kommt, sehr notwendig brauchen können. Dann werden wir der städtischen Bevölkerung sagen können: Wir haben damals unsere Pflicht getan, infolgedessen bitten wir, daß auch Ihr jetzt eure Pflicht tut.

Es ist nicht angenehm, wenn man bei jeder Gelegenheit dem Bauern das Essen vorwirft. Man muß ihm zugute rechnen, daß er bei der Arbeit noch nie erlahmt ist. Wenn man immer erklärt, der Bauer solle einem praktischen Christentum durch Gefreudigkeit Geltung verschaffen, so möchte ich auf der anderen Seite bitten, diese Gefreudigkeit möge dadurch belohnt werden, daß von Zeit zu Zeit Leute auf das Land hinauskommen und nicht bloß die Gefreudigkeit des Bauern in Anspruch nehmen, sondern auch dem Ruf des Bauern folgen, ihm bei der Arbeit zu helfen. Der Bauer will nicht bloß immer am Sonntag und bei der Hochzeitsfeier betrachtet, er will auch bei der Arbeit unter der Woche gebührend gesehen werden.

(Sehr gut!)

Es ist auch viel von den Kompensationen gesprochen worden. Jawohl, es gibt einmal eine Situation, wo man, ohne zu kompensieren, gar nicht durchkommen kann. Solche Fälle kommen sehr oft vor. Ich habe kürzlich einen Fall erlebt: In einer Ziegelei hat ein Arbeiter 700 Ziegel erhalten, und ein kleiner Bauer hätte diese 700 Dachziegel gebraucht. Der Arbeiter hat einen Zentner Weizenmehl und 7 Pfund Fett gefordert. Sie haben das also im kleinen versucht, was die Industrie im großen so oft macht.

(Piehl [CSU])

Weil vorhin der Zwischenruf „Landräte“ gefallen ist, und zwar im Zusammenhang mit schwierigen Verhältnissen, die da und dort aufgetreten sind, habe ich zu sagen: Ich bin auch Landrat, aber ich zähle mich nicht zu diesen Leuten. Im Jahre 1945 hat man jeden zum Landrat gemacht, der „how do you do?“ gesagt hat, weil man gedacht hat, der spricht perfekt englisch. Eine Menge von Leuten ist hereingekommen, die überall hingehört hätten, bloß nicht auf die Posten eines Landrats. Uns anständigen Landräte dafür verantwortlich zu machen, halte ich für verfehlt und ich bitte die Presse: Wenn über ein räudiges Schäfchen geschrieben wird, schreibt es auch hinein, daß es neben diesen räudigen Schafen auch viele, viele gute und anständige Landräte gibt! Ich habe zu meinen Polizeibeamten gesagt: Haltet nicht die kleinen Hamsterer auf, die von München in Scharen in die Hallertau kommen, 15 Eier, einen Laib Brot und noch etwas bei sich haben! Wendet Euch an die großen Spitzhuben und bringt sie hinter Schloß und Riegel; das ist eine wahrhaft christliche Tat!

(Heiterkeit.)

In einer Zeit, in der das Kalb schon im Mutterleib registriert wird, in der über ein Kalb geschrieben wird, wie man früher über ein kleines Kind geschrieben hat, in einer Zeit, in der das letzte Körnlein auf die Goldwaage gelegt wird, in einer Zeit, in der man eine Schweinerrasse brauchen würde, die im Jahr zehn Würfe pro Mutter Schwein brächte, darf man da schon von einer Statistik sprechen und sagen: 1,4 Millionen Schweine sind schwarz geschlachtet worden? An einem ganz praktischen Beispiel darf ich das veranschaulichen. Wenn ein Bauer 30 Schweine hätte und 20 schwarz schlachten müßte, so gerät er zwanzigmal in eine große Gefahr. Er hat seine Dienstboten und hat Evakuierte und Flüchtlinge und alle blicken mit Argusaugen auf diese Schweine. Wer sich diesem Argument nicht verschließt, der wird zu einer Statistik von 1,4 Millionen Schweinen, die schwarz geschlachtet worden seien, bestimmt nicht kommen.

(Stoß: Die Ragen mitgezählt!)

— Es ist natürlich verfehlt, zu sagen, es werde nicht schwarz geschlachtet. Das fällt uns ja gar nicht ein. Einmal hat es geheißt: Die Niederbayern, die schlachten so gerne schwarz. Ich habe auch zu anderen Regierungsbezirken Beziehungen, in denen die Bauern auch schwarz geschlachtet haben, und wenn sie es mir nicht gesagt hätten, so hätte ich bloß die Gerichtssaalberichte studieren dürfen, dann wäre ich auch darauf gekommen.

Die Bauern haben auf die Rücklieferung von Butter verzichtet. Die Bauern bringen damit ein Opfer. Die Bauern haben auch in der Bergangenheit viele Opfer gebracht. Ich erinnere Sie nur an die sehr schwierige Situation, die in den Jahren 1928/29/30 eingetreten ist, die eine große Anzahl von Bauern um ihre Existenz gebracht hat. Ich bitte auch, zu berücksichtigen, daß wir vor schwierigen Zeiten stehen, daß auch in der Zukunft die Lage des Bauernstandes nicht gerade rosig sein wird. Wenn auch bei der Bauernschaft soundso viel Substanz vorhanden ist, fürchte ich, meine Damen und Herren, daß die Zeit kommen wird, in der auch diese Vermögenssubstanz angegriffen wird, und da werden wir froh sein, daß überhaupt eine Vermögenssubstanz da ist.

Wir verkennen nicht, daß die bayerische Staatsregierung ihre Pflicht getan hat, daß insbesondere das Landwirtschaftsministerium seine Pflicht erfüllt hat. Wenn ich auf andere Länder blicke, so muß ich sagen: Auch die anderen Länder der britischen und der amerikanischen Zone haben es bestimmt nicht besser gemacht als die bayerische Staatsregierung.

(Beifall bei der CSU.)

II. Vizepräsident: Zu einer sachlichen Erklärung erhält das Wort der Herr Abgeordnete Weinzierl Georg.

Weinzierl Georg (CSU): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich habe eine Erklärung zu einem Fall abzugeben, den propagandistisch auszuwerten eine Partei für geeignet hält! Die Eiergeschichte von Eichstätt. Der Ortsverband Eichstätt der SPD hat im „Donau-Kurier“ eine Veröffentlichung erscheinen lassen, die die Eierverteilung in Eichstätt aufzeigt. Es handelt sich um eine einseitige Darstellung, bei der die Bevölkerung den Eindruck gewann, daß Klöster und Anstalten bevorzugt mit Eiern bedacht wurden.

(Zuruf von der SPD: Ist das eine persönliche Erklärung?)

II. Vizepräsident: Eine sachliche.

(Stoß: Außerhalb der Rednerliste?)

Wir machen ja Schluß.

(Stoß: Das gibt es ja nicht!)

Weinzierl Georg (CSU): In den Tagen des Streits wurden in Nürnberg in einer Auflage von 4000 Stück, auch in München und anderwärts Plakate veröffentlicht, die das in einer aufdringlichen Form wiedergaben. Man hat es als eine Absicht aufgestellt, daß man damit die kirchlichen Behörden treffen wollte. Wie ist aber der wirkliche Tatbestand dieser Eiergeschichte?

Sie haben am 10. Januar in einer Zeitungsnotiz bereits lesen können, daß an Werk- und Gemeinschaftsfüchen Eier, pro Kopf 10 Stück, zur Verteilung kamen. Ich persönlich selbst bin mit dem Verteilungsschlüssel auch nicht einverstanden.

(Zuruf von der SPD: Warum haben die nichts bekommen, die nicht in Werkföchen essen?)

Ich stelle bloß fest, wie die Eier verteilt wurden. Aber diese Plakate besagten, daß nur die Anstalten und die kirchlichen Behörden dabei bedacht worden seien.

(Zuruf von der CSU: Bewußte Irreführung!)

— Es handelt sich um eine bewußte Irreführung. Es wurden verteilt: An die Krankenhäuser, also an unsere Kranken, 1 Million Eier, an unsere Werkföchen 3,2 Millionen,

(hört!)

also: an die werktätig Schaffenden, an unsere Arbeiterschaft. An Gemeinschaftsfüchen, Anstalten, die in Gemeinschaftsverpflegung stehen, vor allem an unsere studierende Jugend wurden 900 000 Eier verteilt. Bei einer Umrechnung der Eierverteilung treffen auf die Arbeiterschaft 63 Prozent, auf die Krankenhäuser 14 Prozent, auf die Anstalten, also nicht auf die Klöster und Geistlichen, sondern an die dort in den Anstalten untergebrachte studierende Jugend, treffen 12,9 Prozent. Ich möchte diese Richtigstellung treffen und ich möchte diese Art, solche Sachen durch einseitige Darstellung propagand-

(Weinzierl Georg [CSU])

distisch auszuwerten, für unverantwortlich erklären. Ich frage Sie: Ist das richtig oder nicht?

(Zurufe.)

II. Vizepräsident: Zur Aufklärung! Der Abgeordnete Weinzierl hatte sich heute Vormittag noch vor Schluß zu Wort gemeldet und es wurde übersehen, ihn in die Rednerliste aufzunehmen. Deshalb wurde ihm nun die Möglichkeit gegeben, das nachzuholen.

(Stoß: Zur Geschäftsordnung!)

Der Abgeordnete Stoß erhält zur Geschäftsordnung das Wort.

Stoß (SPD): Zur Geschäftsordnung! Das gibt es nicht! Wenn wir eine Rednerliste haben und uns mit einem Thema beschäftigen, dann kann nicht jemand anderer daherkommen und eine sachliche Erklärung abgeben über ein Thema, das hier überhaupt nicht behandelt worden ist. Darum handelt es sich.

(Widerspruch, erregte Zurufe.)

Darauffin muß jetzt mir zu dieser Sache Gelegenheit gegeben werden, ebenfalls eine sachliche Feststellung vorzubringen.

II. Vizepräsident: Ich muß hier feststellen, daß die Erklärung des Abgeordneten Weinzierl schon die Frage berührt, mit der wir uns beschäftigen, mit der Ernährungsfrage.

(Zuruf von der SPD: Aber außerhalb der Rednerliste, Herr Präsident! — Stoß: Deshalb bitte ich zu dieser sachlichen Feststellung auch eine sachliche Feststellung geben zu dürfen.)

— Weinzierl hatte sich bereits heute Vormittag zu dieser Frage als Redner gemeldet, als erster Redner. Dies zur Feststellung.

(Dr. Stang: Ich verbitte mir diese ungezogenen Zurufe!)

— Herr Abgeordneter Dr. Stang!

Dr. Stang (CSU): Ich möchte darauf hinweisen, daß die Geschäftsordnung diese Frage durchaus klar regelt. Es handelt sich hier um eine Feststellung, die mit dem Gegenstand der Tagesordnung zwar nicht zusammenhängt — nach der Meinung des Herrn Präsidenten hängt sie allerdings doch damit zusammen —, aber doch mit der Abgeordnetentätigkeit eines Mitgliedes im Zusammenhang steht. Dazu ist nach der Geschäftsordnung das Wort am Schluß der Beratung zu geben.

(Stoß: Es ist ganz egal, ob ich hier zur Geschäftsordnung spreche oder ob es eine sachliche Feststellung ist. Herr Präsident, ich bitte um das Wort!)

II. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Stoß.

Stoß (SPD): Meine Damen und Herren! Herr Staatssekretär Sühler hat in einem Schreiben an den Landesvorstand der SPD zu dem Plakat „Eierausgabe“ Stellung genommen. Der Staatssekretär verweist in diesem Schreiben auf die Zuteilungen an Wertflüchen,

Krankenhäuser, Reichsbahnarbeiter, Bergarbeiter und Flüchtlingsheime und bezeichnet die Veröffentlichung der SPD über die Zuteilungsquoten im Landkreis Eichstätt als hinterhältig und unsachlich. Er versichert jedoch, daß eine Sonderprüfung im Landkreis Eichstätt Klarheit über unsere Feststellung schaffen soll, derzufolge ein Teil der belieferten Anstalten Selbstversorger seien.

(Zurufe: Das ist nicht wahr; das trifft nicht zu.)

— Ich verlese doch nur die Feststellungen des Herrn Staatssekretärs hierzu. Die verantwortlichen Leiter der Institute sollen sogar strafrechtlich verfolgt werden, wenn die Untersuchung ergibt, daß sie falsche Angaben gemacht haben.

Der Staatssekretär erklärte die Zuteilung von „verderbgefährdeten Eiern“ an Gemeinschaftsverpflegte mit der Weigerung des Zweizonenamtes, die eingelagerten Eier an die bayerischen Normalverbraucher und Kinder auszugeben. Das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat demzufolge nach mehrwöchigen erfolglosen Verhandlungen mit dem Zweizonenwirtschaftsamte die Verteilung an die Gemeinschaftsverpflegungsstellen angeordnet, anstatt für Normalverbraucher und Kinder 5 Eier auszugeben. Auch die Ausgabe an stillende und werdende Mütter sei vom Zweizonenamt verhindert worden.

Zu diesem Schreiben erklärt die SPD:

Der Herr Staatssekretär spricht von „verderbgefährdeten Eiern“ und wochenlangen erfolglosen Verhandlungen mit dem Zweizonenamt. Direktor dieses Amtes ist noch immer Herr Dr. Schlang-Schönigen, ein Parteifreund des derzeitigen Ernährungsministers und des Ministerpräsidenten Dr. Chard, was auf unserem Plakat auch ausdrücklich vermerkt ist.

Ist der Herr Staatssekretär bereit, der Öffentlichkeit Aufklärung zu geben über die in den Kühlhäusern vor der Ausgabe an die Gemeinschaftsverpflegungsstellen eingelagerten Eiermengen? Ist der Herr Staatssekretär weiter bereit, die Eiermengen bekanntzugeben, die während dieser wochenlangen erfolglosen Verhandlungen tatsächlich verdorben sind? Wird die Vertretung der CSU/CDU im Wirtschaftsrat den Direktor des Zweizonenamtes für diesen unerhörten Vorgang zur Rechenschaft ziehen? Wenn der Herr Staatssekretär feststellt, daß es nunmehr wenigstens gelungen sei, nach einem in Frankfurt festgelegten neuen Eierverteilungsplan einen Aufruf von zwei Eiern für den Normalverbraucher zu tätigen, ist die unverantwortliche Haltung des CDU-Wirtschaftsdirektors keinesfalls entschuldigt und dem Herrn Ernährungsminister in Bayern kein besonderes Verdienst anzurechnen, weil nach eigenen Angaben des Herrn Staatssekretärs die Möglichkeit bestanden hätte, 5 Eier an Normalverbraucher und Kinder ausgegeben,

(Hört, hört! bei der SPD.)

Um diese Feststellung ging es der SPD. Die Normalverbraucher sind wieder einmal das Opfer einer unfähigen Verwaltung geworden, die trotz der schwierigen Ernährungslage nicht verhindern kann, daß große Mengen an Eiern verderben, nur weil die Ministerialbürokratie in Frankfurt und München keine Einigungsformel findet.

(Beifall bei der SPD. — Erregte Zurufe von der CSU. — Große Unruhe. — Glocke.)

Präsident. Ich bitte doch, sich zu beruhigen und gegenseitige Zurufe zu unterlassen.

(Weiterhin große Unruhe und erregte gegenseitige Zurufe zwischen Abgeordneten der SPD und der CSU. — Glocke.)

Ich bitte endlich um Ruhe! Wenn die Herren gegenseitig solche Zurufe machen, erhöht dies nicht das Ansehen des Parlaments. Es fällt dem Präsidium auf, daß es immer nur einzelne von Abgeordneten sind, die an solchen Zurufen beteiligt sind. Es ist das nicht schön.

Jetzt kommt aber die andere Frage: Herr Abgeordneter Stock, Ihre Anfrage, die Sie an die Staatsregierung gerichtet haben, ist eine Interpellation. Es sind darin eine Reihe von Gegenständen aufgezählt. Nach der Geschäftsordnung muß die Regierung von der Interpellation Kenntnis haben. Wenn Herr Staatssekretär Sühler sie gleich beantworten kann, ist es recht. Ist dies nicht möglich, so bitte ich, diese Anfragen in der nächsten Sitzung zu behandeln.

(Stock: Ich bitte ums Wort zur Geschäftsordnung.)

Der Abgeordnete **Stock** hat das Wort.

Stock (SPD): Sie befinden sich insofern im Irrtum, Herr Präsident, als es sich um keine Interpellation handelt. Was ich verlesen habe, ist vielmehr die Antwort auf die Ausführungen des Herrn Staatssekretärs über das Plakat „Eierausgabe“. Die Angelegenheit ist also eigentlich schon erledigt. Wir hätten auch gar nicht dazu gesprochen, wenn hier nicht von Seiten des Herrn Kollegen Weinzierl die ganze Debatte heraufbeschworen worden wäre. Es war dies nur die Antwort auf das, was Kollege Weinzierl hier angeschnitten hat.

Präsident: Ich verstehe schon, Herr Stock; aber in Ihrer Antwort sind eine Reihe von Anfragen an die Regierung enthalten, die jetzt öffentlich beantwortet werden sollen. Ist der Herr Staatssekretär bereit, das gleich zu tun?

(Staatssekretär Sühler: Ja!)

— Dann erteile ich Herrn Staatssekretär **Sühler** das Wort.

Staatssekretär Sühler: Ich bitte in erster Linie den Abgeordneten **Stock**, die gewünschte Auskunft

schriftlich zu formulieren und mir in einem Briefe zuzuleiten. Ich werde dann die Auskünfte, soweit es mir möglich ist, am Schlusse der Beratungen in der nächsten Woche hier erteilen.

Präsident: Damit ist das gleiche Ziel erreicht, das ich wollte.

Wir sind nunmehr am Ende der Tagung angelangt. Die nächste Sitzung findet statt am Mittwoch, den 4. Februar 1948 vormittags 9 Uhr. Erster Punkt der Tagesordnung ist die Fortsetzung der Ernährungsdebatte, zweiter Punkt der Etat des Staatsministeriums des Innern. Es ist damit zu rechnen, daß Sitzungen am Mittwoch, Donnerstag und am Freitag bis gegen 5 Uhr sind.

(Staatsminister Dr. Hundhammer: Ich bitte um das Wort zur Abgabe einer Erklärung.)

— Das Wort hat Herr Staatsminister Dr. Hundhammer.

Staatsminister Dr. Hundhammer: Auf Grund des Landtagsbeschlusses ist das Staatsministerium für Unterricht und Kultus heute Mittag sofort wegen der Verlängerung des Termins an die Militärregierung herangetreten. Diese hat den Wunsch des Landtags an OMGUS Berlin weitergegeben. Wenn OMGUS dem Antrag zustimmt, müßte am Mittwoch früh naturgemäß die Schulreform als erstes behandelt werden, damit bis zum 7. der Termin, den der Landtag beschlossen hat, eingehalten werden kann. Darauf möchte ich sofort aufmerksam machen.

Präsident: Ich nehme an, daß der Herr Kultusminister mich gleich mitvertreten hat; denn es war im Beschluß vorgesehen, daß der Landtagspräsident mitgehen soll. Ich konnte das nicht mehr tun, nehme aber an, daß der Herr Kultusminister mich vertreten hat, so daß ich nicht mehr hinzugehen brauche.

(Staatsminister Dr. Hundhammer: Jawohl, das ist richtig.)

Damit sind wir am Ende.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 16 Uhr 41 Minuten.)